



**Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg**

University of Applied Sciences

**Berufsvorbereitende Einrichtung,
Kooperative berufliche Bildung und Vorbereitung auf den
allgemeinen Arbeitsmarkt – Eine Methode der Inklusion?**

Bachelorarbeit

Zur Erlangung des Grades einer
Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst – Public Management

vorgelegt von

Ramona Bulik

Studienjahr 2011/2012

Erstgutachter: Herr Professor G. Pfeifer

Zweitbegutachter: Herr P. Schmeiduch

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	IV
Abbildungsverzeichnis.....	V
Verzeichnis der Anlagen	VI
1 Einführung.....	1
2 Grundlagen.....	3
2.1 Behinderung.....	3
2.1.1 Allgemeine Definition und Fakten	3
2.1.2 Wesentliche Behinderung	4
2.1.2.1 Geistig behinderte Menschen	5
2.1.2.2 Lernbehinderte Menschen	6
2.2 Exkurs: Unterstützte Beschäftigung	8
2.3 Beschäftigung von behinderten Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.....	8
2.4 Werkstätte für behinderte Menschen	10
3 Entstehungsgeschichte der Inklusion	12
3.1 Die Entwicklung der Menschenrechte	12
3.2 UN-Behindertenrechtskonvention	14
3.3 Inklusion.....	16
4 Berufsvorbereitende Einrichtung und Kooperative berufliche Bildung und Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt.....	21
4.1 Entstehung der Maßnahme.....	21
4.2 Ablauf des Projekts	22
4.3 Von der Netzwerkebene zur individuellen Ebene.....	23
4.3.1 Netzwerkkonferenz	24
4.3.2 Berufswegekonferenz	25
4.3.3 Kompetenzanalyse	27
4.3.4 Teilhabeplan	28
4.4 Schulische Vorbereitung	30

4.5	Betriebliche Qualifikation.....	32
4.6	Kooperationspartner im Projekt und direkte Ansprechpartner für die Schüler	35
4.6.1	Integrationsfachdienst.....	35
4.6.2	Jobcoach.....	36
4.7	Bisherige Evaluationsergebnisse	38
5	Auswertung	44
5.1	Erläuterungen zu den Interviews und Gesprächen	44
5.2	Der Zusammenhang zwischen dem Projekt und den Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention	45
5.3	Gründe für die positive Zwischenbilanz.....	48
6	Fazit und Ausblick	50
	Anlagen	52
	Literaturverzeichnis	91
	Erklärung des Verfassers	97

Abkürzungsverzeichnis

AEMR.....	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AfA	Agentur für Arbeit
BRK.....	Behindertenrechtskonvention
BVB	Berufsvorbereitenden Maßnahme
BVE	Berufsvorbereitende Einrichtung
BWK	Berufswegekonzferenz
CRPD	Convention on the Rights of Persons with Disabilities
DSM-IV.....	Diagnostischen und Statistischen Manual Psychischer Störungen, 4. Revision
EHVO	Eingliederungshilfe-Verordnung
FS.....	Förderschule
GG.....	Grundgesetz
IFD	Integrationsfachdienst
ICD-10.....	Internationale Klassifikation der Krankheiten, 10. Revision
IQ	Intelligenzquotient
KoBV	Kooperative berufliche Bildung und Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt
KVJS	Kommunalverband für Jugend und Soziales
NWK.....	Netzwerkkonferenz
PIC	Integrationscoach
SfG	Schule für geistig behinderte Menschen
SGB III.....	Sozialgesetzbuch Drittes Buch – Arbeitsförderung
SGB IX	Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen
SGB XII	Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – Sozialhilfe
UN	Vereinte Nationen
WfbM.....	Werkstatt für behinderte Menschen
WHO	Weltgesundheitsorganisation
WVO.....	Werkstättenverordnung

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Inklusion	17
Abbildung 2: Integration	18
Abbildung 3: Exklusion	19
Abbildung 4: Leistungsvermögen	25
Abbildung 5: Ablauf der BVE und KoBV	30
Abbildung 6: BVE-KoBV in Stuttgart Teilnehmerzahl gesamt.....	39
Abbildung 7: Nachhaltigkeit 2005-2011 in Stuttgart.....	42

Verzeichnis der Anlagen

Anlage 1: Vorstellungsgespräch für ein Praktikum	52
Anlage 2: BVE I	54
Anlage 3: Gespräch mit dem IFD	55
Anlage 4: Auswertungsgespräche im Kindergarten.....	58
Anlage 5: Gespräch mit einem Lehrer der Wilhelm-Maybach-Schule	60
Anlage 6: Treffen des Unterstützer-Teams	62
Anlage 7: Telefongespräch mit dem Jobcoach.....	64
Anlage 8: Netzwerkkonferenz.....	65
Anlage 9: Interview mit einem Arbeitgeber	68
Anlage 10: Interview mit einer KoBV-Absolventin	71
Anlage 11: Interview mit einer Mitarbeiterin des Integrationsamtes	73
Anlage 12: Interview mit dem IFD	78
Anlage 13: Artikel 27 UN-BRK.....	82
Anlage 14: Leitfaden zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben	83
für Menschen mit einer wesentlichen Behinderung in	
Stuttgart – Übergänge aus der Schule	
Anlage 15: Inklusion erfordert Mut.....	88

1 Einführung

„Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Wie schon in Artikel 3 Grundgesetz (GG) verankert ist, sind alle Menschen vor dem Gesetz gleichzubehandeln. Dieses Zitat hat für diese Bachelorarbeit eine zentrale Bedeutung.

Die Gleichbehandlung, die im Grundgesetz angesprochen wird, hat seit der Antike an Bedeutung gewonnen. In dieser Zeit sind erste Ansätze der heutigen Menschenrechte entstanden.

Das Menschenrecht gegen Diskriminierung aufgrund von „Rasse oder ethnische[r] Herkunft, des Geschlechts¹, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität“² findet in der heutigen Zeit noch nicht ausreichend Anwendung. Deshalb wurde im Jahr 2009 speziell gegen die Diskriminierung von behinderten Menschen die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland ratifiziert. Durch diesen Vertrag sollen in den gesamten Vereinten Nationen die Rechte von behinderten Menschen nochmals explizit erläutert werden.

Durch das Verabschieden dieser Konvention und deren Leitziel Inklusion wurde die gesellschaftliche Teilhabe von behinderten Menschen weiter in den Mittelpunkt gestellt. Seitdem entstehen viele Maßnahmen von Organisationen, die das Ziel einer Inklusion von behinderten Menschen verfolgen.

Da es im Jahr 2009 alleine 9,6 Millionen behinderte Menschen in Deutschland gab³, von denen viele eine Beschäftigung in einer Werkstätte für behinderte Menschen (WfbM) ausüben und wegen verschiedenster Gründe keine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erhalten, ist die Teilhabe dieser Personengruppe in die Gesellschaft auch erstrebenswert.

¹ Soweit in der männlichen Form Begriffe verwendet werden, sind sie gleichberechtigt in der weiblichen Form zu verstehen.

² § 1 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz

³ Vgl. Statistisches Bundesamt, 2012, S. 235

Durch den Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) Baden-Württemberg wurden die Projekte „Aktion 1000“ bzw. „Aktion 1000plus“ entwickelt. Diese haben das Ziel behinderten Menschen eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Eine der Maßnahmen ist die explizite schulische und praktische Vorbereitung innerhalb zweier Klassenstufen, der „Berufsvorbereitenden Einrichtung“ (BVE) und der „Kooperativen beruflichen Bildung und Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt“ (KoBV). Hierbei sollen Schüler mit einer wesentlichen Behinderung, genauer einer geistigen oder Lernbehinderung, für ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt qualifiziert und wenn möglich platziert werden.⁴ Die genannten Klassenstufen werden als eine Maßnahme angesehen.

Die Verfahrensweise bei dem Projekt BVE und KoBV ist vom Landkreis abhängig, was starke regionale Unterschiede bei der Umsetzung bedingt. Deshalb beschränkt sich diese Bachelorthesis auf den Landkreis Stuttgart, weil nicht alle Verschiedenheiten aufgezeigt werden können.

Durch die folgende Arbeit soll geklärt werden, ob die Maßnahme BVE und KoBV den Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention entspricht und deshalb eine Methode der Inklusion darstellt. Zudem soll untersucht werden, welche Faktoren zu der bisherigen positiven Bilanz des Projekts beitragen.

⁴ Vgl. Kleusch, Aktion 1000, S. 5f, Anlage CD: KVJS Spezial

2 Grundlagen

Durch die Maßnahme BVE und KoBV sollen Jugendliche mit einer wesentlichen Behinderung Unterstützung beim Übergang von der Schule zum allgemeinen Arbeitsmarkt erhalten. Es ist daher notwendig, zu Beginn diese Begriffe näher zu erläutern.

2.1 Behinderung

Der Begriff Behinderung ist sehr umfangreich. Das Wort wird für viele verschiedene Arten und Ausprägungen von Beeinträchtigungen verwendet. Deshalb erfolgt zunächst eine allgemeine Definition.

2.1.1 Allgemeine Definition und Fakten

Im Jahr 2009 gab es in Deutschland ca. 9,6 Mio. behinderte Menschen. Das ist jeder neunte Einwohner, also 11,7% der deutschen Bevölkerung. Die Zahl der behinderten Menschen ist seit 2005 um 919.000 Personen gestiegen.⁵

Nach § 2 Abs. 1 S. 1 SGB IX wird der Begriff Behinderung folgendermaßen definiert: „Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist.“ Es ist jedoch nicht von Bedeutung, ob die Behinderung von Geburt an, durch einen Unfall oder Krankheit verursacht wurde. Die Definition basiert auf der der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Diese Begriffsbestimmung besagt, dass keine Orientierung an den Defiziten, sondern das Ziel der Teilhabe in allen Lebensbereichen vorgenommen werden soll.⁶

Die Definition im Sozialgesetzbuch (SGB) IX stellt ebenfalls die Teilhabe und somit die Auswirkungen der Einschränkung und nicht die Behinderung

⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt, 2012, S. 235, Anlage CD: Wirtschaft und Statistik

⁶ Vgl. Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information

an sich in den Mittelpunkt. Auch die UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) hält an der Definition der WHO fest.⁷

Zielgruppe der BVE und KoBV sind wesentlich behinderte Jugendliche, die an einer geistigen bzw. Lernbehinderung leiden. Diese Personengruppe wurde ausgewählt, da aus früheren Projekten ersichtlich wurde, dass Menschen mit einer geistigen Behinderung durch frühzeitige Unterstützung und berufliche Orientierung nachhaltig auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt werden können.⁸

2.1.2 Wesentliche Behinderung

Nach § 53 Abs. 1 S. 1 SGB XII haben Personen, die durch eine Behinderung erheblich in ihrer Teilhabe an der Gesellschaft eingeschränkt bzw. davon bedroht sind, eine wesentliche Behinderung.

Über das Vorliegen einer wesentlichen Behinderung entscheidet der Sozialhilfeträger in einem Verwaltungsverfahren. Durch die Eingliederungshilfe-Verordnung (EHVO) wird der unbestimmte Rechtsbegriff der wesentlichen Behinderung näher erläutert. Wenn über das Vorliegen einer solchen Einschränkung eine Entscheidung getroffen wird, muss deshalb vor allem die Beeinträchtigung der Teilhabefähigkeit sowie die persönliche Umgebung des Betroffenen beachtet werden.⁹

In § 2 EHVO zu § 60 des SGB XII wird erläutert, dass Personen, die aufgrund einer Schwäche ihrer geistigen Kräfte erheblich in der gesellschaftlichen Teilhabe eingeschränkt sind, als wesentlich geistig behindert nach § 53 Abs. 1 S. 1 SGB XII angesehen werden.

Hierfür muss eine geringe Anpassungsfähigkeit am täglichen Leben und eine Intelligenzminderung, nach „Diagnostischen und Statistischen Manual Psychischer Störungen, 4. Revision“ (DSM-IV) ein Intelligenzquotient (IQ) unter 70 vorliegen. Jedoch bei der „Internationalen Klassifikation der Krankheiten, 10. Revision“ (ICD-10) ein IQ von unter 75. Bei Prüfung der

⁷ Vgl. Poscher/Rux/Langer, S. 22

⁸ Vgl. Anlage 11: Interview mit einer Mitarbeiterin des Integrationsamtes, S. 74

⁹ Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe, S. 7-10, Anlage CD: Behinderungsbegriff

Anpassungsfähigkeit müssen mindestens 2 der folgenden Voraussetzungen erfüllt sein, damit eine wesentliche geistige Behinderung vorliegt: „Kommunikation, eigenständige Versorgung, häusliches Leben, soziale/ zwischenmenschliche Fähigkeiten, Nutzung öffentlicher Einrichtung, Selbstbestimmbarkeit, funktionale Schulleistung, Arbeit, Freizeit, Gesundheit und Sicherheit.“¹⁰ Zudem muss die Feststellung vor dem 18. Lebensjahr erfolgen.¹¹

Somit liegt der Unterschied einer wesentlichen Behinderung im Vergleich zu einer nicht wesentlichen Behinderung hauptsächlich an der Teilhabefähigkeit. Ist diese extrem beschränkt, gilt eine Person als wesentlich behindert.

Da an der BVE und KoBV geistig- und lernbehinderte Jugendliche teilnehmen, werden diese Arten der Behinderung, ihre Entstehung sowie Anforderungen an einen Arbeitsplatz bzw. den Arbeitgeber nun näher erläutert.

2.1.2.1 Geistig behinderte Menschen

Geistig behinderte Menschen haben eine erheblich geringe Fähigkeit neue bzw. umfassende Informationen zu verstehen, zu verinnerlichen und umzusetzen. Bei einer Person ist die kognitive und motorische Leistungsfähigkeit mehr als bei einer anderen vorhanden. Sie können sich deshalb nur schwer an ihre Umgebung anpassen. Das Ausmaß hiervon hängt jedoch von der Ausprägung der geistigen Behinderung in leichter, mäßiger oder schwerer Form ab. Durch die genannten Anpassungsschwierigkeiten haben die betroffenen Personen häufig Probleme sich in den verschiedenen Lebensbereichen zurechtzufinden. Durch die permanente Beeinträchtigung in ihrer Entwicklung haben sie nur eine minimale Möglichkeit ein unabhängiges Leben zu führen.¹²

¹⁰ Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe, S.14f

¹¹ Vgl. ebenda, S. 14f

¹² Vgl. Weltgesundheitsorganisation, Anlage CD: WHO Definition geistige Behinderung

Meist wird die geistige Behinderung durch eine Hirnschädigung oder Hirnfunktionsstörung hervorgerufen. Die Beeinträchtigung wird durch eine Entwicklungsstörung im Kleinkindalter ersichtlich, da das Lernen beeinflusst wird.¹³

„Bei frühzeitiger und gezielter Förderung können geistig behinderte Menschen erstaunliche berufliche und soziale Fähigkeiten entwickeln. Die Teilhabe am Arbeitsleben lässt sich um so erfolgreicher gestalten, je mehr die hierzu erforderlichen Eignungen unter realen Bedingungen gefördert werden können“.¹⁴ Es kann somit durchaus eine vergleichbare Arbeitsleistung wie von nicht behinderten Menschen erbracht werden, wenn sie hierbei unterstützt werden. Dies ist jedoch von Art und Schwere der geistigen Behinderung abhängig.

Die Arbeitsbedingungen müssen zudem angepasst werden. Das bedeutet für den Arbeitgeber, dass die Arbeitsaufgaben verständlich und klar definiert werden müssen, damit sie erfasst und durch regelmäßige Anwendung Routine werden können. Ein Ansprechpartner sollte im Betrieb vorhanden sein, damit die Arbeitsaufgaben durchgesprochen und Fragen geklärt werden können. Es sollte zudem auf ein gutes Klima am Beschäftigungsort geachtet werden, da sich der Betroffene dann sicherer und wohler fühlt. Die meist hohe Motivation wird hierdurch noch verstärkt.¹⁵

2.1.2.2 Lernbehinderte Menschen

Als lernbehindert gelten Menschen, die beim Lern- und Leistungsvermögen von der Altersnorm abweichen. Häufig sind deshalb das Verhalten und die Einstellung sowie die geistige Leistung gestört. Diese Personen fallen durch Aggressionen, Distanzlosigkeit, Rückzug, Verunsicherung und mangelnder Selbsteinschätzung auf.¹⁶ Der Begriff der Lernbehinderung wird für Lern- und Entwicklungsschwierigkeiten verwendet. Diese sind je-

¹³ Vgl. Adlhoch/Binder, S. 141f

¹⁴ Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Netzwerk- und Berufswegekonferenz, S. 2, Anlage CD: Netzwerk- und Berufswegekonferenz

¹⁵ Vgl. Adlhoch/Binder, S. 142f

¹⁶ Vgl. Adlhoch/Binder, S. 177f

doch von der Lese-Rechtschreib-Schwäche und einer Minderung der Intelligenz abzugrenzen. Das stellt ein schwieriges Verfahren dar, weil die Anzeichen hierfür fast identisch sind. Bei einer Lernbehinderung geht man von einem IQ von über 70 bzw. 75 aus.¹⁷

Durch diese Entwicklungsstörungen sinkt die Aussicht in der Schule und im Beruf Erfolg zu haben. Daher ist es notwendig, frühzeitig mit einer Förderung zu beginnen und die Betroffenen sonderpädagogisch zu unterstützen.

Die Lernbehinderung kann verschiedene Gründe, wie eine angeborene signifikante unterdurchschnittliche Intelligenz, hirnorganische Störungen, eine verzögerte körperliche Entwicklung, andere Behinderungen oder psychische Probleme haben. Es ist daher im Arbeitsalltag notwendig, dass alle Arbeitsanweisungen leicht verständlich und genau erläutert werden, damit eine Routine entsteht, welche bei einer Lernbehinderung zum Erfolg beiträgt. Zudem ist eine Bezugsperson wichtig, um Fragen zu klären und sich der Betroffene traut Fragen zu stellen.¹⁸

Durch die Förderung in einer BVE und KoBV haben die geistig- bzw. lernbehinderten Jugendlichen eine größere Chance später ein weitgehend unabhängiges Leben zu führen.

„[E]in optimal geförderter geistig behinderter Mensch kann erstaunliche Teilleistungen erbringen, er bleibt jedoch intellektuell wesentlich behindert. Die Leistungsfähigkeit kann unter günstigen Umgebungsbedingungen bis zur Normalleistung (an einem konkreten und individuell perfekt angepassten Arbeitsplatz) gesteigert werden.“¹⁹

Es erfolgt nun eine Abgrenzung zum Projekt BVE und KoBV im Zusammenhang mit der Unterstützten Beschäftigung um eine bessere Einordnung zu erhalten.

¹⁷ Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe, S. 15

¹⁸ Vgl. Adlhoch/Binder, S. 177f

¹⁹ Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Gemeinsame Grundlagen, S. 11, Anlage CD: Teilhabeausschuss BW

2.2 Exkurs: Unterstützte Beschäftigung

Nach § 38a SGB IX ist das Ziel der Unterstützten Beschäftigung, eine dauerhafte geeignete sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt für behinderte Menschen mit einer wesentlichen Behinderung²⁰ zu ermöglichen und zu bewahren.

Diese Formulierung hat eine starke Ähnlichkeit mit dem Projekt BVE und KoBV, die Zielgruppe variiert jedoch. Klientel der Unterstützten Beschäftigung sind Personen, die schon längere Zeit die Schulpflicht absolviert haben und nun ohne Beschäftigung sind. Es ist häufig die letzte Chance für Betroffene, eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu erhalten. Meist haben sie zuvor schon andere Maßnahmen abgebrochen. Grund hierfür ist oftmals fehlende Einsicht, dass sie mit ihrer Einschränkung ohne Unterstützung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt keine Chance haben.²¹

Mit dem BVE und KoBV sind behinderte Menschen angesprochen, die noch die Schule besuchen und direkt im Anschluss an das Projekt in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis wechseln wollen.

2.3 Beschäftigung von behinderten Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt

Da die Teilnehmer nach Beendigung der BVE und KoBV eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ausüben sollen, ist es wichtig, einen Überblick über die derzeitige Lage zu erhalten.

Von den zu Beginn der Arbeit genannten 9,6 Mio. behinderten Menschen sind sieben Mio. nicht erwerbstätig. Das bedeutet, dass sie weder als beschäftigt noch als erwerbssuchend gelten. Der Anteil an erwerbstätigen behinderten Menschen beträgt somit 2,6 Mio., das entspricht 27,2%. Im Vergleich zu den Nichtbehinderten mit einer Erwerbsquote von 62,7% fällt der Anteil sehr gering aus. Damit wird im Vergleich zur Gesamtbevöl-

²⁰ Vgl. § 53 SGB XII

²¹ Vgl. Anlage 8: Netzwerkkonferenz, S. 66f

kerung deutlich, dass die Quote der beschäftigten behinderten Menschen nicht einmal die Hälfte beträgt. Dies liegt jedoch an dem steigenden Anteil von älteren behinderten Menschen.²²

Im Jahr 2003 wurde eine Sonderauswertung des Mikrozensus²³ durchgeführt. Diese beinhaltet eine Analyse der Lebenssituationen von Menschen mit Behinderung. Man kam zu dem Ergebnis, dass ein Großteil – genauer 48,8% der 15- bis 25-Jährigen – ein Nettoeinkommen unter 700€ zur Verfügung haben. In dieser Altersgruppe wurde keine Person erfasst, die über ein höheres Nettoeinkommen als 700€ verfügt. Wenn man die Zahlen in den übrigen Altersgruppen betrachtet, vermindert sich der große Anteil der Geringverdiener. Jedoch fällt auf, dass nicht behinderte Menschen im Schnitt ein höheres Nettoeinkommen haben.²⁴

Es gibt keine gesetzliche Definition, die den „allgemeinen Arbeitsmarkt“ näher erläutert. Dennoch wird zwischen drei Arbeitsmärkten differenziert. Unter dem ersten versteht man Angebot und Nachfrage von Arbeitnehmern für ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis.²⁵ Der zweite Arbeitsmarkt wird staatlich gefördert. Hierdurch werden den Arbeitgebern Anreize geschaffen, damit sie neue Arbeitsplätze, zum Beispiel auch für behinderte Menschen, gestalten.²⁶ Der dritte Arbeitsmarkt ist nur für Menschen mit einer Behinderung vorhanden. Diese Personengruppe soll in Werkstätten für behinderte Menschen auf eine Beschäftigung auf dem ersten oder zweiten Arbeitsmarkt vorbereitet werden.²⁷ Es steht hierbei die Teilhabe²⁸ der behinderten Menschen im Vordergrund.²⁹

Eine nähere Erläuterung zur WfbM erfolgt im nächsten Gliederungspunkt.

²² Vgl. Statistisches Bundesamt, 2012, S. 235

²³ Unter Mikrozensus versteht man die größte jährliche Haushaltsbefragung in Deutschland und Europa, die Informationen über die wirtschaftliche und soziale Lage liefert. Vgl. Statistisches Bundesamt, 2012, S. 232

²⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt, 2005, S. 130ff, Anlage CD: Mikrozensus

²⁵ Vgl. Adlhoch/Binder, S. 48

²⁶ Vgl. Chojetzki, S. 17

²⁷ Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen e.V.

²⁸ Der Begriff Teilhabe wurde vom SGB IX eingeführt und löst den Begriff Eingliederung ab. Vgl. Adlhoch/Binder, S. 246

²⁹ Vgl. § 136 Absatz 1 Satz 1 SGB IX

2.4 Werkstätte für behinderte Menschen

Werkstätten für behinderte Menschen sind Institutionen, in denen die Teilhabe und Eingliederung ins Arbeitsleben von behinderten Menschen erfolgt. Personenkreis hierfür sind Menschen, die nach Art und Schwere ihrer Behinderung nicht bzw. vorübergehend nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt werden können. Sie müssen jedoch ein Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung erbringen. Ist dies nicht möglich, werden sie in Gruppen oder einer Institution betreut. Diese Pflege findet ebenfalls in der Werkstatt für behinderte Menschen statt.³⁰

Die Aufnahme in eine Werkstatt ist nicht von Ursache, Art und Schwere der Behinderung abhängig. Es müssen jedoch von einem Rehabilitationsträger Leistungen gewährleistet werden.³¹

In der Werkstatt soll eine dem Leistungsvermögen angepasste Beschäftigung und berufliche Bildung ausgeübt sowie entsprechendes Entgelt entrichtet werden. Des Weiteren sollen Leistungsfähigkeit, Erwerbsfähigkeit und Persönlichkeit erhalten, entwickelt, erhöht oder wiedererlangt werden.³²

Es wird zwischen einer Beschäftigung im Eingangsverfahren, Berufsbildungsbereich oder Arbeitsbereich unterschieden. Im Eingangsverfahren wird bewertet, ob durch die Beschäftigung in der Werkstatt die Teilhabe und Eingliederung ins Erwerbsleben unterstützt werden kann. Dieses Verfahren dauert zwischen vier Wochen und drei Monaten.³³ Im darauf folgenden Berufsbildungsbereich werden Lehrgänge und Schulungen absolviert, die die Teilhabe am Arbeitsleben und die Erbringung einer Mindestleistung fördern sollen. Es findet jeweils ein Grund- und Aufbaukurs von meist zwölfmonatiger Dauer statt. Der Arbeitsbereich befindet sich direkt in der Werkstatt für behinderte Menschen. Hier werden geeignete Maßnahmen angewandt, die einen Wechsel auf den allgemeinen Arbeitsmarkt ermöglichen sollen. Um diesen Übergang zu erleichtern, gibt es zu-

³⁰ Vgl. § 136 SGB IX

³¹ Vgl. § 137 Abs. 1 SGB IX

³² Vgl. § 136 SGB IX

³³ Vgl. § 4 Werkstättenverordnung

dem ausgelagerte Arbeitsplätze, die sich auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt befinden.³⁴ Für die Unterstützung stehen den behinderten Menschen geschultes Personal und begleitende Hilfe, von beispielsweise einem Sozialarbeiter, zur Verfügung.^{35, 36}

Das Arbeitsentgelt bei einer Beschäftigung im Arbeitsbereich setzt sich aus einem Grundbetrag und einem leistungsabhängigen Steigerungsbetrag zusammen. Der Grundbetrag richtet sich nach dem Ausbildungsgeld, das von der Agentur für Arbeit (AfA) im Berufsbildungsbereich gezahlt wird.³⁷ Nach § 107 SGB III hat der Beschäftigte im ersten Arbeitsjahr einen Anspruch auf ein Ausbildungsgeld in Höhe von 63 Euro. Danach stehen dem Beschäftigten 75 Euro im Monat zur Verfügung. Das Arbeitsergebnis der Werkstätten darf für diese Gehaltszahlungen mit maximal 70% belastet werden.³⁸ Im Berufsbildungsbereich erhalten behinderte Menschen ausschließlich ein Arbeitsentgelt in Höhe des Ausbildungsgeldes.³⁹ Somit wird kein unterhaltssicherndes Arbeitseinkommen erzielt.

Obwohl die Kapazität in den Werkstätten in Baden-Württemberg stetig ansteigt, reicht die Zahl der angebotenen Beschäftigungsplätze nicht aus.⁴⁰

Jedoch sind ungefähr fünf Prozent der Werkstattbeschäftigten fehlplatziert, da ihre Leistungsfähigkeit ausreicht, um auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt zu sein.⁴¹ Dies ist ein Grund, weshalb das Leitziel Inklusion der UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt werden sollte. Im nächsten Kapitel wird erläutert, wie es zu dieser Konvention kam und was der Begriff Inklusion bedeutet.

³⁴ Vgl. § 5 WVO

³⁵ Vgl. § 9 Abs. 1 WVO

³⁶ Vgl. § 10 WVO

³⁷ Vgl. § 138 Abs. 2 SGB IX

³⁸ Vgl. § 12 Abs. 5 Satz 1 WVO

³⁹ Vgl. § 138 SGB IX

⁴⁰ Vgl. Detmar/Gehrmann/u.a., S. 41f

⁴¹ Vgl. Kleusch, Aktion 1000, S. 5f

3 Entstehungsgeschichte der Inklusion

3.1 Die Entwicklung der Menschenrechte

Die Menschenrechte hatten zunächst philosophische Wurzeln. In der Antike wurde die Idee der Gleichheit aller Menschen entwickelt. Auch das Christentum vertritt die Ansicht, dass alle Menschen gleich sind, da sie von Gott geschaffen wurden.⁴² Jedoch erst in der Neuzeit resultierte hauptsächlich durch die Ansichten des Philosophen John Locke die Umsetzung der Menschenrechte in der Politik. Locke drückte in seinen Werken aus, dass alle Menschen von Geburt an ein Recht auf Leben, Freiheit und Eigentum haben. Der Staat hat die Aufgabe die Menschenrechte zu schützen. Diese Auffassungen von Locke wurden sowohl in die englische als auch in die amerikanische Verfassung aufgenommen. Anschließend erfolgte die politische Umsetzung der Menschenrechte, um der Unterdrückung und Erniedrigung von Menschen, beispielsweise durch Sklaverei und Folter, entgegenzuwirken.⁴³

England begann im Jahre 1215 damit, Rechte für alle Menschen festzulegen. In Amerika wurde 1776 zunächst die „Virginia Bill of Rights“ und kurz darauf die Amerikanische Unabhängigkeitserklärung umgesetzt. Auch Frankreich beschloss 1789 die „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“. Nach Ende des 2. Weltkrieges wurde überlegt, wie man Menschenrechte weltweit umsetzen kann, damit nicht noch einmal ein solcher Krieg ausbricht.⁴⁴

Am 10.12.1948 trat die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ (AEMR) in Kraft. Sie wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen und beinhaltet Regelungen, welche für alle Menschen von Geburt an gelten und eine Basis für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt schaffen. Denn „ein gemeinsames Verständnis dieser Rechte und Freiheiten [ist] von größter Wichtigkeit für die volle Erfüllung

⁴² Vgl. Fritzsche, S. 48

⁴³ Vgl. Stuttgarter Gesellschaft für Wissensvermittlung über neue Medien und politische Bildung (GbR), Grundkurs 2, Anlage CD: Menschenrechte Grundkurs2

⁴⁴ Vgl. Weiß, S. 18f

dieser Verpflichtung“⁴⁵. Die Regelungen der Verpflichtung sollen jeder Person zugutekommen, es erfolgt keine Unterscheidung nach Rasse, sozialer Herkunft oder Geschlecht.⁴⁶

Durch die Einführung der AEMR sollen alle Menschen ohne Angst und Not leben. Dieses Ziel soll als Ideal in jedem Staat gelten. Sie soll für alle Gesellschaften immer gegenwärtig sein und von jedem Land mit Maßnahmen der Gesetzgebung unterstützt werden.⁴⁷

Durch das Deutsche Grundgesetz werden viele dieser Verpflichtungen gestützt. Dies wird durch die Formulierung in Artikel 1 Abs. 2 GG deutlich: „Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“ Außerdem wird auf die Würde des Menschen verwiesen. Dies wird ebenfalls in Artikel 1 AEMR gefordert.

1966 verabschiedete die UN zwei weitere Abkommen. Das erste beinhaltet bürgerliche und politische Rechte. Der zweite Vertrag hingegen enthält Rechte für Wirtschaft, Soziales und Kultur. Die AEMR und die Abkommen von 1966 bilden zusammen die „International Bill of Human Rights“, welche die wichtigste Grundlage der Menschenrechte ist.⁴⁸ Wenn heute von Menschenrechten die Rede ist, wird meist von der AEMR gesprochen.⁴⁹

Danach wurden noch sehr viele Konventionen, wie z.B. die Kinderrechtskonvention und zuletzt die UN-Behindertenrechtskonvention verabschiedet.⁵⁰

Da die Behindertenrechtskonvention für diese Bachelorarbeit eine bedeutende Rolle spielt, wird sie im folgenden Abschnitt näher erläutert.

⁴⁵ United Nations Human Rights, Präambel, Anlage CD: AEMR

⁴⁶ Vgl. United Nations Human Rights, Artikel 2 Abs.1

⁴⁷ Vgl. United Nations Human Rights, Präambel

⁴⁸ Vgl. Stuttgarter Gesellschaft für Wissensvermittlung über neue Medien und politische Bildung, Menschenrechte, Anlage CD: Menschenrechte

⁴⁹ Vgl. Lohmann, S. 61

⁵⁰ Vgl. Stuttgarter Gesellschaft für Wissensvermittlung über neue Medien und politische Bildung, Menschenrechte

3.2 UN-Behindertenrechtskonvention

In Deutschland leiden, wie im früheren Teil der Arbeit erwähnt, etwa 9,6 Millionen Menschen an einer Behinderung.⁵¹ Für diese Personengruppe ist die AEMR ebenfalls gültig. Jedoch werden sie aufgrund ihrer Einschränkung häufig diskriminiert. Zudem gibt es Berührungspunkte von nicht behinderten Menschen mit behinderten Menschen, was Barrieren im täglichen Leben aufbaut. Daran erkennt man, dass die AEMR im Zusammenhang mit diesem Personenkreis nur geringe Bedeutung findet, was sich in der Formulierung des Artikels 1 AEMR widerspiegelt. Denn die Aussage, dass „[a]lle Menschen [...] frei und gleich an Würde und Rechten geboren“ sind, beinhaltet eine unvollständige Aufzählung von Diskriminierungstatbeständen.⁵²

Da es in nur 40 Staaten Vorschriften und Gesetze für die Rechte von behinderten Menschen gab, beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen 2001 eine internationale Vereinbarung zur Unterstützung und zum Schutz der Anrechte von Menschen mit Behinderung auszuarbeiten. Hieraus entwickelte sich das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung, auch „Convention on the Rights of Persons with Disabilities“ (CRPD), kurz UN-Behindertenrechtskonvention genannt. Es entstand ein Menschenrechtsvertrag.⁵³

In Deutschland trat diese Konvention 2009 in Kraft. Seitdem hat die Bundesregierung die Pflicht, diese Vereinbarung in Deutschland umzusetzen.⁵⁴ Nach Artikel 1 der UN-Behindertenrechtskonvention ist das Ziel „den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten [von behinderten Menschen] zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern“. Artikel 1 des Grundgesetzes verfolgt das gleiche Ziel: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Es wird gefordert, die „Anerkennung und Notwendigkeit, die Menschenrechte aller Menschen mit Behinderung, ein-

⁵¹ Vgl. Statistisches Bundesamt, 2012, S. 235

⁵² Vgl. Schulze, S. 12

⁵³ Deutsches Institut für Menschenrechte, Inklusion als Menschenrecht, Anlage 16: Inklusion als Menschenrecht

⁵⁴ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, S. 8

schließlich derjenigen, die intensivere Unterstützung benötigen, zu fördern und zu schützen⁵⁵, damit akzeptiert wird, dass sie selbstbestimmt und frei ihre eigenen Entscheidungen treffen können.⁵⁶

Bei der Verfassung der UN-Behindertenrechtskonvention wurde auf die Definition der WHO zurückgegangen, welche das Ziel einer Teilhabe in allen Lebensbereichen beinhaltet.⁵⁷

Zu den allgemeinen Grundsätzen nach Artikel 3 BRK gehören die Selbstbestimmung, Nichtdiskriminierung, Partizipation und Barrierefreiheit. Des Weiteren wurden zu allen Lebensbereichen Bestimmungen verfasst. Es wird deutlich, dass zwischen den AEMR und der UN-Behindertenrechtskonvention ein großer Zusammenhang besteht. In Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention⁵⁸ wird das Recht auf Arbeit und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung genauer formuliert. Demnach haben behinderte Menschen gleichberechtigt das Recht auf Arbeit. Dadurch soll eine Finanzierung des eigenen Lebensunterhalts ermöglicht werden. Menschen mit Behinderung sollen die Möglichkeit erhalten, in einem frei für sie zugänglichen Arbeitsmarkt eine Beschäftigung zu finden und bei gerechten Arbeitsbedingungen eine gleiche Entgeltleistung zu erhalten. Die Vertragsstaaten sollen diese Rechte sichern und fördern.

Die sogenannte Monitoringstelle ist beim Deutschen Institut für Menschenrechte angesiedelt. Sie muss nach Artikel 33 UN-BRK die Einhaltung der Konvention überwachen.⁵⁹

Jeder Vertragsstaat muss zwei Jahre nach Inkrafttreten des Übereinkommens einen Bericht vorlegen, der die bisherigen Maßnahmen und dabei erzielten Fortschritte beinhaltet. Danach muss mindestens alle vier Jahre ein Bericht vorgelegt werden.⁶⁰

Das in Artikel 1 der Konvention beschriebene Ziel ist das neue Leitbild, die Inklusion. Der Begriff Inklusion wird in Kapitel 3.3 näher definiert. Jedoch

⁵⁵ Präambel j) UN-BRK, Anlage CD: UN-BRK

⁵⁶ Vgl. Präambel n) UN-BRK

⁵⁷ Vgl. Poscher/Rux/Langer, S. 22

⁵⁸ Vgl. Anlage

⁵⁹ Vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte

⁶⁰ Vgl. Artikel 35 UN-BRK

verwendet die offizielle deutsche Übersetzung der UN-Behindertenrechtskonvention nicht den Begriff Inklusion, sondern übersetzt den englischen Begriff ‚inclusion‘ mit ‚Integration‘. Deshalb gibt es eine Schattenübersetzung, die näher an die originale Fassung heranreichen soll.⁶¹

In Artikel 8 der UN-Behindertenkonvention wird vom Bewusstseinswandel gesprochen. Dieser Appell ist an die gesamte Gesellschaft adressiert. Die Kernaussage ist, dass „Menschen mit Behinderung nicht länger als Objekte zu sehen, die des Mitleids und der Fürsorge bedürfen, sondern als Subjekte, die selbstbestimmt alle Menschenrechte barrierefrei und - wo notwendig mit Unterstützung – selbst verwirklichen können sollen“⁶².

Die UN-Behindertenrechtskonvention soll kein Privileg für Menschen mit Behinderung sein. Es wird durch diesen Vertrag nur verdeutlicht, dass für diese Personengruppe die Menschenrechte ebenso gelten wie für nicht behinderte Menschen.⁶³ Denn Menschenrechte sind entstanden, damit alle Menschen das Recht auf Gleichheit haben, egal welche Unterschiede sie aufweisen. Dies wird auch im Punkt 3.1 Entstehung der Menschenrechte erläutert.

Um die Bedeutung und den Begriff Inklusion zu verstehen, wird dieser im nächsten Abschnitt näher erläutert.

3.3 Inklusion

„Menschen mit Behinderung sind ein Teil der Gesellschaft. Nur mit allen Teilen sind wir ein Ganzes.“ (Anonym)⁶⁴

Dieses Zitat spiegelt die Bedeutung von Inklusion wider. Der Begriff Inklusion kommt vom lateinischen *inclusio* und bedeutet Einschließung. In der Soziologie wird darunter die Äquivalenz von den Menschen in ihrer Vielfalt verstanden. In den meisten Diskussionen wird bisher jedoch nicht thematisiert wie man, bzw. ob man Inklusion erreichen kann. Eltern, Wissen-

⁶¹ Vgl. NETZWERK ARTIKEL 3 e.V., Anlage CD: Schattenübersetzung

⁶² Schulze, S. 15

⁶³ Vgl. ebenda

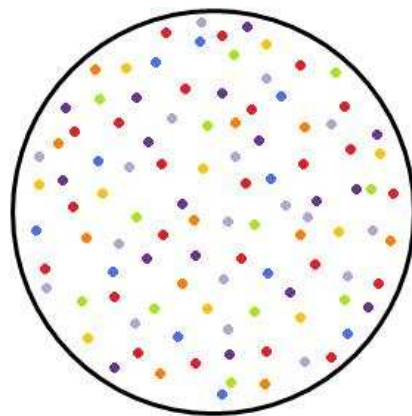
⁶⁴ Fruhstorfer/Marks/Schmidt, S. 5

schaftler und Verbände setzen sich jedoch mit großem Engagement ein, um Inklusion in den unterschiedlichen Lebensbereichen umzusetzen.

Der Begriff Inklusion wird meist in Bezugnahme auf die UN-Behindertenrechtskonvention erwähnt.⁶⁵

Wenn von Inklusion die Rede ist, wird auf sämtliche Unterscheidung bestimmter Personenkreise, wie zum Beispiel Migrationshintergrund oder Behinderung verzichtet und von Verschiedenheit der menschlichen Gemeinschaft als Normalzustand ausgegangen.⁶⁶ Man spricht von Heterogenität. Auch Sander hat als Zielperspektive seines fünfstufigen Modells von der historischen Entwicklung bis zum heutigen Begriff der Inklusion Vielfalt als Normalzustand betrachtet.⁶⁷

Abbildung 1: Inklusion



*Quelle: Gewerkschaft Erziehung und
Wissenschaft Kreisverband Weißenburg-
Gunzenhausen*

Dagegen geht es nach Hinz, „um unterschiedliche Fähigkeiten, Geschlechterrollen, ethnische Herkunft, Nationalitäten, [... und] körperliche Bedingungen [...]“. Charakteristisch ist dabei, dass Inklusion sich gegen dichotome Vorstellungen wendet, die jeweils zwei Kategorien konstruieren: Deutsche und Ausländer, Männer und Frauen, Behinderte und Nichtbehinderte,

Reiche und Arme usw.“⁶⁸ Durch Inklusion soll die Marginalisierung von bestimmten Personenkreisen beendet werden.

Dies wird auch in Abbildung 1 verdeutlicht. Die roten Punkte stellen innerhalb des Kreises die Gesellschaft dar, die andersfarbigen eine marginalisierte Minderheit. Die bunten Punkte sind vermischt. Es ist eine Gesellschaft entstanden, die ohne Ausgrenzung einzelner Personengruppen

⁶⁵ Vgl. Ziemen, S. 10

⁶⁶ Vgl. Frühauf, S. 21

⁶⁷ Vgl. Frühauf, S. 14ff

⁶⁸ Hinz, S. 33f

zusammenlebt. Alle Menschen haben unterschiedliche Fähigkeiten und Kompetenzen, aber das prägt die Gesellschaft.

Nach Hinz wird jedoch Inklusion nie endgültig gelingen, da sie lediglich eine Orientierung für einen schrittweisen Prozess in eine bestimmte Richtung ist.

Des Weiteren muss sich bei gelingender Inklusion nicht mehr die marginalisierte Person, sondern die Gesellschaft ändern. Denn durch die Gesellschaft werden Barrieren aufgestellt, die die Teilhabe an der Gesellschaft von bestimmten Personengruppen beeinträchtigen.⁶⁹ Es ist zu beachten, dass man sich nicht auf Merkmale einzelner Personengruppen beschränkt, sondern eine „aktive Umsetzung von Werten als Basis aller Handlungen – Respekt, Gleichheit, Toleranz, Mut [und] Anerkennung“⁷⁰ – bestimmt. Werden diese Werte umgesetzt, muss zwar mit einem extremen Aufwand, jedoch auch mit großen Erfolgen bei der Umsetzung des Inklusionsgedankens gerechnet werden.⁷¹

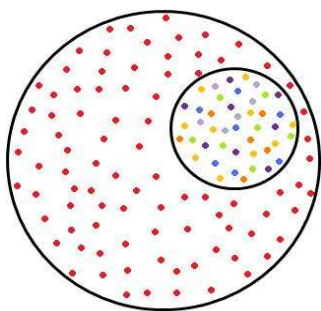
Klauß hingegen sieht in Inklusion nur einen modernen Begriff für Integration. Es wird ein Zustand verfolgt, der bereits „durch Integration immer schon erreicht werden sollte, nämlich dass alle Menschen von Anfang an

ganz selbstverständlich dazugehören“.⁷²

Auch Feuser erkennt keine Veränderung, die vom Inklusionsbegriff ausgeht.⁷³ Es fand nur ein sogenannter Paradigmenwechsel statt.

Wenn man von Integration spricht, redet man von Personen mit Beeinträchtigung, die von der Gesellschaft exkludiert wurden und nun wieder in die Organisation eingegliedert werden sollen. Sie stellen hierbei jedoch eine Gruppe für sich dar, die trotz

Abbildung 2: Integration



Quelle: Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft Kreisverband
Weißenburg-Gunzenhausen

⁶⁹ Vgl. ebenda

⁷⁰ Brokamp, S. 23

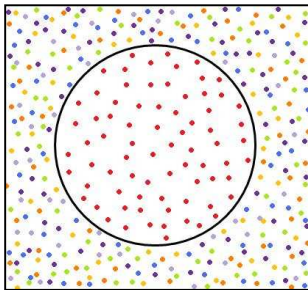
⁷¹ Vgl. ebenda

⁷² Klauß, S. 133

⁷³ Vgl. Hinz, S. 41

der Integration von der Gesellschaft nur als eine Einheit angesehen wird. Dies wird auch in Abbildung 2 verdeutlicht. Die roten Punkte innerhalb des Kreises stellen, wie bei Abbildung 1, die Gesellschaft dar. Die andersfarbigen Punkte stellen exkludierte Personengruppen, z.B. Menschen mit einer Behinderung oder Migrationshintergrund, dar. Die exkludierten Personen werden zwar von der Gesellschaft integriert, es entsteht jedoch keine Akzeptanz der „normalen“ Gesellschaft zu dem Personenkreis der zuvor Ausgegrenzten. Es gibt viele Barrieren, die von der Gesellschaft aufgebaut werden und es den Ausgegrenzten schwer machen an der Gesellschaft teilzuhaben.

Abbildung 3: Exklusion



Quelle: *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Kreisverband Weißenburg-Gunzenhausen*

Exklusion hingegen bedeutet, dass jemand aus der Gesellschaft oder einer Organisation ausgegrenzt wird, da er nicht den „normalen“ Anforderungen entspricht.⁷⁴

Dies wird in Abbildung 3 ersichtlich.

Der Verbandsdirektor des KVJS Senator e. h. Roland Klinger beschreibt in einem Interview, dass der Inklusionsgedanke schon seit langer Zeit in der Gesellschaft vorhanden ist. Inklusion ist das Ziel und Integra-

tion ist der Zugang zu dieser Zielvorstellung.⁷⁵

Hinz beschreibt, dass Inklusion ein politisches Kernziel ist, welches einen Idealzustand anstrebt „und betont den Aspekt, dass Unterstützung und Ressourcen für alle Menschen zur Verfügung stehen sollten und Behinderung nur eine Dimension von gesellschaftlicher Heterogenität ist“⁷⁶. Es müsste somit, je nach Bedürfnis, für alle Menschen eine Unterstützungsleistung zur Verfügung stehen, ohne eine Aussage über die Zugehörigkeit zu einer Benachteiligungsgruppe.⁷⁷

⁷⁴ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, S. 9

⁷⁵ Vgl. Anlage 15: Inklusion erfordert Mut, S. 88

⁷⁶ Doose, Anlage auf CD: Doose- Inklusion und unterstützte Beschäftigung, S. 2

⁷⁷ Vgl. ebenda

Inklusion bedeutet „gemeinsam von Anfang an“⁷⁸. Das deutet darauf hin, dass bereits im Kleinkindalter, zum Beispiel im Kindergarten, die Inklusion beginnt.

Inhalt dieser Arbeit ist jedoch die Phase des Übergangs von der Schule in den Beruf. Da das Projekt BVE und KoBV durch den Inklusionsgedanken der UN-Behindertenrechtskonvention entstanden ist, beschäftigt sich die Arbeit mit dem inklusiven Gedanken im Kontext zur Teilhabe am Arbeitsleben. Die UN-Behindertenrechtskonvention versteht unter Inklusion eine Öffnung der Gesellschaft für behinderte Menschen. Sie sollen in möglichst allen Lebenslagen die gleichen Chancen erhalten, wie sie ein nicht behinderter Mensch vorfindet. Die bisherigen Barrieren sind abzubauen und die Gesellschaft so zu strukturieren, dass Menschen mit einer Behinderung die Ressourcen problemlos nutzen können. Die Politik ist aufgefordert Maßnahmen zu erlassen, die das Leitziel der BRK umsetzen.⁷⁹

Im Arbeitsleben bedeutet Inklusion, dass alle Menschen, somit auch behinderte, an den Arbeitsprozessen in Unternehmen mitwirken. Es erfolgt keine Messung ihrer Produktivität. Hierbei wird jedoch Unterstützung benötigt, da sonst eine Aussonderung aufgrund ihrer Einschränkung erfolgt. Die Betriebe müssen erkennen, dass die Einstellung von Personen mit einer Beeinträchtigung ein Gewinn für das Unternehmen darstellen kann. Dies muss jedoch durch inklusive Maßnahmen gefördert werden.⁸⁰

Im nächsten Kapitel der Arbeit erfolgt eine Beschreibung des Projekts des KVJS.

⁷⁸ Bundesministerium für Arbeit und Soziales, S. 9

⁷⁹ Vgl. Poscher/Rux/Langer, S. 19

⁸⁰ Vgl. Doose, S. 2

4 Berufsvorbereitende Einrichtung und Kooperative berufliche Bildung und Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt

Durch die frühere Aktion 1000 und die darauf folgende Aktion 1000plus vom Kommunalverband für Jugend und Soziales wurde das Projekt der BVE und KoBV entwickelt. Die BVE ist eine Klassenstufe, welche lern- und geistig behinderte Jugendliche auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vorbereitet um eine berufliche Orientierung der Schüler zu ermöglichen. Die KoBV knüpft an die BVE an, nachdem sich der Schüler entschieden hat, in einem bestimmten Berufsfeld auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu arbeiten.⁸¹ Diese beiden Klassenstufen und die Aktionen des KVJS werden in der weiteren Arbeit detaillierter erläutert.

4.1 Entstehung der Maßnahme

Die Aktion 1000 wurde vom Kommunalverband für Jugend und Soziales mit dem Ziel der „inklusive[n] gesellschaftliche[n] Teilhabe wesentlich behinderter Menschen“⁸² initiiert. Es sollte für geistig behinderte Absolventen der Sonderschule eine weitere Alternative zu den WfbM entwickelt werden. Einige der Absolventen sind in einer WfbM mit unterstütztem Umfeld fehl am Platz, da die Leistungsfähigkeit ausreichend ist, um sie mit der richtigen Unterstützung und Förderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigen zu können.⁸³ Bisher wurden jedoch fast alle Schüler – bedingt durch „die schwierige Arbeitsmarktsituation und gewisse Automatismen und Schwächen des gegliederten Rehabilitationssystems“⁸⁴ – nach Abschluss der Schule in eine WfbM vermittelt.⁸⁵ Die Modellphase fand von 2005 bis 2009 statt und hatte als Ziel 1000 geistig behinderte Menschen

⁸¹ Vgl. Ministerium für Kultus, Kooperationsvereinbarung, S. 1ff, Anlage CD: Kooperationsvereinbarung

⁸² Ministerium für Kultus, Anhang Kooperationsvereinbarung, Präambel, Anlage CD: Anhang Kooperationsvereinbarung

⁸³ Vgl. Anlage 7: Telefongespräch mit dem Jobcoach

⁸⁴ Kleusch, KVJS Spezial, S.5

⁸⁵ Vgl. ebenda, S. 5f

auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu beschäftigen. Diese Zielvorstellung wurde mit 1250 Personen deutlich übertroffen. Deshalb knüpft die Aktion 1000plus an diese Maßnahme an, die aus den entwickelten Ansätzen der Aktion 1000 wichtige Erkenntnisse für die zukünftige Verfahrensweise mit geistig- und lernbehinderten Menschen gezogen hat. Die Aktion 1000plus beinhaltet das Projekt der „Berufsvorbereitenden Einrichtung und Kooperativen beruflichen Bildung und Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt“ sowie das Vorgängermodell „Pilotprojekt Integrationscoach“ (PIC), die „Aktion Arbeit für schwerbehinderte Menschen als Teil der Bundesinitiative Job 4000“ sowie „Netzwerke, die jungen Menschen den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern“ sollen.⁸⁶

Als ein effektives Mittel hat sich die Verzahnung von BVE und KoBV erwiesen.⁸⁷ Diese Arbeit behandelt ausschließlich das Projekt BVE und KoBV.

4.2 Ablauf des Projekts

Die Klassenstufen der BVE und KoBV befinden sich meist in einer Berufsschule. Je nach Größe und Bedarf eines Schulbezirks werden an verschiedenen Orten eines Landkreises BVE- bzw. KoBV-Klassen etabliert. Im Folgenden werden die Personenkreise erläutert, die in das Projekt einsteigen können, wenn die Zugangsvoraussetzungen erfüllt werden.

Schüler mit einer wesentlichen Behinderung können nach dem Besuch einer Schule für geistig behinderte Menschen (SfG) oder einer Sonderschule mit entsprechendem Bildungsgang in die Maßnahme wechseln.

Auch aus Förderschulen (FS) können lernbehinderte Schüler in das Projekt einsteigen. Sie sind durch ihre Beeinträchtigung nicht in der Lage das allgemeine schulische Bildungsziel zu erreichen und können, „auch unter Ausnutzung besonderer Berufsbildungsmaßnahmen für behinderte Menschen, keinen qualifizierenden beruflichen Abschluss im Sinne des Be-

⁸⁶ Vgl. Kleusch, Aktion 1000, S. 5

⁸⁷ Vgl. Ministerium für Kultus, Anhang Kooperationsvereinbarung, Präambel

rufsbildungsgesetzes“⁸⁸ erreichen. Sie sind deshalb von einer wesentlichen Behinderung bedroht.⁸⁹

Die letzten drei Jahre der Sonderschule werden auch als Berufsschulstufe bezeichnet. Hier lernen die Schüler Sachverhalte kennen, welche für ihre Lebens- und Berufswegeplanung bedeutsam sind. Des Weiteren stehen die schulische Bildung und die berufspraktische Vorbereitung im Vordergrund. Die Schüler lernen, selbstständig und eigenverantwortlich zu handeln.⁹⁰ In der Sonder- oder Förderschule finden Orientierungspraktika als Vorbereitung auf die BVE- und KoBV-Maßnahme auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt statt. Hierbei sollen die Schüler ein Berufsfeld näher kennenlernen.⁹¹ Bereits in der Berufsschulstufe werden die Schüler vom Integrationsfachdienst begleitet.

Zum Ende der beruflichen Orientierung findet eine Berufswegekonferenz (BWK) statt. Die persönliche und berufliche Entwicklung jedes Schülers wird in der Kompetenzanalyse festgehalten und fortgeschrieben. In der BWK wird die individuelle Berufswegeplanung thematisiert und ausgewertet. An der Konferenz können auch Schüler einer allgemeinbildenden Schule teilnehmen, die sonderpädagogischen Förderbedarf benötigen und bereits integrativ/inklusiv unterrichtet werden.⁹²

Die Schulen wählen mit Einwilligung der Erziehungsberechtigten geeignete Schüler aus, die durch zweckentsprechende Fähigkeiten auffallen, und bereiten diese auf die BVE vor.⁹³

4.3 Von der Netzwerkebene zur individuellen Ebene

Um einen rechtlichen Rahmen für das Projekt und den individuellen Unterstützungsbedarf des Schülers zu ermitteln und festzulegen, werden folgende Maßnahmen durchgeführt: Netzwerkkonferenz, Berufswegekon-

⁸⁸ Ministerium für Kultus, Anhang Kooperationsvereinbarung, S. 2

⁸⁹ Vgl. ebenda, S. 5

⁹⁰ Vgl. Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Netzwerk- und Berufswegekonferenz, S. 1

⁹¹ Vgl. Anlage 14: Leitfaden zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit einer wesentlichen Behinderung in Stuttgart – Übergänge aus der Schule, S. 83f

⁹² Vgl. Ministerium für Kultus, Anhang Kooperationsvereinbarung, S. 2

⁹³ Vgl. Ministerium für Kultus, Eckpunkte, S. 4, Anlage CD: Eckpunkte

ferenz, Kompetenzanalyse und Teilhabeplan. Sie werden nun in diesem Teil der Arbeit näher erläutert.

4.3.1 Netzwerkkonferenz

Die Netzwerkkonferenz wurde i.V.m der Umsetzung der Aktion 1000 durch den Kommunalverband für Jugend und Soziales eingeführt. Sie wird momentan von den Stadt- und Landkreisen flächendeckend umgesetzt.

Mindestens einmal im Jahr wird von Integrationsamt und IFD zur Netzwerkkonferenz (NWK) eingeladen. Diese hat die Aufgabe vorrangig lern- und geistig behinderte Menschen beim Übergang in die Arbeit zu unterstützen. Es nehmen hierbei alle vor Ort befindlichen Einrichtungen, Leistungsträger und Akteure des Arbeitsmarktes sowie Beauftragte der Sonderschulen, der FS, der WfbM, der Stadt bzw. des Landkreises, der AfA und des Integrationsamtes in Zusammenarbeit mit des IFD, die zur Teilhabe am Arbeitsleben von behinderten Menschen beitragen können, teil. Es findet hierbei eine Vernetzung der Ressourcen der einzelnen Akteure statt. Dies soll eine größere Effizienz bei der Förderung von behinderten Menschen bewirken. Zum Austausch aller Beteiligten wird ein Prozess gestaltet, durch den eine möglichst erfolgreiche Eingliederung von geistig und lernbehinderten Menschen erreicht werden soll.^{94, 95}

Erarbeitet werden verbindliche Regelungen, die den Übergang von der Schule oder der WfbM in das Arbeitsleben festlegen. Darüber hinaus findet ein Informationsaustausch über den aktuellen Sachstand, Kennzahlen und Fakten statt, die Diskussionen über bestimmte Sachverhalte anregen. Intention der Netzwerkkonferenz ist es, allgemeine Regelungen, wie „verbindliche Verfahrens- und Kooperationsabsprachen“⁹⁶ zu treffen und diese verbindlich umzusetzen und zu überwachen. Es werden hierbei messbare Ziele entwickelt, welche stetig angepasst werden. Barrieren sollen abgebaut und Lösungsstrategien entwickelt werden. Die Netzwerkkonferenz

⁹⁴ Vgl. Ministerium für Kultus, Anhang Kooperationsvereinbarung, S. 5

⁹⁵ Vgl. Anlage 8: Netzwerkkonferenz

⁹⁶ Kleusch, Aktion 1000, S. 11f

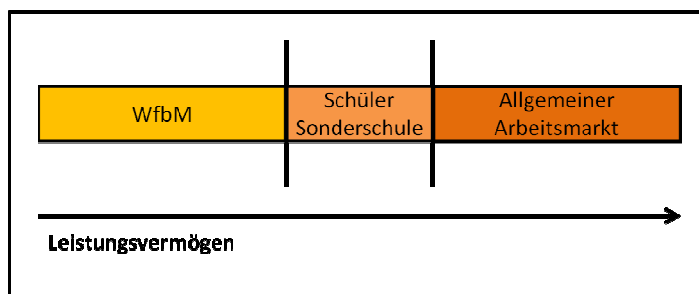
bildet somit den formalen Rahmen für die Handhabung mit Personengruppen, die den Übergang von der Schule in Arbeit vor sich haben.

Die Aufgaben einer Berufswegekonferenz sowie deren Ablauf werden im nächsten Abschnitt erläutert.

4.3.2 Berufswegekonferenz

Die Berufswegekonferenz findet in einer SfG meist im zweiten Schulhalbjahr des 10. Schuljahres statt, wenn der Wechsel in die Berufsschulstufe ansteht. In einer FS für lernbehinderte Menschen findet die BWK in der 9. Klasse statt. Hierbei wird erfasst, wie das Leistungsvermögen des Schülers ist.⁹⁷

Abbildung 4: Leistungsvermögen



Jedoch nehmen nur Schüler an der BVE-Maßnahme teil, deren Leistungsvermögen über dem in einer WfbM geforderten Leistungsniveau liegt. In Abbildung 4

wird ersichtlich, dass der Sonderschüler mit BVE-Potenzial nicht von vornherein das auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erforderliche Leistungsvermögen besitzt, sondern das Leistungsvermögen mit Unterstützung so aufgebaut wird, dass es den Anforderungen des allgemeinen Arbeitsmarktes entspricht. Weiter wird vorausgesetzt, dass der Schüler mobil ist. Er muss somit lernen, selbstständig zu einer Arbeitsstelle zu gelangen. Zudem müssen eine gewisse Willenskraft sowie körperliche und geistige Fähigkeiten vorhanden sein, damit eine Entwicklung in Richtung einer Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt möglich ist.⁹⁸ Alle wichtigen

⁹⁷ Vgl. Anlage 14: Leitfaden zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit einer wesentlichen Behinderung in Stuttgart – Übergänge aus der Schule, S. 83f

⁹⁸ Vgl. Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Netzwerk- und Berufswegekonferenz, S.1

Entscheidungen werden mit dem Schüler, den Erziehungsberechtigten, der Agentur für Arbeit und dem IFD abgesprochen.⁹⁹

In der Schule wird in Kooperation mit dem Integrationsfachdienst eine Berufswegekonferenz mit dem Schüler durchgeführt. Dem Schüler und dessen Erziehungsberechtigten werden hier verschiedene Optionen der späteren Berufswege aufgezeigt und die unterschiedlichen Aufgaben der beteiligten Akteure verdeutlicht. Die Möglichkeiten, die sich dem Schüler bieten, sind die Werkstätten für behinderte Menschen, Integrationsprojekte/-firmen und der allgemeine Arbeitsmarkt.¹⁰⁰ Bei der Berufswegekonferenz sind der Schüler, die Eltern bzw. die Erziehungsberechtigten, der IFD, die Berufsberatung der Agentur für Arbeit, die Schule bzw. die Lehrer, der Träger der Eingliederungshilfe und ggf. die WfbM beteiligt.¹⁰¹

Die Berufswegekonferenz begleitet die Schüler kontinuierlich während der BVE und KoBV und beleuchtet die Entwicklungsschritte.¹⁰² Eine BWK findet besonders dann statt, wenn ein Wechsel, z.B. von der Schule in die BVE oder von der BVE in die KoBV, bevorsteht.¹⁰³

Ziel einer BWK ist, dass eine individuelle Berufswegeplanung und Vorbereitung für den Schüler erfolgt, umgesetzt und ausgewertet wird. Bei einigen Schülern steht erst nach mehreren betrieblichen Praktika fest, wie ihr persönlicher Berufsweg aussehen wird. Gefördert wird er hierbei durch den IFD, die Lehrer und den Praktikumsbetrieb. Es können jedoch weitere Akteure vorhanden sein.¹⁰⁴ Um vergleichbare Maßstäbe zu setzen und die Entwicklungsschritte zu fixieren, wurde die Kompetenzanalyse eingeführt.

⁹⁹ Vgl. Kleusch, Aktion 1000, S. 12

¹⁰⁰ Vgl. Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Netzwerk- und Berufswegekonferenz, S. 3

¹⁰¹ Vgl. ebenda, S. 6

¹⁰² Vgl. ebenda, S. 5

¹⁰³ Vgl. Anlage 3: Gespräch mit dem IFD, S. 56

¹⁰⁴ Vgl. Ministerium für Kultus, Anhang Kooperationsvereinbarung, S. 5

4.3.3 Kompetenzanalyse

Das sogenannte schulische Kompetenzinventar¹⁰⁵ wurde mit Entstehung der Aktion 1000 entwickelt. Sie ist seit dem Jahr 2007 Grundlage der individuellen beruflichen Planung und besitzt ihre Gültigkeit beim Wechsel von der Schule in den Beruf. Sie wurde eigens für diese Altersgruppe und das Projekt konzipiert.

Die Kompetenzanalyse wird von der Schule erarbeitet. Es soll dadurch eine Leistungsbewertung im schulischen Bereich erfolgen, welche für die Ermittlung des Förderbedarfs, jedoch nicht für die Maßnahmewahl, bedeutend ist.¹⁰⁶ Die Kompetenzanalyse enthält Kriterien, welche die „arbeitsmarkt- sowie teilhaberelevanten Fähigkeiten der Schüler [...]“¹⁰⁷ beurteilen.

Es wird hierbei eine Art Fragebogen verwendet, welcher mit ja, nein oder teilweise beantwortet werden kann. Auf einem Beiblatt sollen genauere Angaben und Bemerkungen vorgenommen werden.

Es wird dabei zwischen 4 Kompetenzbereichen unterschieden:

- Kommunikative Kompetenzen
- Mathematische Kompetenzen
- Lebensrelevante Kompetenzen
- Berufliche und teilhaberelevante Kompetenzen¹⁰⁸

Bei der kommunikativen Kompetenz geht es ausschließlich um das Sprechvermögen und die Ausdrucksweise. Darüber hinaus wird bewertet, ob und wie Informationen aus Texten aufgenommen und schriftlich wiedergegeben werden.¹⁰⁹

Bei der mathematischen Kompetenz wird bewertet, wie der Schüler die Grundrechenarten anwendet und ob er hierfür Hilfen verwendet. Auch der Umgang mit Gewichts- und Maßeinheiten wird beobachtet. Zudem wird beurteilt, wie der Schüler die Uhrzeit und das Datum lesen kann.¹¹⁰

¹⁰⁵ Vgl. Anlage auf CD: Kompetenzanalyse

¹⁰⁶ Vgl. Anlage 8: Netzwerkkonferenz, S. 66

¹⁰⁷ Ministerium für Kultus, Anhang Kooperationsvereinbarung, S. 5

¹⁰⁸ Vgl. Ministerium für Kultus, Anhang Kooperationsvereinbarung, S. 6f

¹⁰⁹ Vgl. Schick/Rüdlin/u.a., S. 2

¹¹⁰ Vgl. ebenda, S. 3

Zu den lebensrelevanten Kompetenzen gehören die unabhängige Beweglichkeit im Straßenverkehr und der Orientierungssinn. Ebenso wird beobachtet, wie geschickt der Schüler im Umgang mit dem Handy ist und ob er sich mit Geld und Bankgeschäften auskennt.¹¹¹

Der berufliche und teilhaberelevante Kompetenzbereich beinhaltet eine Auflistung bisher absolvierter Praktika sowie Berufsfelder und Tätigkeiten, die beim Schüler Interesse wecken. Zu den Praktika muss eine Arbeitsplatzbeschreibung angefertigt werden. Es wird außerdem das Interesse und die Motivation des Schülers an der Maßnahme erläutert. Hierbei werden Selbstständigkeit, Selbsteinschätzung, Belastbarkeit, Zuverlässigkeit, Umgangsform, Konzentrationsvermögen und Merkfähigkeit analysiert. Für die berufliche Kompetenz wichtige Aspekte, wie Auffassungsvermögen, Arbeitsweise und die Arbeitsqualität, werden ebenso eingestuft.¹¹²

Die Kompetenzanalyse sollte abschließend eine Einschätzung über die Eignung für eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beinhalten und anzeigen, welche Fähigkeiten des Schülers dies begründen. Es wird ein Teilhabevorschlag erstellt, der die individuellen Möglichkeiten aufzeigt. Hierzu geben der Schüler und die Erziehungsberechtigten eine Stellungnahme ab. Außerdem wird aufgelistet, welche Unterstützung benötigt wird, damit das Teilhabeziel erreicht werden kann.¹¹³

Die Kompetenzanalyse bietet für alle Beteiligten eine Hilfe zur Orientierung und dient somit als Grundlage hinsichtlich des Förderungsbedarfes.¹¹⁴

4.3.4 Teilhabeplan

Der Teilhabeplan wurde entwickelt, damit eine einheitliche Dokumentation von allen Leistungen und Absprachen verpflichtend vorgenommen werden kann. Er kommt mit Beginn der BVE zum Einsatz.

¹¹¹ Vgl. ebenda, S. 4

¹¹² Vgl. ebenda, S. 5f

¹¹³ Vgl. ebenda, S. 6f

¹¹⁴ Vgl. Ministerium für Kultus, Anhang Kooperationsvereinbarung, S. 7

Die Rehabilitationsträger haben nach den §§ 10 bis 13 SGB IX die Aufgabe, schnelle und nahtlose, wenn nötig auch verzahnte Leistungen, zu erbringen.¹¹⁵ Dies ist sofort zu tun, wenn mehrere Leistungen zeitgleich durchzuführen sind oder aufeinanderfolgen. Bei Bedarf ist, unter Einbezug von Erkenntnissen und Ergebnissen bereits beendeter Leistungen, der Teilhabeplan anzupassen. Somit ist er ein „Leistungsträger übergreifendes Instrument“¹¹⁶.

Der Teilhabeplan ist bei allen Entscheidungen mit einzubeziehen und dient dabei als fachliche Grundlage. Er enthält individuelle Angaben über Beeinträchtigungen, vorhandene Ressourcen, Ziel- und Wunschvorstellungen des behinderten Menschen, Gründe für die Notwendigkeit der Leistungen, Angaben über vorgesehene Maßnahmen zur beruflichen Bildung und Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt, den involvierten Rehabilitationsträger sowie sonstige Beteiligte. Bei Erstellung des Teilhabeplans haben die behinderten, bzw. von Behinderung bedrohten Menschen, ein Mitspracherecht. Sie werden bei Erstellung des Teilhabeplans ausführlich über bestehende Möglichkeiten informiert.

Normalerweise wird der Teilhabeplan vom Integrationsfachdienst unter Einbeziehung der Leistungsträger durchgeführt. Er bindet die Leistungsträger erst, wenn sie eine Leistung oder Teilleistung bewilligt haben.¹¹⁷

Die Ergebnisse aus der Netzwerk- und Berufswegekonferenz werden zudem in das Konzept eingebracht.¹¹⁸

Der Teilhabeplan deckt einen Zeitraum von 5 Jahren ab. Danach erhält der Arbeitgeber auf Antrag einen Minderleistungsausgleich vom Integrationsamt.¹¹⁹

¹¹⁵ Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation e.V., Anlage CD: Gemeinsame Empfehlung Teilhabeplan

¹¹⁶ Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Gemeinsame Grundlagen, S. 10

¹¹⁷ Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation e.V.

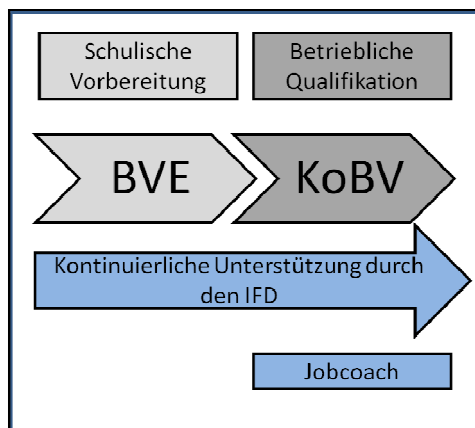
¹¹⁸ Vgl. Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Gemeinsame Grundlagen, S. 10

¹¹⁹ Vgl. Anlage 3: Gespräch mit dem IFD, S: 56

4.4 Schulische Vorbereitung

Bei der schulischen Vorbereitung sind die Schüler, wie in Abbildung 5 dargestellt, in der sogenannten BVE. Aufnahmevoraussetzung ist, dass die Schule eine Kompetenzanalyse erstellt hat, die Schüler eine große Motivation und Leistungsbereitschaft zeigen, mobil sind und das persönliche Umfeld an der Maßnahme mitwirkt. Des Weiteren muss vor der BVE mindestens ein Praktikum erfolgreich absolviert werden und Aussicht auf

Abbildung 5: Ablauf der BVE und KoBV



Quelle: vgl. Anlage CD: Verzahnung schulischer und beruflicher Angebote in BW

Vermittlung in den allgemeinen Arbeitsmarkt bestehen.^{120, 121}

Der Wechsel von einer SfG in die BVE findet nach dem ersten bis dritten Jahr der Berufsschulstufe statt. Bei Schülern einer FS erfolgt der Wechsel nach der 9. Klasse.¹²²

Die in der Regel zweijährige Maßnahme kann auf bis zu

drei Jahre verlängert werden. Auch eine Verkürzung ist möglich, wenn das Ziel der Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt früher erreicht werden kann.¹²³

In der BVE sind die Teilnehmer weiterhin Schüler der bisherigen Stammschule, mit Ausnahme der Förderschüler, die unmittelbar Schüler der Berufsschule werden.^{124, 125}

¹²⁰ Vgl. Anlage 6: Treffen der Unterstützer-Teams, S. 63

¹²¹ Vgl. Anlage 14: Leitfaden zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit einer wesentlichen Behinderung in Stuttgart – Übergänge aus der Schule, S. 83

¹²² Vgl. ebenda, S. 83f

¹²³ Vgl. Ministerium für Kultus, Eckpunkte, S. 4

¹²⁴ Vgl. Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, aktuell 2/2011, S. 6ff, Anlage CD: KVJS aktuell 2-2011

¹²⁵ Vgl. Anlage 3: Gespräch mit dem IFD, S. 56f

Die BVE ist eine Maßnahme, welche die berufliche Vorbereitung, Orientierung und Erprobung durch Praktika auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bewirkt.

Im ersten Jahr sind die Teilnehmer in der BVE I, im zweiten Jahr in der BVE II. Der Unterricht findet an zwei Tagen in der Woche statt. An den anderen drei Tagen absolvieren die Schüler ein betriebliches Erprobungspraktikum. Dabei werden diverse berufliche Bereiche für einige Wochen oder Monate erprobt. Hierbei ist es wichtig herauszufinden, welche Beschäftigung dem Teilnehmer Freude bereitet und ob er sich vorstellen kann, diese Arbeit später als Berufstätigkeit auszuüben. Außerdem wird überprüft, ob die Arbeitsstelle den Teilnehmer über- bzw. unterfordert. In diesem Zusammenhang steht vor allem die berufliche Orientierung und Erprobung im Vordergrund.¹²⁶ Wenn vorübergehend keine geeignete Praktikumsstelle vorhanden ist, besuchen die Schüler an 5 Tagen der Woche die Schule.¹²⁷

Der Unterricht richtet sich nach dem Lörracher-Curriculum.¹²⁸ Man orientiert sich hierbei an den beruflichen Anforderungen und Inhalten, beispielsweise Verhalten im Straßenverkehr, Arbeitsschutzmaßnahmen sowie die Verhaltensweise im Krankheitsfall.¹²⁹ Die Schüler lernen vor allem, was auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erwartet wird. Individuell wird auf die Stärken und Schwächen jedes einzelnen Teilnehmers eingegangen. Es wird zum Beispiel eine Bewerbungsmappe erstellt oder ein Vorstellungsgespräch anhand von Rollenspielen geübt. Innerhalb der BVE werden somit Schlüsselqualifikationen erlernt und auf die Begabungen bzw. Fähigkeiten des einzelnen Schülers aufgebaut. Die Einrichtungen und Werkstätten der Berufsschule werden zudem gemeinsam mit den Berufsschülern genutzt. Es werden auch Projekte wie beispielsweise das Pizzaprojekt durchgeführt.¹³⁰ Einmal wöchentlich findet eine Gesprächsrunde

¹²⁶ Vgl. Ministerium für Kultus, Anhang Kooperationsvereinbarung, S. 2

¹²⁷ Vgl. Ministerium für Kultus, Anhang Kooperationsvereinbarung, S. 3

¹²⁸ Vgl. Anlage 5: Gespräch mit Lehrer der Wilhelm-Maybach-Schule, S. 61

¹²⁹ Vgl. Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Curriculum, Anlage CD: Curriculum

¹³⁰ Vgl. Anlage 5: Gespräch mit Lehrer der Wilhelm-Maybach-Schule, S. 61

zwischen den Lehrern, dem IFD und den Schülern statt.¹³¹ Alle Schüler berichten über aktuelle Entwicklungen und Probleme. Es kann bei Bedarf auch ein Einzelgespräch zwischen dem IFD und dem Schüler stattfinden, um individuelle Fragestellungen zu klären.

Zum sogenannten Unterstützerteam innerhalb der BVE gehören die Lehrkräfte der Schule, der Integrationsfachdienst und der Jobcoach.¹³² Zum Austausch finden regelmäßige Treffen des Teams statt.¹³³

Wenn ersichtlich wird, dass das Ziel der BVE bzw. die Anforderungen nicht erreicht werden können und die Unterstützung der Berufsschulstufe benötigt wird, ist jederzeit ein Wechsel in die Berufsschulstufe der Sonderschule möglich. Auch ein Übergang in eine alternative Maßnahme ist möglich, wenn erkennbar wird, dass der Schüler eine andere berufliche Förderung benötigt.

In Ausnahmefällen ist jedoch auch ein Wechsel auf den allgemeinen Arbeitsmarkt möglich, wenn der Schüler sich so gut entwickelt hat, dass er den Wechsel in eine KoBV nicht benötigt.

Im nächsten Gliederungspunkt werden die Aufnahmevoraussetzungen sowie die Inhalte einer KoBV näher erläutert.

4.5 Betriebliche Qualifikation

Die Teilnehmer wechseln in die KoBV-Maßnahme, wenn das Unterstützungsteam der Auffassung ist, dass der Schüler die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten besitzt, die er auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt benötigt und ein geeigneter und längerfristiger Praktikumsplatz gefunden wurde. Zudem müssen die geforderte Motivation, Mobilität und Potenzial für eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt vorhanden sein. Es können auch Menschen mit einer wesentlichen Behinderung aus dem Berufsbildungsbereich einer Werkstätte für behinderte Menschen oder einer anderen Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme in die KoBV ein-

¹³¹ Vgl. Anlage 2: BVE I

¹³² Vgl. Ministerium für Kultus, Anhang Kooperationsvereinbarung, S. 2

¹³³ Vgl. Anlage 6: Treffen des Unterstützer-Teams

steigen. Diese haben die gleichen Voraussetzungen wie BVE-Absolventen.¹³⁴

In der KoBV-Maßnahme steht die betriebliche Qualifikation im Vordergrund. Es wird deshalb eine gründliche Vorbereitung für eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt durch die BVE vorausgesetzt, da die schulischen Inhalte der KoBV darauf aufbauen.¹³⁵

Die betriebliche Qualifikation findet über einen Zeitraum von elf bis maximal 18 Monaten statt. Währenddessen üben die Projektteilnehmer an drei Tagen in der Woche eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aus. In den Schulferien sind sie fünf Tage pro Woche in dem Betrieb beschäftigt. Dieses Praktikum wird auch Belastungspraktikum genannt.¹³⁶

Es wird das duale Ausbildungssystem angewendet, dies bedeutet, dass die Berufsschulpflicht erfüllt wird, da die Schüler nach wie vor an zwei Tagen in der Woche unterrichtet werden. Inhalt des Unterrichts ist das Erlernen von Kompetenzen, die für eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erforderlich sind. Die Schlüsselqualifikationen, die in der BVE erlernt wurden, werden weiter gestärkt. Es wird zudem versucht, Arbeitsinhalte, die innerhalb des Betriebes benötigt werden, in der Schule ergänzend zu erarbeiten und auf spezielle Wünsche des Arbeitgebers einzugehen.^{137, 138, 139} Das Praktikum wird normalerweise während der gesamten KoBV-Maßnahme in einem Betrieb absolviert. Es findet hierbei eine stetige Steigerung der Anforderungen statt, welche für eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt benötigt werden. Hierdurch soll eine höhere Belastbarkeit erreicht werden. Die Schüler sollen sich vom schulischen System lösen und unter realen Bedingungen arbeiten.

¹³⁴ Vgl. Anlage 14: Leitfaden zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit einer wesentlichen Behinderung in Stuttgart – Übergänge aus der Schule, S. 86

¹³⁵ Vgl. Ministerium für Kultus, Eckpunkte, S. 4

¹³⁶ Vgl. Anlage 14: Leitfaden zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit einer wesentlichen Behinderung in Stuttgart – Übergänge aus der Schule, S. 87

¹³⁷ Vgl. Anlage 1: Vorstellungsgespräch für ein Praktikum, S. 52

¹³⁸ Vgl. Ministerium für Kultus, Anhang Kooperationsvereinbarung, S. 3

¹³⁹ Vgl. Ministerium für Kultus, Kooperationsvereinbarung, S. 3

Wenn kein Praktikum auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ausgeübt werden kann, wird durch den Bildungsträger eine dauerhafte und individuelle Versorgung bereitgestellt.¹⁴⁰

Einmal wöchentlich findet, wie in der BVE, mit jedem Schüler ein Entwicklungsgespräch statt.¹⁴¹ Es wird über Fortschritte und Probleme gesprochen, die sich innerhalb des Arbeitsverhältnisses ergeben. Es wird zudem über erforderliche Unterstützungsmöglichkeiten diskutiert. Dieser Austausch erfolgt zwischen dem Schüler, IFD, Jobcoach und den Lehrern. Wenn nötig, findet auch ein Einzelgespräch zwischen dem Schüler und dem IFD statt.¹⁴²

Wenn das Praktikum erfolgreich verläuft, hat der Integrationsfachdienst die Aufgabe, den Arbeitgeber auf die Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis anzusprechen. Es ist hierbei nicht von Bedeutung, ob die KoBV-Maßnahme regulär, nach Verlängerung oder zuvor durch einen Arbeitsvertrag beendet wird.¹⁴³ Der Arbeitgeber bekommt erläutert, welche finanziellen Leistungen er zur Unterstützung erhalten kann.¹⁴⁴

Nach Erfahrungen des Integrationsfachdienstes werden die meisten Schüler zunächst befristet in Anstellung übernommen.¹⁴⁵ Es gibt jedoch Schüler, die den Anforderungen des allgemeinen Arbeitsmarktes nicht gewachsen sind und oder in ihrem sozialen Umfeld nicht die notwendige Unterstützung erhalten. Sie benötigen deshalb das unterstützende Umfeld einer WfbM. Diese Schüler arbeiten, teilweise auch nur vorübergehend in einer WfbM. Andere Schüler hingegen möchten nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten und wechseln deshalb in eine WfbM. Dieser Übergang von der BVE oder KoBV in eine WfbM ist jederzeit möglich.¹⁴⁶

¹⁴⁰ Vgl. Ministerium für Kultus, Anhang Kooperationsvereinbarung, S. 3

¹⁴¹ Vgl. Anlage 2: BVE I

¹⁴² Vgl. Ministerium für Kultus, Anhang Kooperationsvereinbarung, S. 4

¹⁴³ Vgl. Anlage 14: Leitfaden zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit einer wesentlichen Behinderung in Stuttgart – Übergänge aus der Schule, S: 87

¹⁴⁴ Vgl. Ministerium für Kultus, Kooperationsvereinbarung, S. 5

¹⁴⁵ Vgl. Anlage 3: Gespräch mit dem IFD, S. 55

¹⁴⁶ Vgl. Anlage 14: Leitfaden zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit einer wesentlichen Behinderung in Stuttgart – Übergänge aus der Schule, S. 85, 87

Bei der KoBV handelt es sich aus förderrechtlicher Sicht um eine spezielle Art der „Berufsvorbereitenden Maßnahme“ (BvB). Da für die wesentlich behinderten Menschen ein spezieller Unterstützungsbedarf erforderlich ist, wurde die Maßnahme dementsprechend angepasst. Hierbei orientierte man sich an der BVB. Dies wurde mithilfe der kontinuierlichen Unterstützung des Integrationsfachdienstes und der zur Verfügung gestellten Berufsschulkapazität erreicht.¹⁴⁷

Die KoBV-Teilnehmer werden von der Agentur für Arbeit unterstützt. Sie erhalten eine Fahrtkostenerstattung zum Praktikumsbetrieb und ein Ausbildungsgeld in Höhe von 216 Euro im Monat.¹⁴⁸

Zudem sind sie in der KoBV-Maßnahme durch die Agentur für Arbeit sozialversicherungspflichtig.¹⁴⁹

4.6 Kooperationspartner im Projekt und direkte Ansprechpartner für die Schüler

Es werden nun die Aufgaben des Integrationsfachdienstes sowie des Jobcoaches innerhalb des Projekts näher erläutert.

4.6.1 Integrationsfachdienst

Der Mitarbeiter des IFD betreut die Schüler kontinuierlich während des Projekts. Er unterstützt sie vor und während der BVE und der KoBV bei Maßnahmen, bei der Vermittlung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt und nach deren Abschluss dauerhaft zur Sicherung des Beschäftigungsverhältnisses. Deshalb hat er eine steuernde Funktion und ist eine konstante Kontaktperson für die behinderten Jugendlichen, deren Eltern, die Arbeitgeber und die Leistungserbringer.

Der Integrationsfachdienst sucht für die Schüler nach geeigneten Praktika.¹⁵⁰ Das Praktikum wird i.d.R. über einen Zeitraum von mindestens zwei bis vier Wochen durchgeführt. Währenddessen finden Gespräche mit

¹⁴⁷ Vgl. Ministerium für Kultus, Anhang Kooperationsvereinbarung, S. 3

¹⁴⁸ Vgl. § 12 Abs. 1 Nr. 1 BAföG

¹⁴⁹ Vgl. Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, aktuell 2/2011, S. 6ff

¹⁵⁰ Vgl. Ministerium für Kultus, Anhang Kooperationsvereinbarung, S. 8

den Schülern und Arbeitgebern über den Verlauf der Praktika statt.¹⁵¹ Hierbei sollen frühzeitig Probleme erkannt und bearbeitet werden. Ist ein Praktikumsbereich passend, verhandelt der IFD mit dem Arbeitgeber, ob ein Langzeitpraktikum angeboten und ggf. im Anschluss daran ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis begründet werden kann.¹⁵² Hierbei legt der IFD dar, wie das Arbeitsverhältnis und der Arbeitsplatz unterstützt werden kann. Dabei werden bei Bedarf auch die Aufgaben anderer Leistungsträger mit einbezogen.

Der Integrationsfachdienst ist Prozessbeauftragter und zuständig für die Praktika auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.¹⁵³ In der Netzwerkkonferenz berichtet er über aktuelle Ergebnisse¹⁵⁴ und ist wie oben erwähnt für die Einhaltung des Teilhabepplans zuständig.

Das Integrationsamt des KVJS beauftragt mit Mitteln der Ausgleichsabgabe den Integrationsfachdienst mit der Unterstützung.

Arbeitgeber, die einen schwerbehinderten Jugendlichen einstellen, können nach der beruflichen Eingliederungsförderung durch die Agentur für Arbeit aus der Ausgleichsabgabe finanzielle Unterstützung erhalten.¹⁵⁵ Eine Ausgleichsabgabe muss von Unternehmen gezahlt werden, die monatlich durchschnittlich mindestens 20 Mitarbeiter haben und weniger als 5% behinderte Menschen beschäftigen.¹⁵⁶

Der Integrationsfachdienst muss dem KVJS den Entwicklungsverlauf jedes Einzelfalles dokumentieren.¹⁵⁷

4.6.2 Jobcoach

Der Jobcoach steht für die Erbringung seiner Leistung bei der AfA unter Vertrag. Somit ist er ihr Rechenschaft über seine Arbeitsleistung schuldig. Die meisten Jobcoaches kommen aus einer WfbM, was ihnen bei der Arbeit mit den behinderten Jugendlichen behilflich ist. Aufgrund ihrer Kennt-

¹⁵¹ Vgl. Anlage 4: Auswertungsgespräche im Kindergarten

¹⁵² Vgl. Anlage 3: Gespräch mit dem IFD

¹⁵³ Vgl. Ministerium für Kultus, Anhang Kooperationsvereinbarung, S. 9

¹⁵⁴ Vgl. Anlage 8: Netzwerkkonferenz

¹⁵⁵ Vgl. Ministerium für Kultus, Kooperationsvereinbarung, S. 5

¹⁵⁶ Vgl. § 71 i.V.m. § 77 SGB IX

¹⁵⁷ Vgl. Ministerium für Kultus, Anhang Kooperationsvereinbarung, S. 9

nisse im Umgang mit dem Personenkreis sind sie in der Lage auf die Personen einzugehen und sie einzuschätzen.^{158 159}

Innerhalb der KoBV-Maßnahme ist der Jobcoach den Schülern bei der Ausübung ihrer Arbeit behilflich und unterstützt die Jugendlichen bei Problemen am Arbeitsplatz. Zudem soll er die Kompetenzentwicklung des Schülers feststellen. Es ist auch möglich, dass der Jobcoach im Betrieb mitarbeitet und folglich dem Schüler eine Stütze ist. Er kann dem Jugendlichen gewisse Arbeitsabläufe näher erläutern oder eine Checkliste erstellen, nach der der Schüler sich orientieren kann. Der Jobcoach ist auch für arbeitsrechtlich relevante Fragestellungen zuständig. Er ist deshalb Ansprechpartner, wenn es um einen Urlaubsantrag oder die Arbeitszeit geht.¹⁶⁰ Um bei Problemen möglichst schnell handeln zu können, besucht der Jobcoach den Schüler im Praktikumsbetrieb und bespricht die aktuelle Entwicklung mit dem Arbeitgeber und dem Schüler. Hierbei ist auch der IFD anwesend.

Bei Problemen wird nach Hintergründen gesucht.¹⁶¹ Wenn der Schüler beispielsweise häufig zu spät beim Praktikumsplatz erscheint und die Ursache mangelnde Fahrtwegkenntnis ist, sucht der Jobcoach zusammen mit dem KoBV-Teilnehmer Bahn- und Busverbindungen aus dem Internet heraus und geht den Arbeitsweg mit ihm ab.¹⁶² Es wird gewährleistet, dass der Schüler jede mögliche Unterstützung durch den Betrieb und die Schule erhält. Dies ist erforderlich, um ein mögliches Scheitern zu verhindern, was bei einer Überlastung des Schülers die Folge sein kann. Sind die Anforderungen an ein Arbeitsverhältnis jedoch zu hoch und der Schüler kann diese nicht erfüllen, sucht der Integrationsfachdienst nach einer neuen Praktikumsstelle.¹⁶³

Ziel der Arbeit eines Jobcoaches ist die Stabilisierung und Verbesserung der Arbeitsleistung des Schülers. Im ersten Jahr des Projekts hat sich der

¹⁵⁸ Vgl. Anlage 3: Gespräch mit dem IFD, S: 56

¹⁵⁹ Vgl. Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Schlaglicht, S. 4, Anlage CD: KVJS-Schlaglicht

¹⁶⁰ Vgl. Anlage 7: Telefongespräch mit dem Jobcoach

¹⁶¹ Vgl. Anlage 4: Auswertungsgespräche im Kindergarten

¹⁶² Vgl. Anlage 3: Gespräch mit dem IFD, S: 56

¹⁶³ Vgl. Ministerium für Kultus, Anhang Kooperationsvereinbarung, S. 10

Jobcoach überwiegend um die KoBV-Teilnehmer gekümmert und die IFD-Mitarbeiterin ist in den Hintergrund getreten. Es kam dadurch jedoch häufig zu Schwierigkeiten und einer schlechteren Arbeitsleistung einzelner Schüler. Grund hierfür war unter anderem, dass der IFD über mehrere Jahre eine wichtige Bezugsperson für die Schüler war und nun eine neue Person, der Jobcoach, diese Rolle übernehmen sollte. Nach diesen Erfahrungen findet ein regelmäßiger Austausch zwischen dem Integrationsfachdienst und dem Jobcoach statt. Beide nehmen an den Auswertungsgesprächen beim Arbeitgeber teil und thematisieren weitere Zielsetzungen um Entwicklungsschritte zu erreichen.¹⁶⁴

4.7 Bisherige Evaluationsergebnisse

Im Rahmen der Aktion 1000plus findet eine Evaluation in 3 Stufen statt. Die aufgezeigten Evaluationsergebnisse sind auf ganz Baden-Württemberg bezogen, es sei denn, es wird etwas anderes erwähnt.

In der ersten Phase werden die Maßnahmen zur schulischen Vorbereitung untersucht. Es findet eine Befragung der Sonderschulen statt. Hierbei wird die Anzahl der wesentlich behinderten Schüler ermittelt. Und die Betreuung der Praktika durch den IFD evaluiert.¹⁶⁵

Am 28.07.2011 waren 17 BVE-Standorte genehmigt, neun weitere sind im Antragsverfahren und elf sind in Planung. Es gibt zudem zehn KoBV-Standorte.¹⁶⁶

Betrachtet man die Zahl der Teilnehmer, die die BVE und KoBV absolvieren, erkennt man, dass die Zahlen von Jahr zu Jahr steigen. Wie aus Abbildung 6 ersichtlich wird, nehmen in Stuttgart überwiegend Schüler aus einer SfG an der Maßnahme teil. Betrachtet man die Jahre 2009 bis 2011, stellt man fest, dass immer mehr Schüler beim Übergang von einer Schule für geistig bzw. lernbehinderte Menschen vom IFD begleitet werden.

¹⁶⁴ Vgl. Anlage 3: Gespräch mit dem IFD, S. 56

¹⁶⁵ Vgl. Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Nachhaltigkeit Stand 23.11.2011, S. 6

¹⁶⁶ Vgl. Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Nachhaltigkeit Stand 23.11.2011, S. 7

Abbildung 6: BVE-KoBV in Stuttgart Teilnehmerzahl gesamt

	09/10	10/11	11/12
Unterrichtsbeginn	21.09.	14./21.09	12./19.09
Teilnehmer	11	21	29
davon in			
BVE	7	17	21
KoBV	4	4	8
Zugang aus:			
Sonderschule G	10	19	27
Förderschule	1	2	2

Quelle: vgl. Anlage 8: Netzwerkkonferenz

Die Zahl stieg von 46 Personen im Jahr 2009 auf 77 im Jahr 2011. Im Jahr 2011 wurden insgesamt 109 Praktika absolviert, die vom IFD unterstützt wurden. Hiervon fanden 106 auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt und drei in einer WfbM statt. Die erhebliche Anzahl an Praktika erklärt sich, weil der IFD die Schüler seit Kurzem schon vor der BVE in der Stammschule betreut und geeignete Praktikumsplätze für sie sucht. Im Jahr 2009 wurden hingegen nur 48 Praktika absolviert, von diesen fanden 45 am allgemeinen Arbeitsmarkt und drei in einer Werkstätte für behinderte Menschen statt.¹⁶⁷

Die nächste Stufe der beruflichen Vorbereitung, Qualifizierung, Stabilisierung und Vermittlung beinhaltet die Evaluation der KoBV, der unterstützten Beschäftigung sowie den Berufsbildungsbereich einer Werkstätte für behinderte Menschen.¹⁶⁸

Die Entwicklung der Zugängerzahlen der KoBV von 2005 bis 2010 zeigt, dass die Zahlen von Jahr zu Jahr steigen.¹⁶⁹ Hierdurch wird verdeutlicht, dass momentan immer mehr Fälle bearbeitet werden müssen und ein sehr

¹⁶⁷ Vgl. Anlage 8: Netzwerkkonferenz, S. 67

¹⁶⁸ Vgl. Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Nachhaltigkeit Stand 23.11.2011, S. 6, Anlage CD: Nachhaltigkeit Aktion 1000plus 11-2011

¹⁶⁹ Vgl. Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Evaluationsergebnisse, S. 5, Anlage CD: Evaluation Aktion 1000plus 03-2011

großer Personenkreis durch die Maßnahme angesprochen wird, der von anderen Seiten wenig Unterstützung erhält.

Die Betrachtung der Lebenslagen vor Beginn einer KoBV-Maßnahme von 2005 bis 2010 verdeutlicht, dass die Mehrheit von einer BVE, SfG oder einer Schule für lernbehinderte Menschen in die berufliche Vorbereitung wechseln.¹⁷⁰ Dies ist auch Sinn der Maßnahme, da Personen, die zwischen Schulzeit und Arbeit eine Lücke in ihrem Lebenslauf aufweisen, in das Projekt der Unterstützten Beschäftigung eingeordnet werden können.¹⁷¹ Personen, die aus der BVE oder einer Schule kommen, werden bereits dort beruflich unterstützt und darauf wird bei der KoBV aufgebaut.

Wenn man ausschließlich den Bereich Schule zum Zeitpunkt des Betreuungsbeginns des Integrationsfachdienstes betrachtet, wird ersichtlich, dass die Anzahl der geistig behinderten Menschen im Vergleich zu lernbehinderten Menschen enorm groß ist.¹⁷² Auch bei einem Gespräch mit einem Lehrer der BVE und KoBV kam dies zur Sprache. Er erklärte, dass die meisten Jugendlichen mit einer geistigen Behinderung leistungsstärker sind als lernbehinderte.¹⁷³

Bei den abgeschlossen Fällen kann bewertet werden, wie lange die Schüler an der KoBV-Maßnahme teilnehmen. Die Mehrheit, nämlich 40 von 155 Teilnehmern beendeten die KoBV nach 18 Monaten, was die Maximaldauer ist. Die Anzahl der Schüler, die vor den 18 Monaten die Maßnahme beenden, schwankt. Demzufolge benötigen die Schüler sehr viel Unterstützung, um eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ausüben zu können. Weitere Höhepunkte sind bei einer Dauer von elf Monaten, elf Personen, 15 Monaten, 15 Personen, und 17 Monaten, 19

¹⁷⁰ Vgl. Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Evaluationsergebnisse, S. 19

¹⁷¹ Vgl. Anlage 8: Netzwerkkonferenz, S. 66f

¹⁷² Vgl. Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Nachhaltigkeit, S. 3f

¹⁷³ Vgl. Anlage 5: Gespräch mit Lehrer der Wilhelm-Maybach-Schule, S. 61

Personen vorhanden. Die durchschnittliche Verweildauer beträgt 12,45 Monate.¹⁷⁴

Von diesen insgesamt 155 abgeschlossenen Fällen wurden 85 Personen nach Ende der KoBV auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt. Das sind 54,8%.¹⁷⁵ Bei Überprüfung der Nachhaltigkeit zum 31.12.2010 kam von 6 Personen keine Rückmeldung. Bei Evaluation der übrigen 79 stellte sich heraus, dass 66 Personen weiterhin ein Arbeitsverhältnis auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ausüben. Fünf Absolventen sind in einer Werkstätte für behinderte Menschen, fünf Personen sind arbeitslos und drei gaben etwas ganz anderes an.¹⁷⁶ Da die Zahl der Beschäftigten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nach Beendigung der KoBV weiterhin enorm hoch ist wird unverkennbar, dass die Maßnahme ihren Zweck erfüllt und den Teilnehmern nicht nur vorübergehend in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt.

Die dritte Stufe beinhaltet eine Untersuchung auf selbstbestimmte und eigenverantwortliche Partizipation am Leben in der Gemeinschaft durch Teilhabe am Arbeitsleben, entweder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt oder einer Werkstätte für behinderte Menschen. Es wird zudem die Nachhaltigkeit der Betreuungsfälle des IFD beim Übergang in die Arbeit ermittelt.¹⁷⁷

Bei einer Befragung von Werkstätten im Jahre 2009 wurde ermittelt, dass 71,4% der dort Beschäftigten eine geistige Behinderung haben. Mit großem Abstand folgen mit 22,75% Personen, die an einer seelischen Behinderung leiden.¹⁷⁸ Somit wird deutlich, dass die Zielgruppe der geistig- und lernbehinderten Menschen sehr umfangreich ist und einen auffallend großen Förderbedarf benötigt.

¹⁷⁴ Vgl. Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Evaluationsergebnisse, S. 20

¹⁷⁵ Vgl. ebenda, S. 21

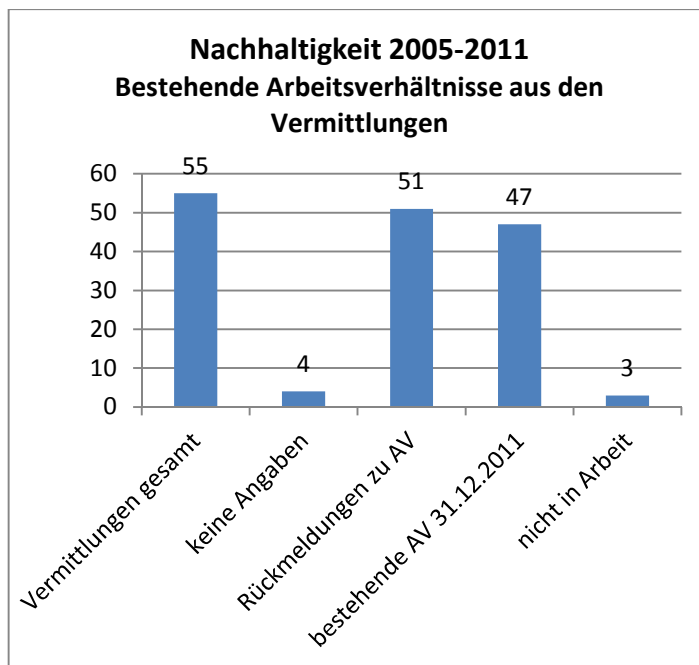
¹⁷⁶ Vgl. ebenda, S. 23

¹⁷⁷ Vgl. Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Nachhaltigkeit Stand 23.11.2011, S. 6

¹⁷⁸ Vgl. Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Evaluationsergebnisse, S. 29

Bei Betrachtung der Betreuungsfälle und Vermittlungen beobachtet man stetig steigende Zahlen. Während es im Jahr 2005 8748 Personen mit Unterstützungsbedarf gab, sind es im Jahr 2010 bereits 10727 Personen. Davon leiden 2644 an einer geistigen Behinderung, dies entspricht fast 25% der gesamten Betreuungsfälle. Vermittelt wurden im Jahre 2005 159 geistig behinderte Menschen, im Jahr 2010 bereits 341. Hierdurch wird ersichtlich, dass ein großer Bedarf an Unterstützungsleistungen bei geistig behinderten Menschen notwendig ist. Von 2005 bis 2010 wurden insgesamt 1604 Personen mit einer wesentlichen Behinderung vermittelt, 1308 von ihnen in ein Arbeitsverhältnis. Bei Untersuchungen über die Nachhaltigkeit zeigt sich, dass die meisten Beschäftigungsverhältnisse der damals vermittelten Personen zum Zeitpunkt der Auswertung der Ergebnisse am 31.12.2010 noch bestanden. Jedoch muss auch bedacht werden, dass von 64 Personen keine Rückmeldung auf die Anfrage kam und 33 Personen unbekannt oder in ein anderes Bundesland verzogen sind.

Abbildung 7: Nachhaltigkeit 2005-2011 in Stuttgart



Quelle: vgl. Anlage 8: Netzwerkkonferenz

Von den insgesamt 1308 Vermittlungsfällen in den Jahren 2005 bis 2010 ist ein Großteil wesentlich durch eine geistige Behinderung oder Lernbehinderung beeinträchtigt. Dies deutet ebenso auf einen großen Unterstützungsbedarf dieser Personengruppe hin.¹⁷⁹

¹⁷⁹ Vgl. ebenda, S. 34ff

Allein in Stuttgart gab es, wie in Abbildung 7 ersichtlich wird, in den Jahren 2005 bis 2011 insgesamt 55 Vermittlungen. Bei Überprüfungen zur Nachhaltigkeit stellte sich heraus, dass zum 31.12.2011 noch 47 Arbeitsverhältnisse bestanden. Die Nachhaltigkeitsquote beträgt somit 92,3%.¹⁸⁰

Vergleicht man die Vermittlung in ein Arbeitsverhältnis von der WfbM mit vorherigem Besuch einer KoBV und ohne, wird ersichtlich, dass die Personengruppe, die an einer beruflichen Orientierung teilnahm, bessere Chancen hat. Im Jahr 2009 wurden 6,41% von einer Werkstätte auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt, ohne vorherigen Besuch der KoBV jedoch nur 2,91%.¹⁸¹

In den Kreisen Karlsruhe, Lörrach, Pforzheim und Leonberg gab es im Rahmen der Aktion 1000 in der Modellphase 2005 bis 2007 die BVE- und KoBV-Maßnahme. Dort gab es 101 Teilnehmer, von denen 70 geistig und 31 lernbehindert sind. Von diesen Absolventen wurden 71 in ein Arbeitsverhältnis vermittelt, das sind knapp 70%. Sieben Personen wurden anderweitig vermittelt und 15 wechselten in den Berufsbildungsbereich einer Werkstätte für behinderte Menschen. Neun konnten von der WfbM in ein Arbeitsverhältnis vermittelt werden. Auch die folgenden Jahre zeigten eine positive Entwicklung. Mindestens 55% der KoBV-Teilnehmer wurden in ein Beschäftigungsverhältnis vermittelt.¹⁸²

¹⁸⁰ Vgl. Anlage 8: Netzwerkkonferenz, S. 66

¹⁸¹ Vgl. Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Evaluationsergebnisse, S. 32f

¹⁸² Vgl. ebenda, S. 44f

5 Auswertung

In diesem Kapitel soll nun spezifisch auf die Fragen, die zu Beginn der Arbeit aufgeworfen wurden, eingegangen werden.

5.1 Erläuterungen zu den Interviews und Gesprächen

Durch Interviews, Gespräche und Teilnahme an den Aktivitäten des Projekts und hierbei gemachten Beobachtungen wurde versucht, Antworten auf die gestellten Fragen zu finden.

Diese Methoden boten sich an, da die Maßnahme noch nicht ausreichend erforscht und keine umfangreiche Literatur zu dieser Thematik vorhanden ist.

Die Gespräche und Interviews wurden mit Fachleuten und Betroffenen geführt. Hierbei wurden Personen ausgewählt, die einerseits viel mit den Schülern innerhalb des Projekts arbeiten und deshalb die Entwicklung aus nächster Nähe betrachten können, andererseits aber auch Personen, die nicht direkt mit den Schülern in Kontakt treten und deshalb eine objektive Sicht auf das Projekt haben. Es wurde kein einheitlicher Fragenbogen konzipiert, sondern individuell auf die Aufgaben innerhalb der Maßnahme und Arbeitsweisen eingegangen.

Zu den einzelnen Interview- bzw. Gesprächspartnern sowie den Formen der Durchführung muss folgendes erwähnt werden. Die Mitarbeiterin des Integrationsamtes wurde ausgewählt, da sie sehr viel mit den fachlichen/rechtlichen Verfahrensweisen des Projekts arbeitet. Sie beauftragt den Integrationsfachdienst mit der Unterstützung und wird über Einzelfälle und Ergebnisse informiert. Sie hat deshalb einen objektiven Eindruck über den Ablauf der Maßnahme und deren Entwicklung. Mit der Mitarbeiterin des IFD fanden einige Treffen statt sowie die Beobachtung ihrer Arbeitstätigkeit im Zusammenhang mit dem Projekt. Hierbei wurde die praktische Umsetzung besprochen und Fragen erörtert. Mit dem Jobcoach wurde ein Telefoninterview geführt. Er betreut die KoBV-Schüler und ist deshalb ein wichtiger Ansprechpartner.

Es wurden außerdem ein Arbeitgeber und eine Absolventin befragt. Die Absolventin war bereits während der KoBV-Maßnahme bei dem Arbeitgeber Praktikantin. Der Arbeitgeber kann deshalb die Entwicklung sehr gut beurteilen und ein objektives Fazit über das Projekt abgeben.

Bei Gesprächen mit den Schülern stellte sich heraus, dass sie allesamt sehr motiviert, freundlich, kommunikativ und engagiert sind. Alle möchten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eine Beschäftigung finden. Zudem war auffallend, dass sie bei Problemen sofort ein Gespräch mit dem IFD suchten. Zwischen den Schülern und dem IFD besteht ein sehr gutes Verhältnis. Er ist eine sehr wichtige Bezugsperson und die Jugendlichen wissen, dass sie bei Schwierigkeiten jederzeit anrufen können. Die genannte Bezugsperson ist für Menschen mit einer Behinderung sehr wichtig, da Probleme sonst schnell zu Überforderung oder Verunsicherung der Schüler führen können.¹⁸³ Oft haben die Schüler jedoch Anschauungen, die etwas überspitzt sind. Es wird jedoch versucht, die Schüler zu bremsen und ihnen noch eine andere Sichtweise näher zu bringen.

Auffallend war außerdem, dass man den meisten Schülern ihre Behinderung nicht auf den ersten Blick anmerkt bzw. ansieht. Erst bei einem Gespräch bemerkt man, dass sie kognitiv eingeschränkt sind.

5.2 Der Zusammenhang zwischen dem Projekt und den Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention

Wie im Kapitel 3.2 bereits genannt wurde, fordert die Konvention Teilhabe der behinderten Menschen in allen Lebensbereichen.

Durch das Projekt BVE und KoBV wird jedoch nur der Bereich des Übergangs von der Schule in den allgemeinen Arbeitsmarkt betrachtet. Dies deutet auf eine Nichterfüllung der UN-Behindertenrechtskonvention mit dem Leitziel Inklusion hin. Jedoch wird dieser Bereich explizit in Art. 27 UN-Behindertenrechtskonvention genannt. Nach Absatz 1 sollen die Vertragsstaaten anerkennen, dass behinderte Menschen die Möglichkeit ha-

¹⁸³ Vgl. Anlage 12: Interview mit dem IFD, S. 80

ben, ihren Lebensunterhalt durch eine Beschäftigung selbst zu bestreiten. Sie sollen ihren Arbeitsplatz frei wählen und werden hierbei unterstützt. Des Weiteren wird in den Absätzen 1 i und 1 j gefordert, dass behinderte Menschen Erfahrungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, beispielsweise durch Praktika, sammeln und bei der Beschäftigung sowie der Suche nach einer Erwerbstätigkeit unterstützt werden sollen.

Dieser Forderung wird innerhalb des Projekts BVE und KoBV nachgegangen. Durch Teilnahme an der Maßnahme bekommen die Schüler die Möglichkeit durch Praktika unterschiedliche Arbeitsbereiche kennenzulernen. Hierbei sollen die Schüler erproben, welcher Beruf ihren Neigungen entspricht und ob ihre Fähigkeiten für das jeweilige Anforderungsprofil der Arbeitsstelle ausreichen. Die Arbeitsbereiche und -orte werden von den Schülern meist auf Vorschlag des IFD ausgewählt. Bei der Suche nach einem Praktikumsplatz, der dem Wunsch des Schülers entspricht, erfolgt eine Unterstützung durch den IFD oder den Jobcoach. Nach Beendigung des Projekts haben die Schüler die Möglichkeit in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis ihren eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Sie verdienen nicht wie in einer WfbM nur etwa 80€ im Monat.¹⁸⁴ Während der KoBV-Maßnahme erhalten die Schüler ein Ausbildungsgeld in Höhe von 216€.¹⁸⁵ Nach Ende der Maßnahme haben die Absolventen die Möglichkeit eine Anlern Tätigkeit auf Helferniveau auszuüben und bis zu 1200€ netto zu verdienen.¹⁸⁶ Jedoch ist, wie bereits erwähnt, nicht für alle Beteiligten die Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt das richtige Umfeld. Sie benötigen die Unterstützung innerhalb einer WfbM. Durch die Maßnahme haben die Jugendlichen eine Wahlmöglichkeit.^{187 188}

Bei einem Besuch der Wilhelm-Maybach-Schule wurde der Tagesablauf innerhalb der BVE und KoBV verfolgt. Bei einem Gespräch mit Lehrern konnten verschiedene Fragen gestellt werden. Nach der Meinung eines

¹⁸⁴ Vgl. § 138 SGB IX

¹⁸⁵ Vgl. § 12 Abs. 1 Nr. 1 BAföG

¹⁸⁶ Vgl. Anlage 12: Interview mit dem IFD, S. 78

¹⁸⁷ Vgl. Anlage 7: Telefongespräch mit dem Jobcoach

¹⁸⁸ Vgl. Anlage 12: Interview mit dem IFD, S. 78f

Lehrers stellt die BVE- und KoBV-Maßnahme ein integratives Projekt dar, weil die Schüler für sich unterrichtet werden. Seiner Auffassung vermittele das Projekt wichtige Kompetenzen, die bei einer Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erforderlich seien. Nach der Meinung eines Lehrers stellt die BVE- und KoBV-Maßnahme ein integratives Projekt dar, weil kein Unterricht mit nicht behinderten Jugendlichen erfolgt. Jedoch sind Teilbereiche des Projekts inklusiv, z.B. wenn zusammen mit Berufsschülern ein Projekt durchgeführt wird. Ein Berufsschüler sagte einmal zu diesem Thema: "Wir machen es gerne, jedoch darf es nicht auf unsere Kosten gehen." Mit dieser Aussage wollte er ausdrücken, dass sie behinderte Schüler bzw. Menschen unterstützen, jedoch nur, wenn sie einen Vorteil daraus ziehen können. Als die Schüler in der Autowerkstatt waren, haben die behinderten Schüler etwas über die Gegenstände eines Autos erfahren und die nicht behinderten Schüler konnten zeigen was sie alles wissen und so für ihre Prüfung üben. Auf diese Weise wurden die zwei Klassen und Personengruppen vermischt und es fand Inklusion statt.

Auch die Mitarbeiterin des KVJS ist der Meinung, dass das Projekt keine Inklusion darstelle, sondern Formen einer integrativen Maßnahme annehme. Sie nennt die gleiche Begründung wie die Lehrer.¹⁸⁹

Innerhalb der Netzwerkkonferenz wurde gesagt, dass das Projekt integrativ sei, da es sich an der Förderschule orientiere. Das Ziel der Maßnahme, die Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, stelle jedoch Inklusion dar.¹⁹⁰

Man kommt somit zu dem Ergebnis, dass sich alle Beteiligten einig sind, dass das Projekt keine Inklusion darstellt. Von den Befragten wurden bereits einige Gründe genannt, die kein Anzeichen für Integration sind. Zum einen, dass das Projekt den Aufbau einer Förderschule sehr ähnelt und zum anderen, dass die Schüler nicht zusammen mit nicht behinderten Menschen unterrichtet werden. Gerade dieser letzte Faktor wird, seitdem die Diskussion über Inklusion begonnen hat, gefordert.¹⁹¹

¹⁸⁹ Vgl. Anlage 11: Interview mit einer Mitarbeiterin des Integrationsamtes, S: 77

¹⁹⁰ Vgl. Anlage 8: Netzwerkkonferenz, S. 66

¹⁹¹ Vgl. Ziemen, S. 10

Bei dem Interview mit einem Arbeitgeber, der eine Absolventin des Projekts beschäftigt, beantwortete er die Frage nach den Chancen von behinderten Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, wenn sie Unterstützung erhalten, mit den Sätzen: „[S]ie gehören zu unserer Gesellschaft. Wir müssen sie aufbauen, gerade wir müssen für sie Vorbilder sein. Wenn wir das nicht machen, dann kann ihnen keiner helfen. Man muss alles mit sehr viel Geduld angehen. Man kann nicht sagen das geht innerhalb von ein paar Monaten oder einem Jahr, man braucht viele Jahre und es steckt viel Arbeit dahinter.“¹⁹² Diese Antwort beinhaltet den Inklusionsgedanken, nämlich dass sich die Gesellschaft ändern muss und nicht die behinderten Personen. Es stellte sich jedoch heraus, dass der Arbeitgeber noch nie etwas von dem Begriff Inklusion gehört hat. Durch diese Aussage wird deutlich, dass der Inklusionsgedanke bei einigen Personen bereits verankert ist. Es wird jedoch noch viel Zeit benötigt, bis die Inklusion vollständig erreicht ist. Es ist ein Prozess, der sich entwickeln muss. Das Projekt BVE und KoBV ist ein Instrument, das die Entwicklung in diese Richtung unterstützt.¹⁹³

5.3 Gründe für die positive Zwischenbilanz

Der interviewte Arbeitgeber¹⁹⁴ spricht Faktoren an, die für die Umsetzung des Inklusionsgedankens eine sehr große Rolle spielen. Er sagte man müsse Geduld haben, bräuchte viel Zeit und es würde viel Arbeit hinter der Umsetzung stecken. Dieser Meinung ist auch der IFD¹⁹⁵. Das Entstehen einer inklusiven Gesellschaft kann somit nicht in kurzer Zeit eingeführt werden, man benötigt die benannten 3 Einflussgrößen.

Zudem nannte der Arbeitgeber weitere Faktoren, die verdeutlichen, weshalb das Projekt BVE und KoBV eine positive Zwischenbilanz aufweise. Er sagt während des Interviews es sei sehr schwierig fleißige Personen zu finden, die Interesse und Bemühungen zeigten sowie Anweisungen be-

¹⁹² Anlage 9: Interview mit dem Arbeitgeber, S. 70

¹⁹³ Vgl. Anlage 12: Interview mit dem IFD, S. 79f

¹⁹⁴ Vgl. Anlage 9: Interview mit dem Arbeitgeber, S. 70

¹⁹⁵ Vgl. Anlage 12: Interview mit dem IFD, S. 81

folgten. Seine Angestellte sei sehr motiviert, pünktlich und zuverlässig. Sie bringe die Voraussetzungen mit, die sich ein Arbeitgeber wünsche. Das sind seiner Meinung nach Faktoren, weshalb das Projekt und die Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erfolgreich verlaufen.

Die Mitarbeiterin des KVJS¹⁹⁶ nannte im Interview weitere wichtige Faktoren, die jedoch nicht auf die Schüler zurückzuführen sind. Sie erklärte, dass durch die enge Zusammenarbeit der Lehrer, des IFD und des Jobcoach eine hohe Vermittlung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt möglich werde. Eine Vernetzung aller Leistungsträger und Institutionen in ganz Baden-Württemberg und die hierbei entstandene Zusammenarbeit sowie Verantwortung für den Personenkreis, insbesondere für das Projekt, sei eine Kombination, die den Erfolg der Maßnahme bewirke. Die frühzeitigen Praktika in einem Betrieb auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sowie die gezielte Auswahl nach Fähigkeiten und Anforderungen durch eine betriebliche Erprobung sind Gründe für die Nachhaltigkeit der Arbeitsverhältnisse, die durch die kontinuierliche Betreuung hervorgerufen wird.

Durch die IFD-Beratung des Arbeitgebers über mögliche individuelle Unterstützungsleistungen und die Klärung von Fragen zu dem Beschäftigungsverhältnis sind weitere Faktoren für ein erfolgreiches Gelingen des Projekts.¹⁹⁷ Bei Durchführung von Tests, die das Anforderungsprofil sowie die Kompetenzen des Schülers ermitteln, werden mit Hilfe der bereits in dieser Arbeit erklärten Berufswegekonferenz und Kompetenzanalyse geeignete Projektteilnehmer ausgewählt, die für eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt geeignet sind. Auch die kontinuierliche Betreuung ist laut IFD¹⁹⁸ ein Punkt, durch den das Projekt so erfolgreich verlaufe.

¹⁹⁶ Vgl. Anlage 11: Interview mit einer Mitarbeiterin des Integrationsamtes, S. 75

¹⁹⁷ Vgl. Fröhlich, Übergangsmanagement, S.9, Anlage CD: Übergangsmanager

¹⁹⁸ Vgl. Anlage 12: Interview mit dem IFD, S. 81

6 Fazit und Ausblick

„Es ist normal, verschieden zu sein. Es gibt keine Norm für das Menschsein. [...] Dass Behinderung nur als Verschiedenheit aufgefasst wird, das ist ein Ziel, um das es uns gehen muss. In der Wirklichkeit freilich ist Behinderung nach wie vor die Art von Verschiedenheit, die benachteiligt, ja die bestraft wird. Es ist eine schwere, aber notwendige, eine gemeinsame Aufgabe für uns alle, diese Benachteiligung zu überwinden.“¹⁹⁹ Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker sprach bereits 1993 von Inklusion und der damit für die Gesellschaft verbundenen Aufgabe, der Teilhabe aller Menschen. Dieses Zitat stellt dar, dass es wichtig war, die UN-Behindertenrechtskonvention zu verfassen und damit die Benachteiligung von behinderten Menschen zu bekämpfen.

Das zuvor erwähnte Projekt BVE und KoBV ist eine Maßnahme, die laut eigenen Angaben, die UN-BRK umsetzen und somit das Leitziel Inklusion erfüllen soll.

Nach Meinung der Interviewten stellt die Maßnahme jedoch keine Methode der Inklusion, sondern lediglich zur Inklusion dar, was bedeutet, dass durch die integrative Vorbereitung und Orientierung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eine Grundlage geschaffen wird, die zu Inklusion führen kann. Denn wenn die KoBV erfolgreich beendet und im Anschluss daran eine Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ausgeübt wird, stellt das zumindest in diesem Lebensbereich Inklusion dar.

Die UN-Behindertenrechtskonvention wird deshalb nur teilweise erfüllt. Die Politik ist verpflichtet Maßnahmen zu entwickeln, damit Inklusion in allen Lebensbereichen gelingen kann. Momentan finden jedoch ausschließlich politische Diskussionen über die inklusive Schulbildung statt. Die anderen Lebensbereiche werden dadurch vernachlässigt. In diesen Bereichen wird Inklusion ausschließlich umgesetzt, wenn sich Vereine hierfür einsetzen.

Es wird noch viel Geduld benötigt, bis Inklusion endgültig gelingt. Sie ist ein kontinuierlicher Prozess, der erst vollständig erreicht ist, wenn behinderte Menschen und nicht behinderte Menschen sich vollkommen von

¹⁹⁹ Von Weizsäcker

Kindheitsalter an als selbstverständlich und gleichberechtigt betrachten. Die Gesellschaft muss die Heterogenität von Personengruppen als natürlich ansehen. Das Ziel der Inklusion ist somit erfüllt, wenn alle Menschen am Leben in der Gesellschaft ungehindert teilhaben.

Durch die Eigenschaften, die behinderte Menschen mit sich bringen, wie z.B. Motivation und Arbeitsfreude sind sie für Arbeitgeber eine zuverlässige Arbeitskraft, was zu der bisherigen Nachhaltigkeit der durch die BVE und KoBV vermittelten Beschäftigungsverhältnisse von über 92% führt.²⁰⁰

Ein weiterer Vorteil ist die enge Zusammenarbeit aller Akteure, die mit dem Personenkreis zu tun haben.²⁰¹ Durch diese Faktoren hat das Projekt BVE und KoBV, nach Meinung der Befragten, eine so hohe Erfolgsquote.

Durch das genannte Gelingen des Projekts, was auch durch die in der Arbeit genannten Evaluationsergebnisse verdeutlicht wird, läuft die Projektphase zum 31.12.2013 aus. Danach soll die Maßnahme grundsätzlich flächendeckend in ganz Baden-Württemberg angeboten werden.

Das baden-württembergische Projekt BVE und KoBV hat eine Vorreiterfunktion für andere Bundesländer, da es gezielt für die Übergänge von der Schule in das Arbeitsleben konzipiert wurde. Die entwickelten Verfahrensweisen der Netzwerk- und Berufswegekonferenz wurden bereits in einigen Bundesländern übernommen. Auch in anderen Bundesländern ist das Interesse an BVE und KoBV hoch, weshalb Vorträge vom IFD darüber gehalten werden.²⁰² Voraussichtlich wird das Projekt in anderen Bundesländern ebenfalls eingeführt.

Nach Meinung des Verfassers der Arbeit stellt das Projekt eine gute Möglichkeit dar, um Jugendlichen mit einer geistigen oder Lernbehinderung eine Wahlmöglichkeit anzubieten. Die Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt stellt Inklusion im Arbeitsleben dar. Die UN-BRK wird dadurch nur teilweise erfüllt. Dies zeigt, dass noch ein langer Weg bevorsteht.

²⁰⁰ Vgl. Anlage 8: Netzwerkkonferenz, S. 66

²⁰¹ Vgl. Anlage 11: Interview mit einer Mitarbeiterin des Integrationsamtes, S. 75

²⁰² Vgl. Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, aktuell 1/2011, S. 8, Anlage CD: KVJS aktuell 1-2011

Anlagen

Anlage 1: Vorstellungsgespräch für ein Praktikum

Datum: 16.02.2012

Ort: Krankenhaus

Anwesende Personen: Mitarbeiterin des Integrationsfachdienstes, Schülerin der BVE II, Mitarbeiterin des Krankenhauses

C. und ich wurden am 16.02.12 am Bahnhof von einer Mitarbeiterin des Integrationsfachdienstes mit dem Auto abgeholt. C. hat ein Vorstellungsgespräch im Robert-Bosch-Krankenhaus, sie ist 20 Jahre alt und besucht die BVE II. Sie hat bereits einen Schnuppertag im Krankenhaus absolviert. Die Arbeit und Arbeitsweise haben ihr sehr gut gefallen. Laut eigenen Angaben ist sie nicht aufgeregt. Die BVE-Teilnehmerin hat auch schon einige Praktika absolviert, um sich beruflich zu orientieren. Dabei war sie in einer Apotheke, im Tierheim, im Kindergarten und in einer Kerzenwerkstatt. Der passende Arbeitsbereich ist jedoch noch nicht gefunden.

Beim Gespräch mit ihr stellte sich heraus, dass die Schülerin sehr motiviert ist und so schnell wie möglich in die KoBV wechseln möchte.

Als wir im Krankenhaus ankamen, wurde zunächst das Anforderungsprofil sowie der mögliche Einsatzort besprochen.

Auf einer Privatstation mit 38 Patienten, meist ältere, und 3 Professoren wird noch eine Servicekraft benötigt. Die Patienten liegen auf der Unfallchirurgie und werden bis zu drei Wochen auf der Station behandelt.

Aufgabe von C. wäre die Essensausgabe, Betten machen und mit den Patienten spielen. Es werden deshalb geeignete Spiele ausgesucht, die das Krankenhaus nun bestellen möchte. Hierfür muss C. jedoch die Spiele erklären können. Die Mitarbeiterin des IFD schlägt vor, dass diese Spiele auch im Unterricht geübt werden können. C. bekommt einen Ansprechpartner, der sie zu Beginn begleitet und ihr genaue Anweisungen gibt.

C. muss beim Praktikum immer ordentliche Haare haben. Die Kleidung bekommt sie gestellt.

Sie macht nun für vier Wochen ein Praktikum. Die Arbeitszeit zu Beginn geht von 8 bis 14Uhr. Das Krankenhaus wollte sie gleich für acht Stunden täglich einstellen. Dies ist jedoch nicht ratsam, da C. dann evtl. überlastet wird. Da nach zwei Wochen ein Gespräch stattfindet, kann dann immer noch die Arbeitszeit gesteigert werden. Nach den vier Wochen wird geschaut, ob es C. Spaß macht und sie laut AG auch geeignet ist. Das Praktikum kann dann verlängert werden.

Die Mitarbeiterin vom Integrationsfachdienst muss nun einen Praktikumsbericht erstellen, der den gesamten Inhalt des Praktikums wiedergibt.

Anlage 2: BVE I

Datum:16.02.12

In der Wilhelm-Maybach-Schule ist das BVE I, II und KoBV angesiedelt. Dort hat die Mitarbeiterin des IFD wöchentlich ein Gespräch mit allen Klassen. Heute besucht sie das BVE I. Hier sind 7 Schüler. Es wird ein Kreis gebildet und jeder erzählt, was er erlebt hat, was für Probleme es gibt und was sich neu entwickelt hat, wenn ein Teilnehmer einen neuen Praktikumsplatz hat. Zum Beispiel, ob ein Teilnehmer des Projekts einen neuen Praktikumsplatz hat. Wenn die Schüler keinen Praktikumsplatz haben, werden sie jeden Tag in der Schule unterrichtet.

Anlage 3: Gespräch mit dem IFD

Hat das Projekt BVE/KoBV etwas mit „Unterstützter Beschäftigung“ zu tun?

Personen, die an der „Unterstützten Beschäftigung“ teilnehmen, haben keine Berufsausbildung. Es gibt jedoch eine Prognose, die für eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt spricht.

Warum wurden nur geistig- und lernbehinderte Menschen für das Projekt ausgewählt?

Dieser Personenkreis bedarf einer besonderen Unterstützung, die er im Vergleich zu anderen behinderten Menschen noch nicht erhält.

Was wäre/ist, wenn die Personen nicht an der BVE/KoBV teilnehmen?

Sie würden alle in eine WfbM gehen.

Was ist mit den Schülern, wenn sie die KoBV absolviert haben?

Sie sollen eine Beschäftigung auf dem 1. Arbeitsmarkt ausüben. Dort sollen sie als angelernte Hilfskräfte beschäftigt werden. Die meisten sind beim Arbeitgeber als Vollzeit oder $\frac{3}{4}$ Kraft beschäftigt. Die meisten Arbeitsverträge sind vor allem seit der Wirtschaftskrise befristet. Wichtig ist, dass sie keine Ausbildung absolvieren. Dies ist nur in Einzelfällen möglich, wenn das Unterstützerteam der Meinung ist, dass das Leistungsniveau ausreicht.

Der Arbeitgeber hat die Möglichkeit einen Minderleistungsausgleich zu erhalten.

Was für eine Aufgabe hat die Netzwerk- und Berufswegekonzferenz?

Es werden verbindliche Festlegungen über den Übergang getroffen und Informationen über den Sachstand ausgetauscht.

Eine Berufswegekonferenz findet immer dann statt, wenn eine Schnittstelle für den Übergang bevorsteht. Beispielsweise von der BVE in die KoBV.

Wann wird der Teilhabeplan festgelegt?

Beim Übergang in die Arbeit wird der Förderbedarf festgelegt. Der Teilhabeplan deckt einen Zeitraum von 5 Jahren ab. Danach wird ein Minderleistungsausgleich vom Integrationsamt gezahlt.

Welche Aufgaben hat der Jobcoach?

Der Jobcoach hat einen Vertrag mit der Agentur für Arbeit, deshalb ist er ihr über seine Leistungen Rechenschaft schuldig. Die Jobcoaches kommen meist aus einer WfbM und können deshalb die Personen sehr gut einschätzen. Er wirkt bei der Gestaltung des Arbeitsplatzes mit und übt eine arbeitsrechtlich relevante Tätigkeit aus. Er unterstützt den IFD bei der Suche nach einem geeigneten Praktikumsbetrieb, der auch den Wünschen des Teilnehmers entspricht. Der Jobcoach unterstützt zudem die Jugendlichen und arbeitet im Praktikumsbetrieb mit. Es findet ein enger Austausch zwischen dem IFD und dem Jobcoach statt, da im ersten Jahr des Projekts nur der Jobcoach Ansprechpartner für Schüler der KoBV war und die IFD-Mitarbeiterin sich zurückzog. Dies funktionierte jedoch nicht gut. Es kam dadurch zu schlechteren Arbeitsleistungen. Es ist jedoch das Ziel, durch einen konkreten Ansprechpartner die Arbeitsleistung konstant zu erhalten und zu verbessern. Der Jobcoach übt mit manchen Schülern den Fahrweg zum Praktikumsbetrieb ein und entwickelt zusammen mit dem Arbeitgeber und dem Schüler Checklisten als Hilfestellung bei der Arbeit.

Welche Stellung haben die Schüler innerhalb der KoBV und BVE?

In der KoBV werden die Teilnehmer von der Agentur für Arbeit unterstützt. Sie erhalten ein Ausbildungsgeld und die Fahrtkosten zum Praktikumsbetrieb werden erstattet.

Die BVE ist eine schulische Maßnahme. Die Schüler bleiben Schüler der bisherigen Stammschule. Eine Ausnahme liegt vor, wenn die Teilnehmer zuvor eine Förderschule besucht haben, die nach der 9. Klasse endet. Sie erhalten die Stellung eines Berufsschülers.

Anlage 4: Auswertungsgespräche im Kindergarten

Datum: 16.02.12

Anwesende Personen: Mitarbeiterin des Integrationsfachdienstes, Jobcoach, KoBV-Schülerin, Leiterin des Kindergartens, Erzieherin

Bisherige Zielsetzung war ein pünktliches Erscheinen am Arbeitsplatz sowie eine selbstständigere Arbeitsweise. Es stellte sich heraus, dass die Schülerin noch immer häufig zu spät kommt. Es wurde deshalb versucht herauszufinden, woran diese Unpünktlichkeit liegt. Sie übernimmt jetzt öfters kleine Gruppen und spielt mit ihnen bis zu zwei Stunden; hierbei ist sie sehr kreativ. Außerdem hilft sie beim Mittagessen und Abräumen des Geschirrs. Sie räumt zudem selbstständig das benutzte Geschirr in die Spülmaschine ein. Es wird keine neue Zielsetzung vereinbart, da die alte weiterhin bestehen soll.

Datum: 16.02.12

Anwesende Personen: Mitarbeiterin des Integrationsfachdienstes, Jobcoach, KoBV-Schülerin, Leiterin des Kindergartens, Erzieherin

Die Erzieherin und Schülerin führten eine Stärken-/Schwächenanalyse durch. Es wurden hierbei die Bereiche Rollenspiel, Kreativität, Halle, Bauland, Kinderwelpenecke, Musikcasino und Schlafrum betrachtet. Es zeigte sich, dass sich die Schülerin sehr gut einschätzen kann, da die Erzieherin sie meist gleich bewertet hat. Die Schülerin ist außerdem sehr hilfsbereit und selbstständig. Sie unterstützt die Erzieherinnen bei der Arbeit und entlastet diese hierdurch.

Bei beiden Auswertungsgesprächen geht es um eine Festanstellung. Der Kindergarten würde beide gerne einstellen. Es sind jedoch alle Planstellen belegt. Es müssen somit zwei zusätzliche Stellen geschaffen werden. Dies muss nun mit der Stadt besprochen werden.

Datum: 05.03.12

Anwesende Personen: Mitarbeiterin des IFD, BVE II-Schülerin, Leiterin des Kindergartens, Erzieherin

Laut der Aussage der Erzieherin fand eine deutliche Entwicklung im Vergleich zum letzten Auswertungsgespräch statt. Dies äußerte sich durch ein selbstbewussteres Auftreten gegenüber den Kindern und anderen Personen. Sie übt selbstständig Angebote für die Kinder aus und setzt sich ihnen gegenüber durch. Die Kinder nehmen das Angebot an und sind daran sehr interessiert.

Die bisherige Arbeitszeit geht von 9:00 bis 15:00 Uhr. Diese soll nun versuchsweise um eine Stunde erhöht werden.

Es soll auch ein neuer Aufgabenbereich hinzukommen. Die Schülerin soll mit den Kindern zu kneten beginnen und später mit ihnen tonen. Außerdem soll sie mit den Kindern basteln. Hierfür stehen Bastelbücher zur Verfügung. Aus diesen sucht sie sich Motive aus und nimmt die Vorlage mit in die Schule, damit sie dort üben kann.

Da der Kindergarten Mitte März einen Ausflug ins Blühende Barock Ludwigsburg plant, wird die Schülerin nach Absprache mit dem Integrationsfachdienst und der Schule daran teilnehmen. Es wird alles, was notwendig ist, um Arbeitsinhalte zu erlernen, unterstützt.

Die Leiterin des Kindergartens kann sich sehr gut vorstellen, dass diese Schülerin später eine gute Erziehungshelferin werden könnte. Eine Erziehungshelferin hat die Aufgabe mit den Kindern zu spielen und diese zu unterstützen.

Bisher war das Praktikum bis zu den Osterferien begrenzt. Nach Ansprache dieses Themas durch den Integrationsfachdienst versicherte die Kindergartenleiterin, dass auch eine Verlängerung möglich ist. Es wird jedoch eine Gesundheitsuntersuchung benötigt, da dies alle Praktikanten bei einer Praktikumsdauer über 3 Wochen nachweisen müssen. Um genauere Informationen darüber zu bekommen, telefoniert der Integrationsfachdienst mit dem Jugendamt. Das nächste Auswertungsgespräch findet deshalb noch vor den Osterferien statt.

Anlage 5: Gespräch mit einem Lehrer der Wilhelm-Maybach-Schule **(17.02.12)**

Wie und nach was sind die Klassen aufgeteilt?

An dieser Schule nehmen vier Klassen am BVE/ KoBV-Projekt teil. Es gibt die BVE I, das erste Jahr in der BVE. Diese ist in a und b unterteilt, weil es so viele Teilnehmer gibt. Des Weiteren gibt es noch die BVE II, das zweite Jahr in der BVE, und die KoBV. Jede Klasse hat ihren eigenen Klassenlehrer. Da nicht alle Schüler permanent einen Praktikumsplatz haben, hat der Klassenlehrer die Aufgabe, die Schüler während der praktikumslosen Zeit in der Schule zu unterrichten. Es werden dann für die Schüler individuell angepasste Aufgaben durchgeführt. Zum Beispiel wird die Bewerbungsmappe vervollständigt oder ein Vorstellungsgespräch in einem Rollenspiel geübt.

Im Moment herrscht hier an der Schule ein Platzmangel. Es können nicht noch mehr Schüler in die BVE I aufgenommen werden, da zu wenige Schulräume vorhanden sind.

Wie lange sind Sie Lehrer an dieser Schule und wie entwickeln sich die Schüler während dieser Zeit?

Ich arbeite seit 2 Jahren hier und bin Klassenlehrer in der BVE I. Die Schüler machen eine enorme Entwicklung. Sie finden hier Freunde und lernen viel, um sich ein selbstständiges Leben gestalten zu können. Wenn man erlebt, wie manche Eltern ihre Kinder behandeln, ist es erstaunlich, dass sie sich hier so entfalten.

Was meinen Sie damit?

Einige Eltern lassen ihren Kindern keine Entscheidungsfreiheit. Hier sollen die Kinder jedoch eigene Entscheidungen treffen. Deshalb werden die Eltern von diesen Kindern nicht mehr gefragt und nur noch der Schüler entscheidet.

Alle Schüler sind sehr motiviert und möchten eine Beschäftigung auf dem

allgemeinen Arbeitsmarkt erhalten. Es ist jedoch auffällig, dass Schüler mit einer geistigen Behinderung häufig leistungstärker als ihre Klassenkameraden mit einer Lernbehinderung sind.

Wie sieht der Unterricht in einer BVE und KoBV aus?

Es gilt das Lörracher Curriculum. In Lörrach wurde das Projekt als erstes umgesetzt. Es sollen durch Anwendung dieses Curriculums Fähigkeiten vermittelt werden, die eine selbstständige Teilhabe in der Gesellschaft ermöglichen. Es wird Mathematik, Deutsch und Sport unterrichtet. Es gibt außerdem noch berufsspezifischen Unterricht, der zum Beispiel ein Kasentraining beinhaltet. Es werden auch Übungen eingebaut, die für ein Praktikum benötigt werden.

Häufig finden Projekte statt. Es wurden beispielsweise Pizzerien in der Umgebung auf verschiedene Kriterien untersucht und ein Sieger ausgewählt. Durch solche Projekte sollen die Schüler lernen sich offener und selbstsicherer zu verhalten.

Worin besteht Ihrer Meinung nach der Unterschied zwischen Integration und Inklusion?

Meiner Meinung nach hat nur ein Begriffsaustausch stattgefunden. Heute wird für gleiche Tatsachen der Begriff Inklusion statt Integration verwendet. Der Begriff Integration wird heute vor allem verwendet, wenn von Migranten die Rede ist. Wir arbeiten hier jedoch mit Migranten und Menschen mit Behinderung. Somit wird einheitlich der Begriff Inklusion verwendet.

Anlage 6: Treffen des Unterstützer-Teams

Datum: 28.02.2012

Ort: Integrationsfachdienst Stuttgart

Anwesende Personen: Mitarbeiterin des Integrationsfachdienstes, 6 Lehrer aus der Wilhelm-Maybach-Schule und der Gustav-Werner-Schule (erkrankt: Jobcoach)

Zunächst wurde eine Tagesordnung erstellt.

Es ging zum einen um einen Spendenbetrag über 500€ des Regierungspräsidenten Herrn Schmalzel, der sehr vom Projekt des BVE und KoBV begeistert ist. Er möchte nun wissen, was mit seinem Geld geschieht. Nach einer Diskussion wurde entschieden, dass das gespendete Geld für einen Ausflug nach Nürnberg eingesetzt wird. Der Regierungspräsident erhält einen Bericht und Bilder von diesem Tag.

Der nächste Tagesordnungspunkt sah vor, über aktuelle Weiterentwicklungen und Probleme einzelner Schüler zu sprechen. Es wurde über die weitere Vorgehensweise entschieden und Termine für die Berufswegekonzferenz und die Netzwerkkonferenz bekannt geben.

Auch über die Unterrichtsinhalte fand ein Austausch statt. Der Integrationsfachdienst hat von Betrieben häufig die Rückmeldung erhalten, dass Hilfebedarf durch die Schule besteht. Die vom Arbeitgeber benannten Themenfelder sollen nun im Unterricht behandelt werden. Es wurde zudem ein neuer Vordruck entwickelt, der den genauen Hilfebedarf ermittelt und ein bisheriges Profil des Schülers wiedergibt.

Zudem wurde über die erwarteten Neuzugänge in die BVE und von der BVE in die KoBV gesprochen. Im nächsten Schuljahr werden ungefähr 14 wesentlich behinderte Jugendliche in die BVE kommen. Von der BVE wechseln mind. 6 Personen in die KoBV. Durch diesen stetig wachsenden Andrang an neuen Schülern wird der Platz knapp. Deshalb ist das Schulamt auf der Suche nach einem weiteren Standort. Ab dem nächsten

Schuljahr gibt es eine Entlastung, da die BVE II an 2 Tagen in der Woche in der Hedwig-Dom-Schule unterrichtet wird.

Am Ende wurde noch über eine Jugendliche gesprochen, die sowohl körperbehindert und lernbehindert ist. Sie würde gerne in die BVE wechseln. Es ist jedoch sehr schwer, bzw. fast unmöglich einen Praktikumsplatz zu finden. Nun wurde diskutiert, ob die Voraussetzungen für die Aufnahme in die BVE erfüllt sind. Vor Längerem wurde entschlossen, dass der Schüler mobil sein muss, ein erfolgreiches Praktikum absolviert und Aussicht auf eine erfolgreiche Vermittlung besteht. Letzteres wird bei dieser Person wahrscheinlich nicht erfüllt.

Anlage 7: Telefongespräch mit Jobcoach

Was genau ist Ihre Aufgabe innerhalb der KoBV?

- Begleitung
- Koordination
- für Fragestellungen der Arbeitgebers und des Schülers bereit zu stehen
- Verwaltungsanträge, -aufgaben

Haben Sie mit der BVE Kontakt?

Nur bei der Veranstaltung in der Stammschule, im Rahmen der Berufswegekonferenz beim Wechsel in die KoBV.

Wo sehen Sie den Vorteil von einer Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt im Vergleich zur Beschäftigung in einer WfbM?

Da kann man nicht von Vorteilen sprechen. Das eine ist für den einen Personenkreis und das andere für den anderen. Es handelt sich beidemal um wesentlich behinderte Menschen. Die einen können ihre Arbeitsfähigkeit so einsetzen, dass sie außerhalb der WfbM arbeiten können und mit Unterstützung, die lebenslang erforderlich ist, dies hinbekommen. Und die anderen brauchen eben einen geschützten Rahmen zum Arbeiten, nicht den allgemeinen Arbeitsmarkt.

Sie sagten, die BVE/KoBV sei eine Methode der Inklusion. Warum? Und warum nicht eine Methode zur Inklusion? Welche Faktoren sprechen dafür?

Die persönliche Einstellung der Beteiligten spielt eine wichtige Rolle. Mit den Beteiligten meine ich tatsächlich die Gesellschaft und nicht den behinderten Menschen. Denn sonst würde es heißen zur Integration, aber dann ist jemand außerhalb des Systems. Bei Inklusion geht es ja eigentlich darum, dass wir alle im selben Boot sitzen und jeder seine unterschiedlichen Voraussetzungen hat, welche man dann einbringt. Deswegen sage ich, ist dies eine Sache der Inklusion, nicht zur Inklusion.

Anlage 8: Netzwerkkonferenz (es werden nur Themen aufgeführt, die für die Arbeit von Bedeutung sind)

Datum 21.03.11

Ort: Stuttgart Rathaus

Teilnehmer: Sozialamt, KVJS, Agentur für Arbeit, Rudolf-Sophien-Stift, SAD gGmbH, Markt und Service GmbH, bhz Stuttgart e.V., Schule für Körperbehinderte, Bodelschwinghschule, Wilhelm-Maybach-Schule, Gustav-Werner-Schule, Berufsschule, Anna Haag Mehrgenerationenhaus, IFD, Stuttgarter Werkstätte der Lebenshilfe GmbH, Tandien

Zu Beginn fand eine Begrüßung durch einen Vertreter des Sozialamtes statt. Er erwähnte, dass eine Netzwerkkonferenz stattfindet, damit gemeinsame Ziele entwickelt und formuliert werden. Hierdurch soll das Ziel der UN-Behindertenrechtskonvention unterstützt werden. Das Ziel ist die Entwicklung der Behindertenarbeit, hin zu einem selbstbestimmten Leben von behinderten Menschen im Alltag.

Ein Thema war die Entwicklung des BVE und KoBV.

Es wurde angesprochen, dass Artikel 24 UN-BRK langsam umgesetzt wird. Die BVE und KoBV sind ein Bereich, in dem diese Entwicklung stattfindet. Hierfür müssen alle offen sein, das bedeutet, die gesamte Gesellschaft, ob Arbeitgeber, Organisationen oder der Betroffene selbst.

In den 3 Jahren, in denen es die BVE und KoBV jetzt gibt, wird ersichtlich, dass es sehr viele Grenzfälle gibt. Dies führt zu einem unscharfen Personenkreis. Ziel des Projekts ist es nicht eine Ausbildung zu absolvieren. Durch das Absolvieren der Maßnahme wird ein Arbeitsplatz für den Jugendlichen gesucht, der genau seinen Fähigkeiten entspricht. Hierfür ist eine große Anzahl an Praktika nötig. Es steht jedoch die gesellschaftliche Teilhabe im Vordergrund. Es soll ein Weg gefunden werden, der von der WfbM wegführt. Es steht im Vordergrund, was die Schüler sich wünschen: eine eigene Wohnung, Familie und Arbeit.

Ein Schüler der BVE und KoBV sagte einmal: „Ich kam mir vor, wie in einem Boxkampf und ich habe gewonnen“.

Aktuell kommen die Schüler in Stuttgart aus vier Sonderschulen und zwei Förderschulen. Unterstützt werden die Schüler vom IFD und dem Jobcoach.

Durch die Maßnahme wurde ein quantitatives Ziel erreicht. Mit Hilfe dieser Entwicklung werden auch Chancen für die Familien des Betroffenen offen gelegt.

Die Zugänger- und Abgängerzahlen bleiben in den nächsten Jahren konstant. Das bedeutet, dass es so viele Abgänger gibt, wie Neuaufnahmen. Jedoch ist die räumliche Situation sehr beengt. Es gibt momentan 4 Klassen, die jedoch nicht immer anwesend sind, weil die Schüler ein Praktikum absolvieren. Es wird deshalb dafür geworben neue Standorte zu suchen und diese auch zu bewilligen.

Es wurden zudem noch einige Statistiken aufgelegt. Diese sind im Gliederungspunkt bisherige Evaluationsergebnisse eingearbeitet.

Eine Frage war zudem, weshalb das Projekt an einer beruflichen Schule angesiedelt ist. Dies war nicht von Beginn an so. Früher waren die Schüler weiterhin an einer SfG, sie wurden jedoch hierdurch in ihrer Entwicklung gehemmt. Auch Sonderschulen sind als Standort nicht ratsam. Das wurde in anderen Landkreisen ersichtlich. Da in einer beruflichen Schule das duale System angewendet wird, soll hierdurch Normalität erreicht werden. Durch den Kontakt mit den Berufsschulschülern werden die Kompetenzen beider gestärkt.

Es wurde auch verdeutlicht, dass die Durchführung einer Kompetenzanalyse nur für den Umfang des Förderbedarfs wichtig ist und nicht für die Maßnahmewahl.

Das Projekt ist kein inklusives Projekt, da es im Großteil eher einer Förderschule entspricht und daher integrativ ist. Jedoch gibt es eine inklusive Lösung nach absolvieren der Schule, die sehr erfolgreich ist.

Ein weiterer Punkt war das Thema der „Unterstützten Beschäftigung“. Hier wurde bei einem Bericht verdeutlicht, dass diese Maßnahme häufig die

letzte Chance für die Betroffenen ist. Hier nehmen häufig Personen teil, die andere Projekte nicht erfolgreich abgeschlossen haben. Häufig ist jedoch das Problem, dass die Personen nicht anerkennen, dass sie Einschränkungen haben und deshalb Unterstützung benötigen. Wenn diese Einsicht fehlt, schlägt eine Maßnahme meist fehl.

Außerdem wurden weitere Leitlinien für die Zusammenarbeit vorgestellt. Es wurden Grundlagen erarbeitet, die eine gewisse Transparenz und Verbindlichkeit darstellen. Diese Leitlinien sind in den Anlagen veröffentlicht.

Es wurde zudem zum Thema Inklusion gesagt, dass bei einer Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt wichtig ist, dass der Arbeitgeber auf die Behinderung eingeht. Der Betroffene ist meist schwer auf verschiedene Arbeitsplätze zu vermitteln.

Es wurde auch über Verbesserungsvorschläge bei der Gestaltung der Netzwerkkonferenz gesprochen. Eine Neuerung wird bei der nächsten NWK sein, dass man die verschiedenen Aspekte in Themenfelder aufteilt. Es sollen zudem auch behinderte Menschen teilnehmen, da sonst keine Inklusion vorliegt und wieder nur über diesen Personenkreis und nicht mit ihnen gesprochen wird.

	2009	2010	2011
Schüler in IFD Betreuung	46	48	71
Maßnahmen	84	201	281
Davon			
Vermittlung in den allgemeinen Arbeitsmarkt	3	1	2
Praktika	48	76	109
Davon			
Am AAM	45	74	106
In der WfbM	3	2	3

Anlage 9: Interview mit einem Arbeitgeber

Datum: 02.04.12

Ort: Stuttgart Bekleidungsgeschäft

War T. schon bei Ihnen beschäftigt, als sie noch in der KoBV oder BVE war? Wenn ja, was für eine Entwicklung haben Sie erlebt?

T. war während der KoBV ein Jahr als Praktikantin bei mir beschäftigt. Das war im Jahr 2010. Ich habe sie im Jahr 2011 als meine 2. Teilzeitkraft eingestellt. Sie arbeitet im Monat 100 Stunden und durchschnittlich 5 Stunden am Tag. Das kommt auf den Bedarf an und wie ich sie einteile. Manchmal arbeitet sie deshalb mehr, manchmal weniger.

Seitdem hat sich T. sehr positiv entwickelt. Am Anfang kannte sie sich im Bereich Logistik nicht aus. Mittlerweile hat sie sehr viel gelernt. Zu Beginn hat ihr das Selbstbewusstsein gefehlt. Ich habe sie sehr unterstützt und aufgebaut, weil sie ein sehr schüchternes Mädchen bzw. junge Dame war. Sie war sehr zurückhaltend und wollte mit Kunden kein Gespräch führen. Sie hatte eine Hemmschwelle. Hierbei hab ich sie aufgebaut. Auch das äußere Erscheinungsbild ist heute ganz anders. Ich musste sie korrigieren, was Haare, Kleidung und Fingernägel betraf. Sie kam am Anfang sehr ungepflegt zur Arbeit. Ich habe ihr ein neues Erscheinungsbild gegeben. Schade, dass ich kein Vorher-Nachher-Foto habe.

Was für Aufgaben erledigt T. bei Ihnen im Geschäft?

T. ist hier im Bereich der Logistik tätig. Sie füllt den Lagerbestand auf, kontrolliert die Ware, ordnet die Ware nach Muster oder Farbe und führt Kundengespräche.

Ist T. selbstständig in ihrer Arbeitsweise oder benötigt sie Hilfestellungen?

Jein

Wie wirkt sich die Behinderung von T, im Arbeitsalltag aus? Gibt es Schwierigkeiten?

Wenn viele Menschen um sie herum sind, wird sie unruhig und verliert die Kontrolle. Sie wird sehr schnell nervös.

Müssen Sie T. anders behandeln als andere Angestellte?

Ich motiviere sie sehr und schenke ihr viel, damit sie sich wie zu Hause fühlt. Ich spiele für sie viele Rollen: als Chef, Freund und teilweise als Lehrer.

Wie kamen Sie auf die Idee T. einzustellen?

Das war ein großer Zufall. Da kam der Jobcoach mit T. und hat mich gefragt, ob ich ein Praktikum anbieten kann. Dann hat sie mir T. vorgestellt und ich hab gesagt, wieso nicht, ich kann es probieren. Es war ein kurzer Entschluss und eine kurze Vorstellung. Ich hatte sie dann ein Jahr als Praktikantin hier und habe sie aufgebaut. Es war für mich auch sehr sehr schwer. Sie kam mit keinem Bildungsstand, was den Einzelhandel betrifft und ich hab sie in diesem Bereich sehr gebildet. Es war nicht einfach, doch ich habe ihr dadurch einen neuen Arbeitsplatz gegeben.

Warum haben Sie T. eingestellt und nicht eine Person, die keine Behinderung hat?

Ich habe viele Anfragen und Bewerbungen, doch ich habe ihr einfach eine Chance gegeben, weil ich dachte, dass ich auch für mich was Gutes tue. Trotz ihrer Behinderung wollte ich ihr meine Unterstützung anbieten. Ich bin ein sozialer Mensch und helfe sehr gerne.

Denken Sie durch die Beschäftigung bei Ihnen, ist T. mehr in die Gesellschaft integriert?

Auf jeden Fall. Sie lernt sehr viele Leute kennen. Führt Kundengespräche bzw. versucht es. Das wirkt sich positiv auf ihr Erscheinungsbild aus. Es

ist dann einfach Menschenkontakt da und dann ist man in der Gesellschaft viel besser integriert.

Glauben Sie, dass noch viel mehr Menschen mit einer Behinderung eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ausüben können, wenn sie richtig unterstützt werden?

Natürlich. Ich meine, sie gehören zu unserer Gesellschaft. Wir müssen sie aufbauen, gerade wir müssen für sie Vorbilder sein. Wenn wir das nicht machen, dann kann ihnen keiner helfen. Man muss alles mit sehr viel Geduld angehen. Man kann nicht sagen das geht innerhalb von ein paar Monaten oder einem Jahr, man braucht viele Jahre und es steckt viel Arbeit dahinter.

Was halten Sie von dem Projekt und was denken Sie, weshalb das Projekt so erfolgreich ist?

Ich kann jetzt nur was zu T. sagen. Sie ist ein sehr fleißiges Mädchen und man findet heutzutage auch sehr wenige Menschen, die fleißig sind, Interesse haben, Bemühungen zeigen und auf Anweisungen hören.

T. ist ein sehr liebes Mädchen und sie arbeitet sehr gerne. Außerdem ist sie sehr pünktlich und zuverlässig. Das ist ein weiterer großer Pluspunkt von ihr. Gerade Menschen, die von dieser Personengruppe kommen, nehmen das alles sehr gerne auf und arbeiten sehr sorgfältig.

Ich hab mit dem IFD über Kinder in diesem Bereich gesprochen und auch er meinte, dass sie meistens sehr motiviert, fleißig, zuverlässig und hilfsbereit sind. Sie stehen zu ihrer Arbeit, welche sie ausüben.

Könnten Sie sich vorstellen, noch mal jemanden einzustellen, der eine Behinderung hat?

Ja, das könnte ich mir sehr gut vorstellen. Aber es kommt auf die Behinderung an, wie stark man behindert ist und ob es möglich ist, in dem Bereich zu arbeiten oder ob ein anderer Bereich besser wäre. Es kommt immer auf den Typ an.

Anlage 10: Interview mit einer KoBV-Absolventin

Datum 02.04.12

Ort: Stuttgart, Bekleidungsgeschäft

Wie war die Zeit für Sie in der BVE und KoBV?

Ganz gut, hat Spaß gemacht.

Was haben Sie dort gelernt?

Wir hatten Werken, Mathe und Deutsch. Wir haben wirklich alles gelernt, was für die Arbeit benötigt wird.

Inwiefern hat es Ihnen was gebracht die BVE und KoBV zu besuchen? Denken Sie, Sie hätten sonst auch eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erhalten?

Das hat mir sehr viel gebracht.

Ich denke schon, dass ich auch ohne das Projekt auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eine Chance hätte. ohne den Besuch der KoBV wäre es vielleicht etwas schwieriger gewesen.

Was für einer Schule besuchten Sie, bevor Sie in die BVE gewechselt sind?

Ich war auf einer Schule für behinderte Menschen.

Wie sind Sie auf die Idee gekommen, in dieser Branche zu arbeiten?

Das hat mich schon immer interessiert. Die Klamotten. Verkaufen war schon immer mein Wunsch. Und es macht mir sehr viel Spaß.

Seit wann arbeiten Sie hier?

Im Jahr 2010 hab ich das Praktikum gemacht und seit 2011 bin ich jetzt fest hier.

Was für Aufgaben haben Sie?(Nachfragen über Arbeit mit anderen Personen, wie sie sich mit den versteht, wie wichtig ihr das ist)

Kasse, Kunden beraten, Waren sortieren und neue Ware sortieren und aufräumen.

Ich versteh mich mit allen hier und das ist auch wichtig. Es muss ja auch irgendwie passen.

Könnten Sie sich vorstellen auch in einer Werkstätte für behinderte Menschen zu arbeiten?

Nein

Worin sehen Sie den Vorteil einer Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt im Vergleich zu einer Beschäftigung in einer WfbM?

Ich weiß nicht. Die Leute sind halt anders als im wirklichen Leben. So ist es auch besser finde ich.

Fühlen Sie sich durch die Beschäftigung in die Gesellschaft integriert? Wenn ja, warum?

Ja, Ich finde es schön hier zu arbeiten. Es ist ja auch keine schlechte Arbeit. Ich fühle mich einfach so, als ob mein Laden wäre.

Was für Faktoren sind Ihrer Meinung nach wichtig, damit eine Integration in die Gesellschaft gelingt?

Dazu konnte sie keine Angaben machen.

Anlage 11: Interview mit einer Mitarbeiterin des Integrationsamtes

Was genau ist Ihre Aufgabe innerhalb der BVE und KoBV?

Ich bin Regionalkoordinatorin für Integrationsfachdienste (IFD) im Referat 34 „IFD und Arbeitsmarktprogramme“ beim Integrationsamt des KVJS (Kommunalverband für Jugend und Soziales). Hier bin ich für die Landkreise BB, GP, ES, LB, CW und FDS, sowie den Stadtkreis S zuständig. Außerdem bin ich stellvertretende Referatsleiterin. Das Integrationsamt ist nach § 109 ff SGB IX Auftraggeber der IFD und verantwortlich, dass die IFD's - entsprechend ihrer Auftragslage - personell und strukturell hinreichend ausgestattet sind und wir kümmern uns um die Finanzierung, Fortbildung der IFD-Fachberater sowie um die Evaluation und Qualitätssicherung der IFD-Arbeit.

Ich bin Ansprechpartnerin der IFD-Mitarbeiter und IFD-Träger, die zu meinem regionalen Zuständigkeitsbereich gehören, in allen möglichen grundsätzlichen Fragen im Rahmen der Beauftragung. Die IFD sind Leistungsträger übergreifend tätig. Sie erhalten auch Aufträge über Rehabilitations-träger und Arbeitsagenturen.

In Baden-Württemberg haben die IFD neben der Arbeitsplatzsicherung schwerbehinderter Arbeitnehmer auch den Arbeitsschwerpunkt, Übergänge wesentlich behinderter Menschen zum allgemeinen Arbeitsmarkt zu unterstützen. Hier bin ich zusammen mit den IFD laufend im fachlichen Austausch mit den jeweiligen regionalen Einrichtungen. Im Kontext von BVE und KoBV sind das v.a. Sonderschulen und WfbM, aber auch mit den verschiedenen Leistungsträgern. Bei der Umsetzung von BVE und KoBV sind hier v.a. die Arbeitsagenturen, Schulämter und die Träger der Eingliederungshilfe unsere Kooperationspartner.

Was versteht man unter einer WESENTLICHEN Behinderung?

Eine wesentliche Behinderung liegt nach § 2 SGB IX vor, wenn ein Mensch in seiner körperlichen Funktion, geistigen Fähigkeit oder seelischen Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate

von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht und daher in seiner Teilhabe am Leben in der Gesellschaft wesentlich beeinträchtigt ist. Von einer Behinderung bedroht sind Menschen, wenn diese Beeinträchtigung zu erwarten ist.

Weshalb und von wem wurde der Personenkreis der geistig- und lernbehinderten Menschen für das Projekt ausgewählt?

Die Erfahrungen aus den früheren Modellprojekten in B.-W. und auch in anderen Ländern zeigten, dass insbesondere für geistig behinderte Menschen die Chancen am allgemeinen Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können, nachhaltig steigen, wenn sie entsprechend frühzeitig und gezielt Zugang zu Unterstützungsangeboten bei der beruflichen Orientierung und Vorbereitung des Übergangs zum allgemeinen Arbeitsmarkt haben.

Speziell für die schulische und berufliche Vorbereitung von Schülern mit geistiger Behinderung (bzw. Lernbehinderte im Grenzbereich zur geistigen Behinderung) wurden in der Aktion 1000 u.a. die verzahnten Instrumente „BVE“ (Berufsvorbereitende Einrichtung) und „KoBV“ (Kooperative berufliche Bildung und Vorbereitung) in vielen Regionen bereits eingerichtet und es ist geplant, diese bis 2013 in Baden-Württemberg flächendeckend einzuführen.

Die Aktion 1000 – und die Nachfolgeaktion: Aktion 1000plus - in Baden-Württemberg bestätigt seit 2005 deutlich, dass mit den vielseitigen Unterstützungsmöglichkeiten gute - und vor allem auch nachhaltige - Erfolge erzielt werden. Die überwiegend geistig behinderten Menschen und ihre Angehörigen, die an der Aktion 1000plus bisher teilnahmen, waren außerdem i.d.R. hoch motiviert bei der Sache.

Die Aktion ist ein landesweites Bündnis in B.-W., an dem alle maßgeblichen Einrichtungen und Leistungsträger auf Landesebene wie auch in den Stadt- und Landkreisen vernetzt sind und an der Umsetzung der Integration in Arbeit und Gemeinschaft eng zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit und die Übernahme von gemeinsamer Verantwortung für die Umsetzung der Aktion ist ein wichtiger Garant für den Erfolg.

Wie sehen Sie den Erfolg des Projekts?

Mit der Aktion 1000 / 1000plus konnten von 2005 bis 2011 rund 2000 erfolgreiche Vermittlungen in sozialversicherungspflichtige Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisse v.a. für geistig behinderte Menschen aus Schulen, WfbM und Arbeitslosigkeit erreicht werden - in enger Zusammenarbeit von Lehrern, IFD, Angehörigen, WfbM-Betreuern und Jobcoaches.

Eine prozentual höhere Vermittlungsquote bei Schulabgängern wurde insbesondere beobachtet, wenn die berufliche Vorbereitung über BVE und KoBV erfolgte.

Der KVJS hat eine erste Nachhaltigkeitsuntersuchung für die Vermittlungsjahrgänge mit IFD-Beteiligung aus 2005 bis 2011 gemacht: Rund 85 Prozent dieser wesentlich behinderten Arbeitnehmer waren über viele Jahre noch oder wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt. Das zeigt, dass sehr passgenau vermittelt wird, aber auch die Unterstützung durch das persönliche Netzwerk aus Familie, Freunden und Arbeitskollegen ebenso wie die nachfolgende weitere Begleitung des behinderten Arbeitnehmers und des Betriebs durch den IFD sind ein wichtiges Element, um die Arbeitsverhältnisse schwerbehinderter Menschen nachhaltig zu sichern.

Ebenso ermöglicht die Anstellung eines schwerbehinderten Arbeitnehmers, wenn angemessene finanzielle Zuschüsse an den Betrieb (bei geistig behinderten Menschen sind das i.d.R. Lohnkostenzuschüsse) über die Arbeitsagentur, das Integrationsamt und ggf. freiwillige ergänzende Lohnkostenzuschüsse des Stadt- und Landkreises gezahlt werden können. Der IFD kümmert sich frühzeitig darum, dass die finanziellen Möglichkeiten mit den jeweiligen Kostenträgern geklärt werden.

Worin sehen bzw. sehen Sie einen Vorteil von einer Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt im Vergleich zu einer Beschäftigung in einer WfbM?

Ich würde hier nicht generell von Vor- oder Nachteil einer Beschäftigungsart sprechen, sondern dass der behinderte Mensch bei seiner beruflichen Planung einen Überblick erhält über die verschiedenen beruflichen Möglichkeiten, die er angehen und zusammen mit seinem Unterstützungsteam aus Schule oder WfbM, IFD und ggf. einem Jobcoach herausfinden kann, in welchem Arbeitsumfeld er seine Möglichkeiten - realistisch - einsetzen kann. Es geht eher darum, den passenden Ort zu finden für die jeweiligen individuellen Interessen und Fähigkeiten. Dieser richtige Ort wird in vielen Fällen sicher auch weiterhin in der WfbM sein.

Durch Einführung des Projekts sollen die Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt werden. Wie soll bzw. wie geschieht dies?

Die bundesweiten Erfahrungen zeigen, dass sich durch frühzeitige und gezielte berufliche Planung und Unterstützung die Chancen wesentlich behinderter Menschen, am allgemeinen Arbeitsmarkt teilhaben zu können, deutlich verbessern.

In Baden-Württemberg wird deshalb – vor allem mit den BVE und KoBV-Angeboten - sehr frühzeitig in der Schule die Berufswegeplanung (bzw. Berufswegekonferenz) angegangen und - je nach den individuellen Möglichkeiten einer späteren Arbeit am allgemeinen Arbeitsmarkt oder auch in der WfbM - mit der beruflichen Orientierung und Vorbereitung begonnen. Lehrer, IFD-Mitarbeiter und Jobcoaches binden außerdem regelmäßig das ganz persönliche Netzwerk (Eltern, Freunde, Angehörige, evtl. Nachbarn etc.) des Schülers bei der Teilhabeplanung eng mit ein. So werden alle Ressourcen gebündelt und bestmöglich genutzt. Es geht z.B. darum, dem Schüler entsprechend seiner Interessen und Fähigkeiten die für ihn infrage kommenden beruflichen Möglichkeiten vorzustellen und diese in Praktika in Betrieben zu testen.

Dies gilt natürlich ebenso, wenn Mitarbeiter aus WfbM vom Betreuer aus der WfbM gemeinsam mit dem IFD und ggf. Jobcoaches beim Übergang zum allgemeinen Arbeitsmarkt unterstützt werden.

Mit der „Initiative Inklusion“ hat das BMAS (Bundesministeriums für Arbeit und Soziales) einige wesentliche Elemente der „Aktion 1000plus“ aufgegriffen, um diese für Menschen mit wesentlicher Behinderung auf Bundesebene zu fördern und einzuführen.

Neben der Umsetzung der beruflichen Teilhabe ist natürlich die Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe ein wichtiger Faktor der Inklusion – dies unterstützt wiederum auch die o.g. berufliche Teilhabe. Einige Stadt- und Landkreise sind hier schon aktiv, z.B. mit Angeboten auch für wesentlich behinderte Menschen in Sportvereinen, Volkshochschulen etc. .

Ich persönlich würde BVE - KoBV eher als integrativ einstufen, da es spezielle Angebote für diese Klientel sind. Inklusiv wäre - aus meiner Sicht - zusammen Unterricht mit nicht behinderten Schülern.

Anlage 12: Interview mit dem IFD

Wie sehen Sie den Erfolg des Projekts?

BVE/ KoBV ist in Stuttgart noch recht neu mit Beginn 2009. Man hat noch keinen langen Zeitraum, den man überblicken kann. Ich halte es für eine durchaus geeignete Maßnahme um Jugendliche auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vorzubereiten, sie heranzuführen und denke, dass es noch erfolgreicher sein wird, wenn sich das Projekt dauerhaft etabliert hat.

Die BVE/KoBV-Maßnahme ist eine Möglichkeit für Jugendliche, die sich auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ausprobieren wollen. Wenn die Schüler merken, dass es für sie zu anstrengend oder zu schwierig ist, können sie jederzeit die Maßnahme beenden und eine passende Wahl treffen.

Für mich ist das ein sehr sinnvolles Projekt, hinter dessen Konzeption ich voll stehe.

Worin sehen Sie einen Vorteil von einer Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt im Vergleich zu einer Beschäftigung in einer WfbM?

Ich glaube, dass es für jeden den richtigen Platz geben muss. Es gibt Jugendliche, für die ist die WfbM der richtige Platz, weil er geschützt ist und es viele Angebote gibt. Dort herrscht ein ganz anderes Arbeitsklima, ohne die Anforderungen, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt gestellt werden. Es werden einfachste Tätigkeiten ausgeübt. Es gibt keinen Zeitdruck und kein vorgeschriebenes Arbeitstempo. Die Werkstätten haben auch weitere Angebote, zum Beispiel im Freizeitbereich, die außerhalb des Arbeitskontextes von den behinderten Menschen genutzt werden können. Auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ist man auf sich selbst gestellt und hat ein ganz anderes Einkommen. Das Werkstattgehalt ist eine Art Taschengeld und liegt bei ungefähr 60€ im Monat. Auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bei einer Anlern Tätigkeit auf Helferniveau kann ein Jugendlicher je nach Arbeitsumfang, ob Teilzeit oder Vollzeit, zwischen 900€ oder 1200€ netto verdienen. Damit ist ein ganz anderer Rahmen gegeben, um sich ein Stück Lebensunterhalt bzw. -qualität zu leisten. Es gibt Schüler, die

möchten den Führerschein machen, den sie sich von dem Geld finanzieren. In aller Regel ziehen die Jugendlichen auch nicht gleich von zu Hause aus und bleiben im familiären Umfeld aber sie haben ganz andere Möglichkeiten durch ihren Verdienst.

Menschen mit einer Behinderung, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt sind, können dort isoliert sein. Das Arbeitsumfeld muss daher so gestaltet sein, dass der behinderte Jugendliche eingebunden wird. Ich habe hier gute Erfahrungen gemacht. Es gibt Arbeitsbereiche, bei denen die Jugendlichen auch privat eingeladen werden. Sie sind selbstverständlich bei allen Festen integriert und knüpfen daraus persönliche Kontakte. Das ist aber ungleich schwerer und bedarf einer Form von Unterstützung, Begleitung und ein sehr offenes Arbeitsumfeld. Es geht nicht nur um die reine Leistung es geht um alle Ebenen des Zusammenlebens. Es gibt Jugendliche, die niemals auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Fuß fassen können. Dazu sind sie zu leistungsschwach und auch persönlich nicht in der Lage Kontakte zu knüpfen. Sie brauchen einen geschützten Rahmen. Und es gibt Jugendliche, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt sind, sich stetig weiterentwickeln, und teilweise kaum noch von einem gesunden nicht behinderten Menschen zu unterscheiden sind.

Ist das BVE/KoBV eine Methode der Inklusion oder eine Methode zur Inklusion? Warum?

Ich denke, dass die BVE/KoBV-Maßnahme vom Ansatz her auf jeden Fall dafür geeignet ist, weil es um die Teilhabe am Arbeitsleben geht, genau wie bei jedem nicht behinderten Menschen. Trotzdem muss ich sagen, dass es vor allem Instrumentarien sind, die dazu dienen können vorhandene Barrieren abzubauen. Sie sind jedoch noch nicht gelebte Inklusion. Man ist auf dem Weg dahin, aber es ist ein Prozess. Es kann noch Jahre dauern, bis die Gesellschaft die Akzeptanz für behinderte Menschen aufbringt. Aber BVE/KoBV-Maßnahme ist von ihrem Grundgedanken und ihrer Umsetzung ein geeignetes Angebot.

Müssen die Schüler innerhalb der BVE und KoBV Klausuren schreiben?

Der Unterricht ist zielorientiert, was Kompetenzen angeht, die im Leben gebraucht werden, wie zum Beispiel kann der Umgang mit Bankangelegenheiten umgehen, Vorstellungsgespräch und Verhalten in Bewerbungsgesprächen. Natürlich werden auch nach wie vor die Grundunterrichtsfächer, wie Deutsch und Mathematik unterrichtet. Sie erhalten auch ein Zeugnis, das jedoch keine klassische Benotung beinhaltet. Es ist eine Art schriftliche Beurteilung. Worin die einzelnen Entwicklungsschritte dargelegt werden. Eine Formulierung wäre zum Beispiel: Der Schüler hat sich dieses Jahr besonders in die Klassengemeinschaft eingebracht, ist selbstständiger geworden und kann besser mit Zahlen umgehen.

Wie sehen Sie die Entwicklungsfortschritte der Schüler innerhalb des Modelprojekts?

Das, was ich am ehesten feststelle und was mich sehr erfreut ist, dass die meisten Schüler, die eine längere Zeit im Arbeitsprozess sind sehr viel selbstständiger und selbstsicherer werden, sich auch selbstverständlicher im Leben und im Arbeitskontext bewegen und dadurch auch ganz anders auftreten. Es entwickelt sich eine Selbstverständlichkeit. Es gibt auch inhaltliche Verbesserungen, aber das allerwesentlichste ist die Entwicklung des Selbstwertgefühls und die Freude an der Arbeit.

Was bei einzelnen Jugendlichen bleibt ist eine gewisse Empfindlichkeit gegenüber Kritik. Manche Schüler sind ziemlich schnell zu verunsichern und müssen immer wieder eine Rückmeldung durch eine Ansprechperson haben. Im Betrieb sowie auch außerhalb. Die nachhaltige Begleitung durch den IFD ist absolut wichtig. Selbst wenn der Ansprechpartner nur im Bedarfsfall genutzt wird. Aber Hauptsache er ist da und kann abgerufen werden.

Was für Faktoren führen zu dem Erfolg des Projekts?

Zum einen, die kooperative Leistung, dass alle Projektbeteiligten an einem Strang ziehen und gezielt die Jugendlichen fördern. Sowohl im Unterrichtsgeschehen als auch bei den Praktika.

Die große Motivation und Arbeitsfreude der Jugendlichen spielt ebenfalls eine große Rolle.

Ganz entscheidend sind offene Arbeitgeber, die sich dem Personenkreis annehmen und eine Chance geben.

Man muss auch die Fähigkeiten des einzelnen Schüler erkennen und ihm das Gefühl geben, dass man an ihn glaubt. Auch der Zeitfaktor spielt eine große Rolle. Der Zeitraum, den der BVE/KoBV-Maßnahme vorgibt, selbst wenn man ihn ganz ausschöpfen muss, ist nicht zu lang.

Die intensive Begleitung ist ebenfalls wichtig. Es findet ein regelmäßiger Austausch statt, bei dem die Entwicklung gemeinsam besprochen wird. Hierbei wird erörtert, was noch zu tun ist und was gut läuft.

Auch Lob und Anerkennung für die Jugendlichen sind wichtige Motivationsgeber.

Die Kontinuität von Bezugspersonen ist ebenfalls sehr wichtig, da die Jugendlichen vertrauen entwickeln und die Person einschätzen können. Eine konstant gleiche Bezugsperson ist jedoch nicht immer zu gewährleisten.

Anlage 13: Artikel 27 UN-BRK

Quelle: Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie zu dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Artikel 27 Arbeit und Beschäftigung

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf Arbeit; dies beinhaltet das Recht auf die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die in einem offenen, integrativen und für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld frei gewählt oder angenommen wird. Die Vertragsstaaten sichern und fördern die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, einschließlich für Menschen, die während der Beschäftigung eine Behinderung erwerben, durch geeignete Schritte, einschließlich des Erlasses von Rechtsvorschriften, um unter anderem

a) Diskriminierung aufgrund von Behinderung in allen Angelegenheiten im Zusammenhang mit einer Beschäftigung gleich welcher Art, einschließlich der Auswahl-, Einstellungs- und Beschäftigungsbedingungen, der Weiterbeschäftigung, des beruflichen Aufstiegs sowie sicherer und gesunder Arbeitsbedingungen, zu verbieten;

b) das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf gerechte und günstige Arbeitsbedingungen, einschließlich Chancengleichheit und gleichen Entgelts für gleichwertige Arbeit, auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, einschließlich Schutz vor Belästigungen, und auf Abhilfe bei Missständen zu schützen;

c) zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen ihre Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte gleichberechtigt mit anderen ausüben können;

d) Menschen mit Behinderungen wirksamen Zugang zu allgemeinen fachlichen und beruflichen Beratungsprogrammen, Stellenvermittlung sowie Berufsausbildung und Weiterbildung zu ermöglichen;

e) für Menschen mit Behinderungen Beschäftigungsmöglichkeiten und beruflichen Aufstieg auf dem Arbeitsmarkt sowie die Unterstützung bei der Arbeitssuche, beim Erhalt und der Beibehaltung eines Arbeitsplatzes und beim beruflichen Wiedereinstieg zu fördern;

f) Möglichkeiten für Selbständigkeit, Unternehmertum, die Bildung von Genossenschaften und die Gründung eines eigenen Geschäfts zu fördern;

g) Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Sektor zu beschäftigen;

h) die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen im privaten Sektor durch geeignete Strategien und Maßnahmen zu fördern, wozu auch Programme für positive Maßnahmen, Anreize und andere Maßnahmen gehören können;

i) sicherzustellen, dass am Arbeitsplatz angemessene Vorkehrungen für Menschen mit Behinderungen getroffen werden;

j) das Sammeln von Arbeitserfahrung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt durch Menschen mit Behinderungen zu fördern;

k) Programme für die berufliche Rehabilitation, den Erhalt des Arbeitsplatzes und den beruflichen Wiedereinstieg von Menschen mit Behinderungen zu fördern.

(2) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass Menschen mit Behinderungen nicht in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden und dass sie gleichberechtigt mit anderen vor Zwangs- oder Pflichtarbeit geschützt werden.

Anlage 14: Leitfaden zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit einer wesentlichen Behinderung in Stuttgart – Übergänge aus der Schule

Stand 05.03.2012 2. Entwurf

Quelle: Integrationsfachdienst: Leitfaden zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit einer wesentlichen Behinderung in Stuttgart – Übergänge aus der Schule, 2. Entwurf, 2012.

1. Von der Schule in BVE

A) Schüler einer G-Schule, die nicht Kooperationsschule ist, mit Vermutung einer wesentlichen Behinderung

Voraussetzung und Inhalte	Zeitpunkte für die Entscheidungen/ Aufnahmeverfahren	Verantwortlich (Veranlasser für Unterstützung)	Einbindung der Kooperationspartner
WfbM-Praktika (1-2) Berufsbezogener Unterricht Kompetenzanalyse	Wechsel nach dem ersten bis dritten Schuljahr Bei Betreuungsaufnahme durch den IFD	Schule	Eltern/ gesetzl. Betreuungsperson
Betreuungsaufnahme durch IFD		IFD	Schule/Eltern/ gesetzl. Betreuungsperson
Orientierungspraktikum am AAM (1-2Wo.)		Schule	IFD (Akquise, Auswertung)

B) Förderschulabgänger Klasse 9, Schüler mit Vermutung einer wesentlichen Behinderung

Kompetenzanalyse Betreuungsaufnahme durch IFD (davor begleitende Beratung ab 8. Klasse) Orientierungspraktika am AAM (1-2)	Bei Betreuungsaufnahme durch IFD	Schule IFD Schule	Schule/ Eltern/ gesetzl. Betreuungsperson IFD
	BWK in 9.Klasse: im Juni (Meldung der Bedarfszahlen für Berufsschule aber bereits im Dezember, spätestens Februar des Folgejahres)	Abgebende Schule	Eltern/ gesetzl. Betreuungsperson Berufliche Schulen AA, IFD, EGH

C)

Abgänger von Regelschulen oder anderer Schulen mit Vermutung einer wesentlichen Behinderung

siehe B)	BWK	Regelschule oder andere Schule	Eltern/ gesetzl. Betreuungsperson berufliche Schulen, AA, IFD, EGH
----------	-----	--------------------------------	---

2. Übergang aus BVE in WfbM

BVE-Teilnehmer

Schüler will nicht auf den AAM und/ oder Schüler benötigt WfbM-Angebote	Bei Bedarf jederzeit nach Erfüllung der Schulpflicht Fachausschuss	Schule	Eltern/ gesetzl. Betreuungsperson; IFD WfbM, AA; EGH
---	---	--------	--

3. Übergang aus BVE in andere Maßnahme

BVE-Teilnehmer

Schüler benötigt andere berufliche Förderung	Bei Bedarf jederzeit	IFD	AA; Eltern/ gesetzl. Betreuungsperson; EGH, Maßnahmeträger
--	----------------------	-----	--

4. Rückkehr aus BVE in Berufsschulstufe einer Sonderschule

BVE-Teilnehmer

Schüler benötigt derzeit Förderung durch Berufsschulstufe	Bei Bedarf jederzeit	Schule	Eltern/ gesetzl. Betreuungsperson; IFD, EGH, AA
---	----------------------	--------	--

5. Von BVE in KoBV

BVE-Schüler

Orientierungs- und Erprobungspraktikum		IFD	Berufliche Schule
--	--	-----	-------------------

Fortschreibung Kompetenzanalyse Entscheidungskriterien (Leistungsbeschreibung KoBV) Beratungsgespräch AA, Motivation, Mobilität, Entwicklungspotential für den AAM	BWK im 2. Schulhalbjahr bis Mai	Berufliche Schule Berufliche Schule	IFD Eltern/ gesetzl. Betreuungsperson, ggf. Herkunftsschule, berufliche Schule, AA, Jobcoach, EGH, IFD
---	---------------------------------	--	---

6. Direktaufnahme KoBV (Ausnahme)

Ausnahmefälle u.a. BVJ-Abbrecher

Orientierungs- und Erprobungspraktikum Kompetenzanalyse Entscheidungskriterien (Leistungsbeschreibung KoBV) Beratungsgespräch AA, Motivation, Mobilität, Entwicklungspotential für den AAM	Bei Betreuungsaufnahme durch den IFD BWK vor der Aufnahme; gemeinsame Entscheidung des verantwortlichen Gremiums	IFD Herkunftsschule bzw. Maßnahmeträger IFD	Herkunftsschule und/ oder voriger Maßnahmeträger IFD Eltern/ gesetzl. Betreuungsperson ggf. Herkunftsschule, berufliche Schule, AA, EGH, Jobcoach
---	---	---	---

7. Übergang aus KoBV in WfbM

KoBV-Teilnehmer

Schüler will nicht auf den AAM und/ oder Schüler benö-	Bei Bedarf jederzeit Fachausschuss	Berufliche Schule/ Jobcoach	Eltern/ gesetzl. Betreuungsperson, IFD, AA, WfbM,
--	---------------------------------------	-----------------------------	---

tigt WfbM-Angebote			EGH
--------------------	--	--	-----

8. Übergang auf den AAM

Aus KoBV

Belastungspraktikum	Maßnahmeende KoBV regulär, nach Verlängerung oder zu anderem Zeitpunkt bei Vertragsabschluss mit dem Arbeitgeber	Jobcoach/ IFD	Berufliche Schule, Eltern/ gesetzl. Betreuungsperson,
Gestaltung des Arbeitsverhältnisses unter Berücksichtigung des Lebensumfeldes		IFD	AA, EGH
Nachbetreuung (Wohnen, Lebensführung, Freizeit)	Einbindungs-kooperationspartner	IFD/ Koordination	AA, EGH, Gesundheitsamt, InA-KVJS, ASD
Nachbetreuung (arbeitsplatzbezogen)		IFD	Arbeitgeber, Betriebsrat, Schwerbehindertenvertretung

In Ausnahmefällen aus BVE oder Berufsschulstufe

Anlage 15: Inklusion erfordert Mut

Quelle: Rizvi, Sylvia, Kommunalverband für Jugend und Soziales
<http://www.kvjs.de/nc/service/publikationen/literatur-klinger/interview-inklusion-erfordert-mut.html> [24.04.2012]

Interview: „Inklusion erfordert Mut“

Der Begriff Integration ist out. Inklusion ist in. Aber gibt es wirklich einen wesentlichen Unterschied? Manche Experten halten Inklusion für alten Wein in neuen Schläuchen. KVJS-Verbandsdirektor Senator e. h. Prof. Roland Klinger beleuchtet das neue Konzept und erdet es in der Praxis. Er findet ermutigende Beispiele.

Inklusion bedeutet, dass alle Menschen mit und ohne Handicap am Leben in der Gemeinschaft teilhaben sollen. Das klingt ja wirklich nicht so neu.

Der Inklusionsgedanke ist im Sozialstaat schon lange verankert, ohne dass er ausdrücklich so benannt wurde. Das Neue ist, dass Inklusion durch die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung immer mehr als gesamtgesellschaftliche Aufgabe akzeptiert wird. Also ist nicht in erster Linie der Sozialstaat gefragt, sondern gefragt sind Mitbürger, Nachbarn, Wohnungseigentümer, Vereinsvorstände, Geschäftsführer oder Arbeitskollegen. Ziel ist es, in der Schule, bei der Arbeit oder in der Freizeit vermehrt wieder Menschen mit Behinderungen zu begegnen und dies irgendwann auch wieder als Normalität zu erleben. Sie sind in den letzten Jahrzehnten überwiegend in Spezialeinrichtungen gefördert und betreut worden, die häufig außerhalb der Orts- und Stadtzentren liegen. Vielerorts ist es selten geworden, Menschen mit Behinderung ganz selbstverständlich als Teil des Straßenbildes, als Kollegen am Arbeitsplatz oder in der Schule und Vereinen zu begegnen. Das muss sich wieder ändern und es wird unser aller Aufgabe sein, dazu beizutragen, dass dies gelingt.

Die „alte“ Strategie der Integration, der Wiedereingliederung in die Gemeinschaft, wird also weiter gebraucht?

Wir können davon ausgehen, dass Integrationsprozesse als Teilziel auf dem Weg zur Inklusion gesehen werden können. Insgesamt muss Inklusion als ein Metaziel verstanden werden. Wir können es durch Maßnahmen zur Integration schrittweise erreichen. Ergo: Integrationsprozesse sind der Weg, Inklusion ist das Ziel.

Ist Inklusion eine Utopie?

Sie ist eine Zukunftsvision, die wie gesagt schon in der Vergangenheit angestrebt wurde. Und sie hinterlässt in der Gegenwart immer deutlichere Spuren. Ein Beispiel: Seniorentreffs und Bürgerzentren, die von vornherein auch die Bedürfnisse behinderter Menschen einbeziehen, verwirklichen ein Stück Inklusion. Bisher wurden solche Aspekte zu oft ausgeblendet. Dabei nutzt ein barrierefreier Zugang nicht nur Rolli-Fahren, sondern auch den Eltern mit Kinderwagen oder dem Nachbarn mit dem Gipsfuß.

Dennoch – gehandicapte Menschen und ihre Angehörigen, die vor Ort wohnen, arbeiten oder in die Schule gehen möchten, stehen vor Schwierigkeiten.

In der Tat. Bei der Sonder- und Regelschule wird das besonders augenfällig. Einerseits gibt das Gesetz den Eltern das Wahlrecht, in welche Schule sie den Sohn oder die Tochter schicken möchten. Auf der anderen Seite fehlen in den Schulen noch Pädagogen mit den nötigen Kenntnissen. Manchmal fehlt es an Weiterbildungsmöglichkeiten. Und Inklusion erhöht die Anforderungen an behinderte Kinder und reduziert den Versorgungsumfang. Manche Eltern sorgen sich deshalb um die Sicherheit ihres Kindes im Alltag und haben Ängste, die es zu überwinden gilt. Manche Eltern stehen vor der Frage zu entscheiden, ob die Regelschule für ihr schwerst behindertes Kind überhaupt vertretbar ist, wenn es auch dort intensiv von Sonderpädagogen und Schulbegleitern betreut werden muss. Auch bei der Inklusion kann es vielleicht Grenzen geben. Und es muss ehrlich und mutig auch darüber gesprochen werden.

Offenkundig für Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen ist, dass das Leben mitten in der Gemeinde mehr Mut erfordert. Die neue Freiheit kann nicht dieselbe Sicherheit bieten, wie das Heim als beschützende Einrichtung, das aber oft als zu beengend empfunden wurde. Wir alle müssen deshalb helfen, dass ein inklusives Leben selbstverständlich wird.



Verbandsdirektor Sen. e. h. Prof.
Roland Klinger

Information

Die im Jahr 2008 in Kraft getretene **Behindertenrechts-Konvention der Vereinten Nationen** läutete einen Perspektivenwechsel von der Fürsorge zur Selbstbestimmung ein – die Forderung nach sozialer Inklusion. Durch die Ratifizierung des Bundestages wurde der völkerrechtliche Vertrag am 26. März 2009 für Deutschland verbindlich.

Integration verfolgt als Ziel eine Wiedereingliederung ausgeschlossener Personengruppen.

Inklusion lehnt bereits im Ansatz eine derartige Aufteilung ab und will stattdessen allen Personengruppen den Zugang zu allen allgemeinen Angeboten und Dienstleistungen ermöglichen, indem diese von Anfang an inklusiv gestaltet werden.

[zurück zur Startseite](#)

Haben sich die Sozialbehörden und die Kommunen schon darauf eingestellt?

Der Erfahrungs- und Diskussionsstand ist in den 44 Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg unterschiedlich weit fortgeschritten. Dies hat der KVJS auch in einer Arbeitsgruppe zur UN-Konvention festgestellt, in der wir in den letzten zwei Jahren mit den Sozialdezernentinnen und -dezernenten im Land diskutiert haben. Es gibt Kreise, in denen die Zahl der Anträge auf Schulbegleiter für den inklusiven Schulbesuch stark gestiegen ist. In anderen Kreisen ist davon noch weniger zu spüren. Die Inklusion aber ist selbstredend in aller Munde, auch in den Sozialverwaltungen im Land.

Wie weit sind Baden-Württembergs Kindergärten?

Derzeit werden in den Regelkindertageseinrichtungen im Land bereits rund 4.000 Kinder mit Behinderung inklusiv gefördert und betreut. Sie erhalten dort zum Beispiel pädagogische und/oder begleitende Hilfen. Die Mehrkosten für den erheblichen Eingliederungshilfearaufwand, z. B. für Schulbegleiter, finanzieren die Stadt- und Landkreise bisher selbst. Sie leisten damit einen ganz wesentlichen Beitrag zur Inklusion.

Allerdings besuchen weitere 4.700 Kinder die vom Land finanzierten Schulkindergärten für behinderte Kinder. Wenn auch diese Kinder inklusiv in Regeleinrichtungen betreut werden sollen, muss das Land einen angemessenen Kostenausgleich sicherstellen.

Haben sich Kindergärten und Schulen ausreichend auf das Ziel der Inklusion eingestellt?

In Baden-Württemberg hatten wir bislang ein zweigliedriges System: allgemeine Kindergärten und Schulen auf der einen Seite, Sonderschulen und Schulkindergärten auf der anderen Seite. Die Landschaft ist jedoch ausgesprochen heterogen. Sicher wird die Inklusion in allen so genannten Sondereinrichtungen breit diskutiert. In der Praxis haben sich viele der „Sondereinrichtungen“ auf den Weg gemacht, Außenklassen und Kindergartengruppen in allgemeine Schulen und Kindergärten auszulagern. Wir haben heute schon eine ganze Reihe von Leuchtturmprojekten. Die zeigen, wie der Weg – unter den gegebenen Rahmenbedingungen – aussehen kann. Manche allgemeine Schulen und Kindergärten haben sich allerdings nach meinem Eindruck bisher nur punktuell mit der Thematik auseinandergesetzt. Sie sind aber der Ort, an dem die Inklusion sich vollziehen muss. Wichtiger aber noch ist die Anpassung der Rahmenbedingungen: das Schulgesetz, die Ausstattung mit Lehrkräften, sozialpädagogischen Fachkräften und Assistenten und wie es konkret finanziert wird. Hier sind noch viele Fragen offen und es bleibt abzuwarten, wie sich die neue Landesregierung hier positionieren wird.

Brauchen Jungen und Mädchen mit Behinderungen bald keine Sonderschulen mehr?

Das ist eine ideologisch brisante Diskussion, die derzeit bundesweit ausgesprochen kontrovers geführt wird. Einige fordern, die Sonderschulen abzuschaffen, nicht zuletzt weil Doppelstrukturen teuer seien und die „Restschulen“ zu Auffangbecken für die schwächsten Kinder würden. Die andere Seite gibt zu bedenken, dass es Wahlfreiheit geben soll und muss. Sonderschulen böten einen Schutzraum, solange eine inklusive Gesellschaft noch nicht Wirklichkeit sei. Es wird meines Erachtens zukünftig immer wichtiger werden, die Frage zu beantworten, wie Kinder mit Behinderungen und ihre Familien die erforderliche Unterstützung erhalten. Nach den Empfehlungen des Expertenrates beim Land sollen Sonderschulen sich zu Kompetenzzentren entwickeln, die Inklusion unterstützen. Sonderschulen erhalten zwar schon lange Stundenkontingente für die Sonderpädagogische Beratung und Unterstützung in allgemeinen Schulen und Kindergärten. Diese Kontingente müssen deutlich ausgeweitet werden, die Sonderschulen müssen sich konzeptionell verändern, wenn sie zukünftig verstärkt in allgemeinen Schulen und Kindergärten arbeiten.

Wie unterstützt der KVJS die Stadt- und Landkreise auf dem Weg zur Inklusion?

Der KVJS als Kompetenz- und Dienstleistungszentrum für die Kreise berücksichtigt die Inklusion bei allen aktuellen Aufgaben, zum Beispiel bei der Mitwirkung an Teilhabe- und Seniorenplänen für Kreise, bei der Durchführung von Entwicklungsprojekten in der Eingliederungshilfe oder bei der Vergabe von Forschungsprojekten zu praxisrelevanten Themen wie etwa dem Fallmanagement in der Eingliederungshilfe. Und das KVJS-Integrationsamt führt innovative Projekte wie die Aktion 1000 und die Aktion 1000plus durch. Sie erleichtern jungen, schwerbehinderten Menschen den Übergang von der Schule zum allgemeinen Arbeitsmarkt. Der KVJS hat eine bundesweit anerkannte Vorreiterrolle. Allein von den beiden erwähnten Aktionen profitieren bisher 1.600 Frauen und Männer. Viele Stadt- und Landkreise fördern diese Entwicklung ganz entscheidend, etwa dadurch, dass sie die Leistungen des KVJS durch ergänzende Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber aufstocken.

Profitieren auch die Arbeitgeber?

Ja. Unsere Aktionen 1000 und 1000plus zeigen: die inklusiv beschäftigten, wesentlich behinderten Menschen überzeugen durch ihre überdurchschnittliche Motivation, Zuverlässigkeit und soziale Kompetenz. Die seit 2005 erreichten Beschäftigungsverhältnisse sind auch nach Jahren zu einem hohen Anteil, nämlich zu mehr als 84 Prozent, bestandskräftig. Nicht nur die rein beruflichen Fähigkeiten der behinderten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind im Durchschnitt deutlich gewachsen, sondern auch ihr Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein sowie ihre Eigenständigkeit und Eigenverantwortung. Die Ziele des SGB IX und der UN-Konvention sind für diese Menschen verwirklicht.

Wird sich das Integrationsamt des KVJS bald umbenennen in Inklusionsamt?

Das Integrationsamt wird wohl weiterhin das Integrationsamt bleiben. Dieser Name ist im SGB IX § 101 festgelegt. Der vollständige Name lautet übrigens: „Amt für die Sicherung der Integration schwerbehinderter Menschen im Arbeitsleben.“ An diesem Auftrag hat sich durch die UN-Konvention nichts geändert. Mit Blick auf das Metaziel könnte der Gesetzgeber das Integrationsamt aber ohne Probleme umbenennen.

Die Fragen stellte Sylvia Rizvi

Literaturverzeichnis

Adlhoch, Ulrich/Binder, Dagmar: ABC - Behinderung & Beruf, 4. Auflage, 2011.

Von Weizsäcker, Richard: Ansprache von Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei der Eröffnungsveranstaltung der Tagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte;
http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1993/07/19930701_Rede.html [24.04.2012].

Bernhard, Armin/Dust, Martin/u.a. (Hrsg.): Jahrbuch für Pädagogik 2011, 2011.

Brokamp, Barbara: Inklusive Veränderungsprozesse erfordern eine qualifizierte Unterstützung, in: Ziemer, Kerstin/Langner, Anke/u.a. (Hrsg.): Inklusion - Herausforderungen, Chancen und Perspektiven, 2011, S. 21–32.

Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe: Der Behinderungsbegriff nach SGB IX und SGBXII und dessen Umsetzung in der Sozialhilfe; http://www.paritaet-alsopfleg.de/downloads/Ueber/Verwaltung/Behinderungsbegriff_251108.pdf [24.04.2012].

Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation e.V. (Frankfurt am Main): Gemeinsame Empfehlungen "Teilhabeplan"; http://www.bar-frankfurt.de/fileadmin/dateiliste/publikationen/gemeinsame-empfehlungen/downloads/Gemeinsame_Empfehlung_Teilhabeplan.pdf [24.04.2012].

Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen e.V.: Was sind Werkstätten für behinderte Menschen?; <http://www.bagwfbm.de/page/41> [24.04.2012].

Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Unser Weg in eine inklusive Gesellschaft, 2011.

Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e. V.: Übergangsmanagement an Förderschulen mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung; http://www.lebenshilfe-inklusive.de/wSchulntagung/Veranstaltungen/Kassel/Vortraege/Eleonore-Froehlich_-Uebergangsmanagement-an-Foerderschulen-mit-dem-Schwerpunkt-geistige-Entwicklung_-Kassel_-26.11.10.pdf [24.04.2012] (zitiert als Übergangsmanagement).

Chojetzki, Uwe: Renten, in: Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.): Sozialmedizinische Begutachtung für die gesetzliche Rentenversicherung, 2011, S. 14–22.

ISB. Gesellschaft für Integration, Sozialforschung und Betriebspädagogik gGmbH: Entwicklung der Zugangszahlen zu Werkstätten für behinderte Menschen;
http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/forschungsbericht-f383.pdf?__blob=publicationFile
[24.04.2012].

Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.): Sozialmedizinische Begutachtung für die gesetzliche Rentenversicherung, 7. Auflage, 2011.

Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information, DIMDI WHO-Kooperationszentrum für das System Internationaler Klassifikationen: ICF Internationale Klassifizierung der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit;
http://www.dimdi.de/dynamic/de/klassi/downloadcenter/icf/endfassung/icf_endfassung-2005-10-01.pdf [24.04.2012].

Deutsches Institut für Menschenrechte: Monitoring-Stelle;
<http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/de/monitoring-stelle.html>
[24.04.2012] (zitiert als Monitoring-Stelle).

Deutsches Institut für Menschenrechte: Projekt "Inklusion als Menschenrecht"; <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/de/menschenrechtsbildung/projekt-inklusion-als-menschenrecht.html> [24.04.2012] (zitiert als Inklusion als Menschenrecht).

Doose, Stefan: Inklusion und Unterstützte Beschäftigung, in: impulse, 2009, S.6–13.

Flieger, Petra (Hrsg.): Menschenrechte - Integration - Inklusion, 2011.

Fritzsche, Karl Peter: Zur Geschichte der Menschenrechte: Eine Lerngeschichte mit Hindernissen, in: Bernhard, Armin/Dust, Martin/u.a. (Hrsg.): Jahrbuch für Pädagogik 2011, 2011, S. 47–60.

Frühauf, Theo: Von der Integration zur Inklusion - ein Überblick, in: Hinz, Andreas (Hrsg.): Von der Integration zur Inklusion, 2010, S. 11–32.

Fruhstorfer, Jens/Marks, Jennifer/Schmidt, Pauline: Die Integration von Menschen mit Behinderung am Beispiel des Christopferushofes;
<http://home.arcor.de/wfbm/seminarfacharbeit.pdf> [24.04.2012].

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Kreisverband

Weißenburg-Gunzenhausen: Inklusion; <http://www.gew-wug.de/veranstaltungen/inklusion.htm> [24.04.2012].

Hinz, Andreas: Inklusion-historische Entwicklungslinien und internationale Kontexte, in: Hinz, Andreas (Hrsg.): Von der Integration zur Inklusion, 2010, S. 33–52.

Hinz, Andreas (Hrsg.): Von der Integration zur Inklusion, 2. Auflage, 2010.

Integrationsfachdienst: Leitfaden zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit einer wesentlichen Behinderung in Stuttgart – Übergänge aus der Schule, 2. Entwurf, 2012.

Klauß, Theo: Inklusion in Schule und Erwachsenenbildung - vom Zufall abhängig oder ein Menschenrecht?, in: Hinz, Andreas (Hrsg.): Von der Integration zur Inklusion, 2010, S. 130–152.

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg:

Aktion 1000; [http://www.kvjs.de/nc/publikationen/publikationen-detailansicht.html?tx_damfrontend_pi1\[showUid\]=311&tx_damfrontend_pi1\[backPid\]=555&tx_damfrontend_pi1\[pointer\]=1](http://www.kvjs.de/nc/publikationen/publikationen-detailansicht.html?tx_damfrontend_pi1[showUid]=311&tx_damfrontend_pi1[backPid]=555&tx_damfrontend_pi1[pointer]=1) [24.04.2012] (zitiert als KVJS Spezial).

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg:

Aktion 1000, Nachhaltigkeit der Arbeitsverhältnisse für wesentlich behinderte Menschen;
http://www.kvjs.de/fileadmin/dateien/Schwerbehinderung/Aktion_1000plus/Evaluation/Nachhaltigkeit_2005-2009_Aktion_1000_PLUS_2010_07_06.pdf [24.04.2012] (zitiert als Nachhaltigkeit).

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg:

Curriculum – Module;
http://www.kvjs.de/fileadmin/dateien/Schwerbehinderung/Aktion_1000plus/Dokumente/Curriculum.pdf [24.04.2012] (zitiert als Curriculum).

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg:

Evaluationsergebnisse Aktion1000 plus;
http://www.kvjs.de/fileadmin/dateien/Schwerbehinderung/Aktion_1000plus/Evaluation/Aktion1000plus_Evaluationsergebnisse_BaW%C3%BC_2010_04_21.pdf [24.04.2012] (zitiert als Evaluationsergebnisse).

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg:

Interview: „Inklusion erfordert Mut“;
<http://www.kvjs.de/nc/service/publikationen/literatur-klinger/interview-inklusion-erfordert-mut.html> [24.04.2012].

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg:

Kompetenzinventar ‚Übergänge Schule-Arbeit‘ Baden-Württemberg;
http://www.kvjs.de/fileadmin/dateien/Schwerbehinderung/Aktion_1000plus/Formulare-Vordrucke/Kompetenzinanalyse_Internet_Stand_14_12_2007.pdf
[24.04.2012].

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg:

KVJS aktuell; [http://www.kvjs.de/nc/publikationen/publikationen-detailansicht.html?tx_damfrontend_pi1\[showUid\]=1505&tx_damfrontend_pi1\[backPid\]=549](http://www.kvjs.de/nc/publikationen/publikationen-detailansicht.html?tx_damfrontend_pi1[showUid]=1505&tx_damfrontend_pi1[backPid]=549) [24.04.2012] (zitiert als aktuell 1/2011).

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg:

KVJS aktuell; [http://www.kvjs.de/nc/publikationen/publikationen-detailansicht.html?tx_damfrontend_pi1\[showUid\]=1764&tx_damfrontend_pi1\[backPid\]=549](http://www.kvjs.de/nc/publikationen/publikationen-detailansicht.html?tx_damfrontend_pi1[showUid]=1764&tx_damfrontend_pi1[backPid]=549) [24.04.2012] (zitiert als aktuell 2/2011).

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg:

KVJS Schlaglicht; [http://www.kvjs.de/nc/publikationen/publikationen-detailansicht.html?tx_damfrontend_pi1\[showUid\]=2552&tx_damfrontend_pi1\[backPid\]=552](http://www.kvjs.de/nc/publikationen/publikationen-detailansicht.html?tx_damfrontend_pi1[showUid]=2552&tx_damfrontend_pi1[backPid]=552) [24.04.2012] (zitiert als Schlaglicht).

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg:

Nachhaltigkeit Stand 23.11.2011.

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg:

Schnittstellenkonzeption zu Netzwerk- und Berufswegekonferenzen;
http://www.kvjs.de/fileadmin/dateien/Schwerbehinderung/Aktion_1000plus/Dokumente/Schnittstellenkonzeption-Berufswegekonferenz.pdf
[24.04.2012] (zitiert als Netzwerk- und Berufswegekonferenz).

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg:

Teilhabeausschuss Baden-Württemberg;
http://www.kvjs.de/fileadmin/publikationen/schwerbehinderung/Gemeinsame_Grundlagen_Redaktionsstand_16_06_2008.pdf [24.04.2012] (zitiert als Gemeinsame Grundlagen).

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg:

Verzahnung schulischer und beruflicher Angebote in BW.

Lohmann, Georg: Theorien der Menschenrechte, in: Bernhard, Armin/Dust, Martin/u.a. (Hrsg.): Jahrbuch für Pädagogik 2011, 2011, S. 61–72.

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg:

Anhang Kooperationsvereinbarung;

http://www.kvjs.de/fileadmin/dateien/Schwerbehinderung/Aktion_1000plus/Dokumente/Anhang_Kooperationsvereinbarung_2010_12_13.pdf
[24.04.2012] (zitiert als Anhang Kooperationsvereinbarung).

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg:

Eckpunkte;

http://www.kvjs.de/fileadmin/dateien/Schwerbehinderung/Aktion_1000plus/Dokumente/Eckpunkte_KM_Einuehrung_BVE-KoBV.pdf [24.04.2012]
(zitiert als Eckpunkte).

**Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit
KVJS: Kooperationsvereinbarung;**

http://www.kvjs.de/fileadmin/dateien/Schwerbehinderung/Aktion_1000plus/Dokumente/Kooperationsvereinbarung_Unterschriftsfassung_2010_12_17.pdf [24.04.2012] (zitiert als Kooperationsvereinbarung).

NETZWERK ARTIKEL 3 e.V.: UN-Behindertenrechtskonvention —

Schattenübersetzung; http://www.netzwerk-artikel-3.de/attachments/093_schattenuebersetzung-endgs.pdf [24.04.2012].

Poscher, Ralf/Rux, Johannes/Langer, Thomas: Von der Integration zur Inklusion, 1. Auflage, 2008.

Schulze, Marianne: Menschenrecht für alle: Die Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung, in: Flieger, Petra (Hrsg.): Menschenrechte - Integration - Inklusion, 2011, S. 11–26.

Statistisches Bundesamt: Auszug aus Wirtschaft und Statistik;
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Sozialleistungen/Behinderungseinkommen.pdf?__blob=publicationFile [24.04.2012]
(zitiert als 2005).

Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik;
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Monatsausgaben/WistaMaerz12.pdf?__blob=publicationFile [24.04.2012] (zitiert als 2012).

Stuttgarter Gesellschaft für Wissensvermittlung über neue Medien und politische Bildung (GbR): Menschenrechte;

http://www.dadalos.org/deutsch/menschenrechte/start_mr.htm
[24.04.2012] (zitiert als Menschenrechte).

Stuttgarter Gesellschaft für Wissensvermittlung über neue Medien und politische Bildung (GbR): Menschenrechte; http://www.dadalos.org/deutsch/menschenrechte/Grundkurs_MR2/grundk_2.htm [24.04.2012] (zitiert als Grundkurs 2).

United Nations Human Rights: Resolution 217 A (III) der Generalversammlung vom 10. Dezember 1948; http://www.ohchr.org/EN/UDHR/Documents/UDHR_Translations/ger.pdf [24.04.2012].

Weiß, Edgar: Menschenrechte als Ideologie und Notwendigkeit, in: Bernhard, Armin/Dust, Martin/u.a. (Hrsg.): Jahrbuch für Pädagogik 2011, 2011, S. 17–32.

Weltgesundheitsorganisation: Kinder haben ein Recht auf Familienleben; <http://www.euro.who.int/de/what-we-do/health-topics/noncommunicable-diseases/mental-health/news/news/2010/15/childrens-right-to-family-life/definition-intellectual-disability> [24.04.2012].

Ziemen, Kerstin: Inklusion und "kulturhistorisches Denken", in: Ziemen, Kerstin/Langner, Anke/u.a. (Hrsg.): Inklusion - Herausforderungen, Chancen und Perspektiven, 2011, S. 9–20.

Ziemen, Kerstin/Langner, Anke/u.a. (Hrsg.): Inklusion - Herausforderungen, Chancen und Perspektiven, 1. Auflage, 2011.

Erklärung des Verfassers

„Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.“

24.04.2012

Ramona Bulik